

# Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und



Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 2.

Freitag, den 5. Jänner 1894.

Jahrgang III.

**Pränumerationspreise:** Für Wien: ohne Zustellung ganzjährig 6 fl., halbjährig 3 fl. | Für die Provinz: ganzjährig 8 fl., halbjährig 4 fl.  
" " mit Zustellung ganzjährig 7 fl., halbjährig 3 fl. 50 kr.  
Einzelnugemplare à 10 fr. im Redactionslocale im Rathhause.

## Gemeinderath.

### Sitzungen des Gemeinderathes.

Mittwoch, den 10. Jänner 1894, 5 Uhr nachmittags.

Freitag, den 12. Jänner 1894, 5 Uhr nachmittags.

### Stenographischer Bericht

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom **2. Jänner 1894** unter dem Voritze des Bürgermeisters Dr. Joh. Nep. Prix und des Vice-Bürgermeisters Dr. Raimund Gröbl.

**Bürgermeister Dr. Prix:** Die Sitzung ist eröffnet.

**1.** Unter der Chiffre „N. N.“ sind mir für Arme 100 fl. übersendet worden.

Es wird der Dank ausgesprochen.

**2.** Frau Friederike Streicher, Witwe nach dem Hof-Clavier-Fabrikanten Johann Streicher, und Herr Emil Streicher haben für die Armen des III. Bezirkes 100 fl. zu Händen des Vorstehers erlegt.

Es wird der Dank ausgesprochen.

**3.** Der Herr Statthalter hat 200 fl. für den Centralverein zur Beköstigung armer Schulkinder in Wien bewilligt.

Es wird der Dank ausgesprochen.

**4.** Der Donau-Verein bedankt sich beim Gemeinderathe für die ihm für das laufende Jahr gewährte Subvention von 200 fl. Wird zur Kenntnis genommen.

**5.** Ich habe die Ehre, die Interpellation des Herrn Gem.-Rathes R. J. Müller, betreffend die Erbauung von Schlachthäusern für das Stechvieh, zu beantworten.

Der hierüber abgeforderte Bericht lautet folgendermaßen (liest):

„In der Gemeinderaths-Sitzung vom 9. Mai v. J. ist vom Herrn Gem.-Rathe Cigner und Genossen der Antrag auf die Erbauung einer dem Bedürfnisse entsprechenden Anzahl gehörig situierter und ausgestatteter öffentlicher Schlachthäuser für das Stechvieh gestellt worden.“

Dieser Antrag wurde schon dem Marktamte zur Berichterstattung mit dem Auftrage zugemittelt, sich namentlich über die Gesichtspunkte, von welchen bei der Durchführung des Schlachthauszwanges für das Vorstenvieh auszugehen wäre, insbesondere aber über die Frage auszusprechen, ob ein centrales Schweine-schlachthaus zu errichten wäre, oder ob es sich empfehle, mehrere solche Schlachthäuser in den Bezirken, eventuell mit Benützung der vorhandenen Schlachthäuser in Meidling, Hernals und Rudolfsdorf herzustellen.

Der Bericht des Marktamtes hierüber ist noch ausständig und wurde die Angelegenheit urgirt.

Desgleichen hat der Magistrat von der Genossenschaft der Fleischer ein Gutachten darüber abverlangt, welche Manipulationen des Selchergewerbes in das Schlachthaus zu verlegen wären.

Die Genossenschaft der Selcher hat hierauf unterm 4. October v. J. dem Magistrate erklärt, daß sie genöthigt sei, gegen die Aufstockung von Schweine-schlachthäusern entschieden Stellung zu nehmen.

Da sich die Ausdehnung des Schlachthauszwanges auf das Jung- und insbesondere auf das Vorstenvieh als dringend nothwendig erweist, werden die diesfälligen Verhandlungen eventuell ohne Mitwirkung der Genossenschaft fortgeführt und werden nach Abschluß der Vorerhebungen die entsprechenden Anträge an den Stadtrath vorgelegt werden.“

**6.** Sodann die Interpellation Böhrl, betreffend die Wasserversorgung des Elisabeth-Krankenhauses in Rudolfsheim.

Die Erhebungen ergaben Folgendes:

Das k. k. Elisabeth-Krankenhaus in Rudolfsheim bezieht infolge Beschlusses der bestandenenen Wasserversorgungs-Commission des

Gemeinderathes vom 20. Mai 1890, Z. 2807, M.-Z. 86137, aus der Hochquellenleitung ein tägliches Wasserquantum von 125 hl, mit welchem auch bis inclusive II. Quartal 1892 das Auslangen gefunden wurde, im III. Quartal 1892 ergab sich ein Mehrverbrauch, im IV. Quartal 1892 aber blieb der Verbrauch innerhalb der vertragsmäßigen Grenze.

Seit I. Quartal 1893 aber zeigt sich ein steter Mehrverbrauch mit steigender Tendenz.

Am 20. October 1893 meldete die Spitalverwaltung eine Erhöhung des Wasserbezuges auf 450 hl täglich an und modificierte infolge der mit derselben geführten Correspondenz mit Schreiben de praes. 5. November 1893, M.-Z. 176632, das gestellte Ansuchen durch Trennung in normalen und außergewöhnlichen Bedarf.

Nach der durch die Conscriptiionsamts-Abtheilung des XIV. Bezirkes durchgeführten Zählung der ständigen Bewohner des Krankenhauses wurde der Act am 2. December 1893 der städtischen Buchhaltung zur Berechnung der Gebühren übersendet.

Sowie derselbe an den Magistrat gelangt sein wird, wird die Erledigung erfolgen.

Ich bitte, die Einläufe zu verlesen.

**Schriftführer Gem.-Rath Dr. Zimmermann (liest):**

#### 7. Interpellation des Gem.-Rathes Wärtl:

Laut dem Einquartierungsgebot vom 11. Juni 1879 beansprucht die Commune Wien die Einquartierungsgebühren für den Belegraum der Kaserne, Naglgasse 1, VI. Bezirk.

Da nun weder in dem Rechnungsabschlusse pro 1892, sowie auch in dem Hauptvoranschlage pro 1894 von einem Abschlusse in der diesbezüglichen Angelegenheit etwas ersichtlich ist, so erlaubt sich der Gefertigte an den Herrn Bürgermeister die ergebene Anfrage:

1. In welchem Stadium befindet sich diese Angelegenheit?

2. Sind mit den competenten Behörden Verhandlungen gepflogen worden, und welches Resultat wurde durch die Verhandlungen erreicht?

**Bürgermeister:** Ich werde die Ehre haben, diese Interpellation in der nächsten Sitzung zu beantworten.

**Schriftführer Gem.-Rath Dr. Zimmermann (liest):**

#### 8. Interpellation des Gem.-Rathes Gregorig:

Vor mehr als zwei Jahren habe ich den Antrag gestellt, der Gemeinderath möge bei der hohen Regierung gegen die Concessionirung solcher sogenannten Warenhäuser, welche die Existenz von tausenden von Steuerträgern und hiemit auch die Steuereingänge der Stadt Wien bedrohen, vorstellig werden.

Nachdem ich der Meinung bin, daß dieser Antrag nun schon lange genug im Schoße des Stadtrathes geruht hat, ferner bei der Regierung neuerdings Gesuche um solche Concessionen vorliegen und endlich wir Steuerzahler nicht geneigt sind, uns länger eine solche Behandlung unserer Interessen durch den Stadtrath gefallen zu lassen, so stelle ich an den Herrn Bürgermeister die Anfrage,

ob derselbe geneigt ist, die Berathung über diesen meinen Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Gemeinderaths-Sitzung zu stellen?

**Bürgermeister:** Wird in der nächsten Sitzung beantwortet werden.

**Schriftführer Gem.-Rath Dr. Zimmermann (liest):**

#### 9. Interpellation des Gem.-Rathes Gregorig:

Übereinstimmenden Nachrichten zufolge brannten in allen Gassen, die der Leichencondukt des verstorbenen jüdischen Hohenpriesters R. Adolf Zellinek passierte, die Gasflammen, und der christliche Bürgermeister der zu 90 Percent von christlichen Einwohnern bevölkerten Stadt Wien gab dem Verstorbenen die letzte Ehre.

Am 8. November v. J. gab es auch ein großes Leichenbegängniß. Den deutschen Priester, geborenen Wiener-Schottenfelder, Monsignore Dr. Sebastian Brunner, apostolischen Protonotar und Prälaten, Großkreuz und Procurator des Ordens vom heiligen Grabe, römischen Grafen zc. zc., trug man zu Grabe. — Sebastian Brunner war eine Persönlichkeit, deren Verdienste und geistlichen Würden (in christlicher Weisheitheit sei's gesagt) jener des eingangs erwähnten Todten zumindest ebenbürtig waren.

Doch die Straßen, die Sebastian Brunners Leichencondukt durchzog, wurden nur von der guten Mutter Sonne beleuchtet, die Straßenlaternen blieben finster, obwohl hier einer — allerdings christlichen und wienerischen — Geistesleuchte die letzte Ehre erwiesen wurde. Von dem damals „leitenden Vice-Bürgermeister“ sah man hiebei nirgends eine Spur.

Gefahren in der von 90 Percent Christen bewohnten Stadt Wien, als man einen um das arbeitende Volk hochverdienten katholischen Prälaten begrub. Vor drei Wochen hat es Gott gefallen, unseren lieben Collegen Ferdinand Mayer von dieser Welt abzurufen.

Ferdinand Mayer war durch mehr als 20 Jahre Gemeinderath von Wien, war durch mehr als 20 Jahre um das Wohl der Bewohner seiner Vaterstadt Wien hervorragend thätig, war ein gebürtiger Wiener!

Sonderbarerweise blieben auch bei diesem Leichenbegängnisse die Straßenlaternen finster!

Ich stelle daher an den geehrten Herrn Bürgermeister die Anfrage:

Wie vermag der Herr Bürgermeister diesen Zwiespalt der Natur (des Gaslichtes) zu erklären?

Und nachdem es dem geehrten Herrn Bürgermeister wohl nicht gelingen dürfte, diesen Zwiespalt zur allgemeinen Zufriedenheit aufzuklären, so frage ich Hochdenselben weiter:

ob er nicht geneigt wäre, sich die Kosten der Beleuchtung beim erstbenannten Condukte von seinem 24.000 fl.-Gehalte in Abzug bringen zu lassen, weil wir christlichen Steuerträger keineswegs geneigt sind und auch nicht die Lust verspüren, bei jüdischen Leichenbegängnissen, die weniger zur Ehrung der Verstorbenen als vielmehr zur Verherrlichung der Lebenden dienen, die Kosten zu deren Prunke zu bezahlen, während unsere verdienstvollen Todten unbeachtet bleiben.

**Bürgermeister:** Ich habe immer gedacht, daß wenigstens der Tod versöhnt und bin daher über diese Interpellation einigermaßen erstaunt gewesen, nehme aber keinen Anstand, dieselbe, soweit sie im Schlusse an mich gestellt ist, zu beantworten.

Über Ersuchen habe ich die Gasgesellschaft ersucht, in den Gassen, in denen sich die Leiche Zellinek's bewegt, die Laternen anzünden zu lassen.

Was die Kosten anbelangt, so hat bisher die Gasgesellschaft für jene Laternen, welche sie zur Ehrung Todter angezündet hat, sich nie einen Kreuzer bezahlen lassen.

**Schriftführer Gem.-Rath Dr. Zimmermann (liest):**

#### 10. Antrag des Gem.-Rathes Silberer und Genossen:

Der Gemeinderath möge feststellen und beschließen, daß in den 3000-Guldengehalt für die Herren Stadträthe alle Vergütungen für Wagen- und sonstigen Auslagen inbegriffen sind, die bei Commissionen oder was immer für Functionen innerhalb des Gemeindegebietes erwachsen können.

**Bürgermeister:** An den Stadtrath.

**Schriftführer Gem.-Rath Dr. Zimmermann (liest):**

#### 11. Antrag des Gem.-Rathes Tagleicht:

Eine der wichtigsten Aufgaben des Gemeinderathes ist die Fürsorge für gut organisierte Approvisionierungseinrichtungen.

Es ist seitens des Gemeinderathes sehr vieles für diese Zwecke wohl schon geschehen, dennoch ist es eine stehende Klage der Bevölkerung, daß das vornehmste Nahrungsmittel, das Fleisch, im Verhältnisse zu seiner Probenienz und im Vergleiche zu anderen Orten zu theuer ist.

Die Berechtigung dieser Klage aber wird jedermann zugeben, dem es bekannt ist, daß ein großer Theil des Mittel- und Arbeiterstandes der Wiener Bevölkerung das Rindfleisch-Kaufen als eine unerträgliche Luxusausgabe aufgeben und sich mit Pferdefleisch begnügen muß.

Die großen Einrichtungen der Gemeinde, die Erbauung und Erhaltung des Viehmarktes, der Schlachthäuser, der Großmarkthalle u. dgl., dann die geeigneten Transportmittel bewirken nicht, daß dem minderbemittelten kleinen Fleischconsumenten sein kleiner Fleischeinkauf billig gemacht werde — sondern alle diese großen Einrichtungen werden verwertet, um das Fleisch auf hohen Preis zu stellen.

Der Fleisch-Großeinkauf ist gegenüber dem Fleisch-Kleineinkauf zu sehr begünstigt.

Dieser Zustand erheischt dringlich eine Änderung, wie dies bei den anderen Lebensmitteln, z. B. bei dem Mehl u. dgl., der Fall ist.

Am Wiener Markt sind alle Bedingungen für billiges Fleisch vorhanden, daher soll das Fleisch im Topfe des Wiener's billig sein.

Ich beantrage, der löbliche Gemeinderath beschließe:

Der tägliche Fleischmarkt soll decentralisiert werden, jeder Bezirk soll seinen täglichen Fleischmarkt erhalten und der Fleischverkauf in dorthin zugeführten, für den kleinen Haushalt geeigneten Stücken gestattet werden.

**Bürgermeister:** An den Stadtrath.

Wir schreiten zur Tagesordnung; ich ersuche Herrn Gem. Rath Wurm zum Referate.

**12. Referent Gem.-Rath Wurm:** Zahl 9293, Beilage Nr. 242. Es betrifft dies einen Statthaltereis-Erlaß bezüglich der Stations-Commission, politische Begehung und der Enteignungs-Verhandlung rücksichtlich der Theilstrecke Gersthof—Ottakring, der Vorortelinie der Wiener Stadtbahn. Gelegentlich der Tracenrevision hat der Gemeinderath fünf Punkte aufgestellt, welche bezüglich dieser Theilstrecke gefordert wurden.

Es wurde gefordert, daß bei der Bahnhofanlage Ottakring zwei Straßen durchgeführt werden. Im ursprünglichen Projecte war keine Straße durchgeführt. Es wurde daher gefordert, daß die Burggasse, welche doch eine hervorragende Bedeutung hat, und außer der Burggasse noch eine zweite Gasse durch diese lange Bahnhofanlage durchgeführt werde.

Weiters wurde gefordert, daß in der Bahnhofanlage Hernals ebenfalls zwei Straßen durchgeführt werden. Auch das ist in diesem Projecte erreicht. Ferner wurde verlangt, daß die Bahntrasse in der Nähe des Hernalscher Schlachthauses entweder in der Weise verlegt werde, daß die Baulichkeiten nicht alteriert werden, oder daß die Bahn in dieser Strecke zugedeckt wird.

Endlich wurde verlangt, daß keine bereits bestimmte Straße durch die Bahn abgeschnitten werde und daß bei der Ausmündung der Hauptstraße in Ottakring, Hernals und Gersthof je ein Frachtbahnhof angelegt werde. Wie die Herren sehen, sind in der Nähe der Ottakringerstraße, dann der Hernalscher Hauptstraße und Gersthoferstraße wirklich große Bahnhofanlagen geschaffen, welche zu förmlichen Frachtbahnhöfen mit Kohlenrutschen ausgestattet sind und auch in dieser Beziehung dem Gemeinderaths-Beschlusse entsprechen. Trotzdem hat aber der Stadtrath eine Reihe von weiteren Forderungen aufgestellt, welche bei der Vorlage dieses Detailprojectes nothwendig sind.

Es stellt sich nämlich heraus, daß die Überfahrt bei der Burggasse in einer Weise hergestellt werden soll, daß der Frachtenverkehr in der sehr stark befahrenen Breitenfeerstraße ziemlich beeinträchtigt würde. Es ist daher nothwendig, daß die Rampenanlage breiter gemacht wird und eine geringere Steigerung bekommt. Hier sind die Rampen 6 m breit angenommen und besitzen eine Steigung von 5 Percent. Es wird nun gefordert, daß diese Steigung auf 3 Percent herabgesetzt und die Breite der Rampe von 6 auf 9 m erhöht wird. Bezüglich der Durchführung der Gablenzgasse werden ebenfalls Wünsche ausgesprochen. Es ist hier nämlich projectiert, daß die Gablenzgasse sehr tief unter die Bahn eingesenkt würde. Die Bahn ist dort nämlich nicht sehr hoch über dem Niveau, es muß also, um die Passage möglich zu machen, eine Einsenkung der Unterfahrt stattfinden. Hier ist eine Einsenkung von 2 m gegen das bestimmte Niveau angenommen. Durch diese große Einsenkung werden Übelstände hervorgerufen, besonders in jenem Theile, der bereits theilweise verbaut ist. Es bestehen dort Trottoirs, welche bedeutend höher liegen als die neu anzulegende Straße.

Diese Trottoirs sind mit wenigen Stiegen mit der Straße verbunden, so daß die Communication zwischen der Straße und den Trottoirs sehr erschwert ist. Dies läßt sich nun bedeutend verbessern, wenn man am Rande der Straße Säulen aufstellt. Dann ist es möglich, die Eisenconstruction schlanker zu halten. Dann ist es möglich, mindestens 60 cm zu ersparen und es ist der Übelstand wesentlich gemildert. Was die Anlage beim Schlachthaus anbelangt, so ist dieselbe vollkommen befriedigend, allein bei sehr wichtigen Unterfahrten ist zu berücksichtigen, daß sie zu niedrig angenommen sind. So ist die Durchfahrt bei der Perchenfelderstraße nur  $4\frac{1}{4}$  m, ebenso ist auch die Unterfahrt bei der Ottakringerstraße zu niedrig. Es wird also gefordert, daß die Unterfahrten auf 5 bis 6 m erhöht werden; in einem Falle ist es möglich, 5 m zu erreichen, in einem anderen 6 m. Das ist auch auf die Weise zu erreichen, daß an den Eisenconstructionen Veränderungen vorgenommen werden. Ein Gleiches gilt auch bei der Unterführung der Herrngasse in Weinhaus. Die Eisenconstructionen sind in dem Längsprofile eingezeichnet und sind so angeordnet, daß sie unter der Fahrbahn gelegen sind. Es ist nun sehr leicht möglich, die Constructionen so zu ändern, daß ein großer Theil derselben oberhalb der Fahrbahn gelegen ist, und dann kann eben die Sichthöhe der Durchfahrten bedeutend vermindert werden.

Etwas ist auch sehr störend. Es sind nämlich längs der Bahn verschiedene Parallelwege als Ersatz für in Anspruch genommene Straßen und Wege herzustellen. Diese Parallelwege haben nun eine Breite von 3 bis 6 m, eine Breite, welche wohl den allgemeinen Bestimmungen des Eisenbahngesetzes entspricht, aber durchaus nicht den Anforderungen, welche man in einer Stadt, wo bereits parcellirte Gründe berührt worden, zu stellen genöthigt ist. Es wird daher gefordert, daß die Breite der Parallelwege in jenen Theilen, wo bereits parcellirte Straßen vorhanden sind, mindestens in der halben Breite der bestimmten Straße angelegt werde; in jenen Theilen aber, wo noch keine parcellirten Straßen angelegt sind, wird auch gefordert, daß diese Parallelwege jedenfalls die Hälfte der Breite erhalten, welche von der Gemeinde für die Straßen zu bestimmen sind, mindestens also eine halbe Breite von 8 m. Diese Forderung ist unbedingt nothwendig.

Weitere Übelstände bestehen bezüglich der Parallelwege längs der Station Gersthof. In Gersthof ist nämlich nur ein ganz kurzes Stück Parallelweg geboten, während mehrere Wege abgeschnitten werden, und es nothwendig ist, längs der Bahnhofanlage in Gersthof Parallelwege zu schaffen, damit die gestörte Communication wieder in anderer Weise hergestellt werde.

Dann ist noch ein Schleppgeleise zu besprechen, welches zur Tabakfabrik führen soll. Dieses ist selbstverständlich im Niveau anzulegen, muß aber in einer Weise hergestellt werden, daß das Überfahren mit gewöhnlichen Wagen anstandslos erfolgen kann. Ferner wird gefordert, daß die Wasserleitungsröhre und die Objecte, welche die Gemeinde in den Straßen besitzt, auf Kosten der Unternehmung versichert und eventuell umgelegt werden, und endlich ist es nothwendig, daß bei der Überbrückung an der Hernalscherstraße Rücksicht genommen wird auf eine in Schweben befindliche Verhandlung bezüglich der Aufhebung der Vorgärten.

Wenn nämlich die Vorgärten aufgehoben werden, so ist es nothwendig, daß der von der Stadt aus gesehen, rechts befindliche Pfeiler so weit zurückgerückt wird, daß er innerhalb der Baulinien der verlängerten Breitenfeerstraße und der Hernalscher, respective der

Verlängerung der Dornbacherstraße zu liegen kommt. Dann wird noch gefordert, daß alle Detailprojecte, welche die auf dieser Strecke befindlichen Objecte betrifft, seinerzeit wieder dem Stadtrathe vorgelegt werden. Bezüglich der Enteignungsverhandlungen wird seitens der Gemeinde keinerlei Einwendung erhoben. Demzufolge stellt nun der Stadtrath folgende Anträge (liest):

„Die Vertreter der Gemeinde Wien seien zu ermächtigen, bei der am 4. Jänner 1894 stattfindenden Stations-Commission, politischen Begehung und Enteignungsverhandlung hinsichtlich der Theilstrecke „Dttakring—Gersthof“ die nachfolgende Erklärung abzugeben:

#### „I. Stations-Commission.

Gegen die Anzahl und Situierung der Stationen wird keine Einwendung erhoben.“

Ich habe bereits erwähnt, daß dies vollkommen im Einklange mit dem Gemeinderaths-Beschlusse ist.

#### „II. Politische Begehung.

Die Gemeinde Wien stellt bezüglich der Durchführung dieses Projectes nachstehende Bedingungen:

1. Die zur Überbrückung der Burggasse in Kilometer 2 der Bahn als Ersatz der Breitenfurter Hauptstraße projectierten Rampen sind in einer Breite von 9 m anzulegen und derart auszudehnen, daß die Steigung derselben nicht mehr als 3 Percent beträgt.

Bei der Verfassung des Detailprojectes für den Abschluß des dortselbst geplanten Bahnhofes Dttakring und die Überbrückung in der Achse der Burggasse ist auf die neuen zu bestimmenden Straßenniveaus Rücksicht zu nehmen.

2. Die Überbrückung der Gablenzgasse in Kilometer 2.43 der Bahn ist mittels entsprechend geformter eiserner Säulen im Saume der Trottoirs der Unterfahrt zu unterstützen und ist die Rampe von dieser Unterfahrt zur Hüttengasse in der Steigung zu modificieren. Das Niveau der Hüttengasse ist dementsprechend um mindestens 60 cm höher zu legen, als dies gegenwärtig geplant ist.

Die Anzahl der in der Hüttengasse in Aussicht genommenen Ausgangstiegen zu den höhergelegenen Trottoirs ist um mindestens zwei Stiegen zu vermehren und hat die Situierung dieser Stiegen im Einvernehmen mit der Gemeinde Wien zu erfolgen.

Die Bahnunternehmung hat sich bezüglich der Straßen- und Trottoiranlage vor den Häusern mit den Hauseigenthümern auseinanderzusetzen und die Gemeinde Wien gegen alle etwaigen, wie immer gearteten Forderungen der Hauseigenthümer vollständig klug- und schadlos zu halten.

3. Die Unterfahrtsböden in Kilometer 2.57 (Verchenfelderstraße) und der Dttakringerstraße in Kilometer 2.68 sind durch eine entsprechende Anordnung in der Eisenconstruction der Straßenüberbrückungen auf eine lichte Höhe von 5.0 m, beziehungsweise 6.0 m zu bringen.

Die lichte Höhe der Bahnunterfahrt der Herrngasse bei Kilometer 5.43 der Bahn soll unter Beibehaltung des Straßenniveaus durch entsprechende Abänderung der Eisenconstruction auf 5 m gebracht werden.

4. Was die längs der Bahn in Aussicht genommenen Parallelwege betrifft, so ist, insoweit die Bahn an nach den genehmigten Baulinienplänen bereits bestimmte Straßen zu liegen kommt, der zur Straßenherstellung erforderliche Grund in der halben genehmigten Breite dieser Straßen von der Bahnunternehmung ein-

zulösen und der Gemeinde Wien als Straßengrund kosten- und lastenfrei zu übergeben.

Die Gemeinde Wien behält sich vor, in jenen Strecken, in welchen mit Rücksicht auf die Anlage der Bahn neue Straßen längs derselben geschaffen werden müssen, diese Straßen und deren Breite zu bestimmen und hat die Bahnunternehmung auch den zur Eröffnung dieser Straßen erforderlichen Grund in der halben Breite, und zwar im Maximal-Ausmaße von 8 m zu erwerben und der Gemeinde Wien kosten- und lastenfrei als Straßengrund zu übergeben.

5. Längs des Bahnhofes in Gersthof Kilometer 4.9 bis 5.4 sind beiderseits als Ersatz für die bestehenden Verbindungswege Straßen in der halben Breite von 8 m herzustellen.

Die Bahnunternehmung hat sich bezüglich der Höherlegung der Gersthoferstraße mit den dortigen Hauseigenthümern ins Einvernehmen zu setzen und die Gemeinde Wien gegen diesbezügliche Klagen der Hauseigenthümer schadlos zu halten.

Die Höherlegung dieser Straße ist thunlichst zu verringern. Längs dieser Bahnhofanlage sind anstatt der Dammböschungen Futtermauern anzubringen.

6. Für die Anlage der zur k. k. Tabak-Hauptfabrik führenden und die Gablenzgasse bei Kilometer 2.43 im Niveau kreuzenden Schleppbahn ist in der Kreuzungsstelle ein Schienensystem in Anwendung zu bringen, welches die volle Gewähr für den unbehinderten und sicheren Wagenverkehr über die Bahnanlage bietet.

7. Die Wasserleitungsröhre sind, insoweit dies durch die Anlage der Bahn bedingt wird, entsprechend zu versichern, in genügender Weise zu überschütten und sind die diesfälligen Arbeiten im steten Einvernehmen und nach Angabe der Gemeinde Wien in Ausführung zu bringen.

Die Gemeinde Wien behält sich übrigens vor, die infolge der Bahnanlage nothwendig werdenden Umlegungen und Versicherungen von Wasserleitungsobjecten selbst auf Kosten der Bahnunternehmung nach ihrem Ermessen bewirken zu lassen und erforderlichen Falles gleichfalls auf Kosten der Bahnunternehmung die Herstellung von Rohrcanälen durchzuführen.

8. Bei der Anlage der Überbrückung der Hernals- (Dornbacher-) Hauptstraße ist für den Fall der Auflassung der Vorgärten hierauf Rücksicht zu nehmen und demgemäß der zwischen dem überwölbten Durchlasse zur verlängerten Breitenfurterstraße und zwischen der Fahrbahn der Hernals- (Dornbacher-) Hauptstraße projectierte Pfeiler zwischen den Baulinien der Breitenfurter- und der Hernals- (Dornbacher-) Hauptstraße zu situieren.

9. Sämmtliche Detailprojecte der auf der Strecke Gersthof—Breitenfurter vorkommenden Objecte sind vor deren Ausführung vorzulegen.

#### III. Enteignungsverhandlung.

Gegen die in Anspruch genommene Enteignung von städtischen Gründen zur Herstellung der Bahnanlage nach Maßgabe des Programmes für die finanzielle Sicherstellung und die Ausführung von öffentlichen Verkehrsanlagen in Wien wird keine Einwendung erhoben.“

Ich bitte, diese Anträge anzunehmen.

**Bürgermeister:** Ich eröffne die Debatte im allgemeinen.

Herr Gem.-Rath Steiner hat das Wort.

**Gem.-Rath Steiner:** Es sind im Budget pro 1894 Summen enthalten für Canalbauten, Einwölbung eines Baches in meinem Bezirke u. s. w.

Nun habe ich mich mit den Ingenieuren ins Einvernehmen gesetzt, ob keine Calamität daraus entstehen wird, wenn die Straßen aufgerissen werden, das schwere Fuhrwerk auf denselben verkehrt und gleichzeitig die Eisenbahnen gebaut werden. Auf diese Weise könnte ein Hemmnis für den Verkehr entstehen. So war es im heurigen Jahre mit der Barawigtagasse, die aufgerissen wurde, so daß das schwere Fuhrwerk förmlich verjunkt ist.

Ich erlaube mir daher folgenden Antrag zu stellen: „Das Stadtbauamt wird aufgefordert, sich bezüglich der von der Gemeinde im Jahre 1894 vorzunehmenden öffentlichen Arbeiten mit der Bauleitung der Gürtel- und Vorortelinie wegen gleichzeitiger Durchführung solcher Arbeiten, welche die Aufreißung von Straßenkörpern bedingen, ins Einvernehmen zu setzen.“

Bei unserem Baulose sind circa 140.000 Fuhrn Steine erforderlich, und die müssen auf den breiten Straßen gehen, und wenn nun die Straßen aufgerissen werden, könnte eine Gefahr für den Verkehr entstehen. Ich bitte, meinen Antrag anzunehmen.

**Gem.-Rath Jedlicka:** Ich muß meinem Bedauern Ausdruck geben, daß die Commission für Verkehrsanlagen unserem Wunsche nicht entsprochen hat. Ich kann mir den Zustand, wie er beschaffen sein wird, lebhaft vorstellen. Wir werden dort verbarricadiert sein. Denken Sie sich: die Währingerstraße, Schulgasse, Wienergasse, Johannesgasse, Kreuzgasse und die Antonigasse haben nur einen einzigen Ausweg, und auch das ist nur ein schmaler Durchlaß von 9-18 m Breite.

Wenn Sie diese Gassen zusammenziehen und den Verkehr, der sich einmal entwickeln wird, betrachten und bedenken, daß zwischen Hernals, Döbling und Gersthof ein frequenter Verkehr sein wird, so sehen Sie, daß derselbe unmöglich durch diesen schmalen Durchlaß gehen kann. Es ist allerdings noch ein zweiter, in der Verlängerung der Weinhauserstraße gegenüber der Feldgasse in Gersthof. Das ist auch ein schmaler Weg. Denken Sie sich einen stark bewohnten Bezirk mit einer Mauer abgetheilt. Wie wird das aussehen? Die herüber werden Wiener sein, die anderen in Sibirien und werden einen großen Umweg machen müssen. Die Leute haben gar keine Communicationsmittel, und jetzt will man sie auch noch durch eine Mauer abschließen. Ich protestiere entschieden dagegen, daß die Herren in der Verkehrs-Commission das geduldet haben. Es wurde ausgesprochen, daß auf alle zu projectierenden Straßen Rücksicht genommen werden wird, daß Überbrückungen und Unterführungen stattfinden werden, und nun sehen Sie hier, daß ein so bevölkerter Bezirk mit einer Mauer abgetheilt wird. Wenn das ganze fertig sein wird, werden wir von der Hernalscher Hauptstraße bis zur Hernalschen Linie nur zwei Durchlässe haben auf einem 1½ km langen Weg; oben ist das Cottage, das Schlachthaus, welchen Weg müssen die Fleischhauer des Bezirkes machen, bis sie zum Schlachthaus kommen, trotzdem sie eine schöne Straße haben. Wenn das durchgeführt ist, ist es eine chinesische Mauer um Wien, ich kann nicht anders sagen. Ich möchte bitten, daß die Herren, welche zu fungieren haben werden, sich entschieden für die Interessen der Bevölkerung einsetzen. Ich weiß, uns zieht man nicht zu, die wir die Verhältnisse des Bezirkes kennen. Da kommen Herren, welche von den Verhältnissen im Bezirke keinen Dunst haben; die sehen nur etwas auf der Karte. Wir aber kennen die Verhältnisse und wissen, was noththut.

Ich stelle den Antrag, daß in jedem Bezirke, wo commissionelle Begehungen stattfinden, Vertreter desselben zu den Commissionen geladen werden, damit sie ihre Beschwerden zu Protokoll geben.

**Gem.-Rath Sagner:** Meine sehr geehrten Herren! Wie im XVIII. Bezirke, so geht es auch im XVII. Bezirke. Im XVII. Bezirke finden sich nur bei der Hernalscher Hauptstraße und Alsbachstraße Überbrückungen; das ist das einzige, rechts und links ist der XVII. Bezirk durch den Bahndamm vollständig abgeschnitten.

Nehmen wir den Mitterberg, derselbe ist durch das Ziegelwerk vollständig abgeschnitten, und jetzt kommt noch die Bahn dazu. Wir haben die Hoffnung gehabt, daß wir die Mitterberggasse eröffnen und gegen die Schafalpe durchführen können. Durch die Bahn ist diese Eröffnung wieder vollständig in den Grund geböhrt. Es wird in Hernals auf dieser Seite kein Durchlaß gemacht, nur in Währing in der Kreuzgasse. Diese liegt nicht an der Grenze zwischen dem XVII. und XVIII. Bezirke, sondern wieder mehr gegen die Währinger Hauptstraße zu, mithin ist dieser Bezirk, der sogenannte Mitterberg, vom Verkehre durch diese Bahn abgeschnitten und alles, was geschehen soll, um den Bezirk zu heben, daß Häuser erbaut werden u. s. w., ist durch diese Dammanlage wieder in den Hintergrund gedrängt. Diese reservierten Plätze beim Schlachthause hätten schon früher verbaut werden sollen; heute wird die Verbauung noch schwieriger sein, als es bisher der Fall war, indem hier eine Grundanschüttung vorhanden ist, welche eine Höhe von 5 bis 10 m hat. Man hat dort Gebäude hingebaut, die heute wegen der Schleppbahn wieder weggerissen werden müssen. Das war auch so ein Vorgang. Gehen wir nun nach Gersthof, wo der Bahnhof hinkommt. Dort wurde die Hauptstraße erst vor zwei Jahren gepflastert. Jetzt muß sie wieder aufgerissen und erhöht werden. Die Häuser waren früher über der Straße, jetzt sind sie mit der Straße gleich und die Eigentümer werden sich gewiß bedanken, wenn die Straße jetzt wieder erhöht wird; denn dann sind sie zugrunde gerichtet. Es wird aussehen, wie bei einer neuen Regulierung. Die Häuser werden ganz unten stehen und oben wird die Straße sein. So werden die Vororte hergerichtet!

**Gem.-Rath Josef Müller:** Meine Herren! Es liegt ihnen nun das Project der Vorortelinie vor, und wenn Sie es ansehen und mit dem ursprünglichen Projecte vergleichen, so werden Sie finden, daß den Wünschen, die die Gemeinde seinerzeit ausgesprochen hat, in vielem Rechnung getragen wurde. Ich weise insbesondere auf die Durchführung der Straße unterhalb und oberhalb der Bahnhofanlage in Ottakring und Hernals hin, dort wird die Burggasse und die Gablenzgasse durchgeführt. Leider liegt der Ottakringer Bahnhof so ungünstig, daß die Durchführung der Gablenzgasse wirklich sehr böse aussieht; es läßt sich überhaupt nicht viel machen, der Stadtrath hat schon einen Antrag wegen Einschaltung von Säulen gestellt, damit die Gasse, die dort entsteht, etwas abgeändert werde. Sie soll nämlich um circa 60 cm gehoben werden.

Nach meiner Ansicht ist die Durchführung der Gablenzgasse an und für sich infolge der Tiefenlage der Nivellette so ungünstig, daß nicht einmal diese Einschaltung von Säulen viel nützen wird. Beim Bahnhofe Hernals werden die Seeböck-, Palekagasse und die Hauptstraße durchgeführt, so daß hier für eine genügende Verbindung zwischen Hernals und dem Hinterlande gesorgt ist.

Bezüglich der Anregung, die hier vorgebracht wurde, wegen Durchführung der Straßen zwischen der Herrengasse in Währing



und der Gemeinde Hernals möchte ich bemerken, daß hier wohl in der ersten Hälfte für diese Durchführung gesorgt ist, indem die Herrngasse unterfahren und nach dem Antrage des Stadtrathes eine 5 m hohe Brücke hergestellt wird, welche für die dortige Frequenz genügt. Dann geht die Weinhauser- und die Kreuzgasse durch, dann die Schöffelgasse, die parallel längs der Mauer des Schlachthauses hinaufführt, und dann kommt die Straße, welche vor dem Friedhofe und dem Schlachthause durchgeführt wird. Der Vorwurf könnte also nur dahin gedeutet werden, daß zwischen der Kreuzgasse und Schöffelgasse etwa noch eine Überbrückung möglich gemacht werden sollte; es ist aber die Anlage und das Niveau der Bahn derartig, daß dies sehr schwer fallen würde, die Bahn geht nämlich in dieser Strecke in einem Einschnitte, welcher nicht so tief ist, daß er eine Überbrückung erlaubt, so daß ich glaube, so wünschenswert dieselbe wäre und so gut diese Anregung ist, so wäre es doch aus eisenbahntechnischen Gründen kaum möglich, hier eine Überbrückung herzustellen. Sie sehen auch aus den Anträgen des Stadtrathes, daß Sorge getragen wurde, daß die Straße, die längs der Bahn geführt wird, zur Durchführung gelange, insbesondere beim Bahnhofe Gersthof, wo die Gemeinde verlangt hat, daß auch auf der anderen Seite gegen die Gemeinde Währing zu eine Straße hergestellt werde, die eine directe Verbindung zwischen Weinhaus, Gersthof, Währing und Hernals ermöglicht, so daß es nicht nothwendig sein muß, über einen rechts der Bahn gelegenen Parallelweg zu fahren, den Bahnhof zu überbrücken, die Rampe herunter zu fahren und dann nach Hernals zu kommen, so daß auch dafür gesorgt ist, daß längs des Bahnhofes Gersthof innerhalb des Gartens von Czartoryski nunmehr eine Straße hergestellt werden soll, die den Verkehr nach Hernals in eminentester Weise fordert.

Ich werde mir erlauben, zu Punkt 5 einen Antrag zu stellen und werde daher diesbezüglich noch zurückkommen. Ich will nun bemerken, daß in diesem Projecte, welches nunmehr vorliegt, wirklich den Wünschen der Gemeinde soviel als möglich Rechnung getragen worden ist und nachdem im Programme enthalten ist, daß diese Bahn in ihrer Ausgestaltung nicht einer Bahn gleichkommt, die innerhalb einer Stadt gelegen ist, sondern, daß sie mit Dämmen und Einschnitten versehen sein soll, so müssen wir uns auch wohl mit der Ausgestaltung dieser Anlage, wie hier projectiert, begnügen. Ich werde mir später erlauben, zu Punkt 5 einen Antrag zu stellen.

**Bürgermeister:** Wünscht noch jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Ich werde punktweise die Anträge aufrufen und wenn sich niemand zum Worte meldet, den betreffenden Punkt für angenommen erklären.

Punkt 1 „Stations-Commission“. Wünscht einer der Herren das Wort? (Nach einer Pause:) Es ist nicht der Fall. *Angenommen*.

Punkt 2 „Politische Begehung lit. 1“. Wünscht einer der Herren das Wort? (Nach einer Pause:) Es ist nicht der Fall, ich erkläre diesen Punkt für *angenommen*.

Wünscht jemand zu lit. 2 das Wort? (Nach einer Pause:) Es ist nicht der Fall; ist *angenommen*.

Zu Punkt 3? Keine Einwendung; derselbe ist *angenommen*.

Punkt 4? Keine Einwendung; *angenommen*.

Punkt 5?

**Gem.-Rath Josef Müller:** Ich werde mir eine kleine Abänderung zu beantragen erlauben. Es ist im Stadtraths-Antrage ein

allgemein gehaltener Satz, der lautet: „Die Höherlegung dieser Straße thunlichst zu verringern“ d. i. jener Straße, welche parallel auf der rechten Seite des Gersthofers Bahnhofes geführt wird. Ich habe diesen Antrag bereits im Stadtrathe angeregt und ist derselbe vom Herrn Referenten auch angenommen worden. Ich habe mir aber vorbehalten, die Sache an Ort und Stelle zu besichtigen und auf dem Papiere das Gefälle der Straße genau zu berechnen, um zu sehen, ob es nicht möglich ist, daß die im Plane projectierte Correction der Gersthofersstraße, welche eine unbequeme ist, eliminiert werden könnte. Die Straße, wie das Project liegt, ist in folgender Weise gedacht. Sie erhebt sich über das jetzige Niveau etwa vor dem Stationsgebäude, d. i. bei der Neuwaldeggerstraße, und wird über das jetzige Niveau erhöht geführt bis zur Überbrückung über den Gersthofers Bahnhof, so daß das zukünftige Niveau im höchsten Punkte circa 1 m bis 1.20 m über das jetzige Terrain zu liegen kommt.

Dieses zukünftige Niveau wird nun gegen das jetzige Niveau in folgender Weise ausgeglichen. Es werden zwischen der Fahrbahn und dem Trottoir der Gersthofersstraße Stützmauern aufgeführt und von der Gersthofersstraße zur Verbindung der Quergassen kleine Rampen geführt, welche zu beiden Seiten ebenfalls Stützmauern haben. Dadurch ist die directe Verbindung der Häuser am Trottoir ausgeschlossen. Die Verbindung kann nur so geschehen, daß immer von einer Quersstraße zur anderen gegangen wird, wo dann Stufen projectiert sind, über welche man hinaufgehen muß, über die Querrampen hinüber und dann einige Stufen hinunter bis zur nächsten Straße.

Das ist ein Zustand, der gewiß durchwegs nicht zu empfehlen ist; ich habe mir daher die Mühe genommen, zu untersuchen, ob es nicht möglich ist, diesen Zustand zu eliminieren und durch einen anderen zu ersetzen und habe durch Rechnung und Beobachtung an Ort und Stelle gefunden, daß man, wenn man das Gefälle dieser Correctionsrampe an der Gersthofersstraße von 4 Percent auf  $4\frac{1}{4}$  Percent erhöht, die Correction nicht bis über die Feldgasse, welche der tiefste Punkt ist, hinüberführen muß. Dies ist aber sehr wichtig, nachdem erst hinter der Feldgasse eigentlich Häuser stehen. Die Häuser, welche von der Feldgasse aufwärts gelegen sind, sind nicht zahlreich und meist mit Souterrains versehen, weshalb sie eine ganz geringe Erhebung des Straßen-niveaus ertragen können. Es würde also durch Einschaltung eines Gefälles von 4 auf  $4\frac{1}{4}$  Percent ermöglicht werden, daß die hässlichen Stützmauern, welche zwischen der Straße und dem Trottoir projectiert sind, entfallen können. Heute vormittags ist ein Vertreter der Staatsseisenbahnen hier gewesen. Ich habe mit demselben die Sache besprochen und er hat mir zugestimmt, daß die Ausführung sehr leicht möglich wäre.

Es ist das auch eine Ersparnis für die Bahn selbst, da sie dann die Stützmauern nicht herzustellen braucht, bloß die Anschüttung, die nunmehr eine sehr geringe wird, durchführt. Ich würde mir daher erlauben, zu beantragen, daß die Correction, wie ich sie vorgeschlagen habe, als Antrag aufgenommen werde. Der Antrag würde daher lauten:

„Die projectierte Correction der Gersthofersstraße zwischen der Bahnhofüberbrückung und der Neuwaldeggerstraße soll derart abgeändert werden, daß

a) die Correctionsrampe durch eine Vergrößerung des Gefälles von 4 Percent auf circa  $4\frac{1}{4}$  Percent sich nur bis zur Feldgasse erstrecken soll, daß

b) die projectierten Stützmauern und Stiegenabgänge zwischen der Fahrbahn, der Straße und dem Trottoir zu entfallen haben und ist der nunmehr geringere Niveauausgleich auf die ganze Straßenbreite, d. i. bis zu den beiderseitigen Baulinien, vorzunehmen." Ich bitte, diesen Antrag aufzunehmen.

**Referent:** Dieser Antrag ist nur eine Detaillierung dessen, was bereits im Stadtraths-Antrage gesagt ist. Der erste Absatz des Punktes 5 wird nicht angefochten; ebenso nicht der zweite und der letzte. Es ist nur eine Zeile hier, wo es heißt: „Die Höherlegung dieser Straße ist thunlichst zu verringern.“ Wenn man diese Zeile ausläßt und dafür den Antrag Müller setzt, so ist das, was in der Zeile allgemein gesagt ist, im Detail angegeben. Ich glaube, Herr Gem.-Rath Müller ist damit einverstanden, daß der ganze Absatz 5 bleibt mit Ausnahme der einen Zeile: „Die Höherlegung dieser Straße ist thunlichst zu verringern,“ und daß statt dieser Zeile sein Antrag käme.

**Gem.-Rath Josef Müller:** Ich bin damit einverstanden.

**Bürgermeister:** Wünscht noch jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall. Wünscht der Herr Referent das Schlusswort? (Derselbe verzichtet.) Wir schreiten zur Abstimmung. Im Punkte 5 ist gegen den ersten Absatz keine Einwendung erhoben worden. Ebenjowenig gegen den zweiten Satz, der als grundsätzlich zu gelten hat. Wohl aber ist zu dem dritten Satz: „Die Höherlegung dieser Straße ist thunlichst zu verringern“ vom Herrn Gem.-Rathe Josef Müller ein Gegen-Antrag gestellt, welcher lautet (liest): „Die projectierte Correction der Gersthofersstraße zwischen der Bahnhofüberbrückung und der Neuwaldeggerstraße soll derart abgeändert werden, daß a) die Correctionsrampe durch Vergrößerung des Gefälles von 4 Percent auf etwa  $4\frac{1}{4}$  Percent sich nur bis zur Feldgasse erstrecken soll, daß b) die projectierten Stützmauern und Stiegenabgänge zwischen der Fahrbahn, der Straße und den Trottoirs zu entfallen haben, und ist der nunmehr geringere Niveauausgleich auf die ganze Straßenbreite, d. i. bis zu den beiderseitigen Baulinien, vorzunehmen.“

Jene Herren, welche mit diesem Gegen-Antrage einverstanden sind, bitte ich die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Es entfällt daher der Satz: „Die Höherlegung dieser Straße ist thunlichst zu verringern; der weitere Satz: „Längs dieser Bahnhofanlage sind anstatt der Dammböschungen Futtermauern anzubringen“ hat keine Einwendung gefunden. Er ist angenommen.

Wünscht einer der Herren zu Punkt 6 das Wort? (Niemand meldet sich.) Angenommen.

Zu Punkt 7? (Niemand meldet sich.) Angenommen.

Zu Punkt 8? (Niemand meldet sich.) Angenommen.

Zu Punkt 9? (Niemand meldet sich.) Angenommen.

Zu Punkt III, Enteignungsverhandlung? (Niemand meldet sich.) Angenommen.

Es kommen nun Anträge, die mit diesen Beschlüssen in Verbindung stehen, und zwar der Antrag Steiner: „Das Stadtbauamt wird beauftragt, sich bezüglich der von der Gemeinde im Jahre 1894 vorzunehmenden öffentlichen Arbeiten mit der Bauleitung der Gürtel- und der Vorortelinie wegen gleichzeitiger Durchführung solcher Arbeiten, welche das Aufreißen des Straßenkörpers bedingen, ins Einvernehmen zu setzen.“

Ich bitte jene Herren, die dem zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Nun kommt zur Abstimmung der Antrag des Gem.-Rathes Jedlička, „daß zu der Begehungs-Commission die Vertreter des betreffenden Bezirkes eingeladen werden.“ Da möchte ich nur bemerken, daß seitens des Ministeriums der Magistrat eingeladen wird, mit der Aufforderung, Vertreter der Gemeinde zu schicken, daß also eigentlich dem Antrage des Herrn Gem.-Rathes Jedlička ohnehin genügeleistet wird; er wünscht noch den Zusatz: „Gemeinderäthe und Bezirksausschüsse.“

Ich bitte diejenigen Herren, welche mit diesem Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Es ist die Minderheit. (Widerspruch links.) Ich bitte also, sich zu erheben. (Geschieht.) Es ist die Mehrheit; angenommen. Der Gegenstand ist erledigt.

**Beschluß:** Die Vertreter der Gemeinde Wien werden ermächtigt, bei der am 4. Jänner 1894 stattfindenden Stations-Commission, politischen Begehung und Enteignungsverhandlung hinsichtlich der Theilstrecke „Ottakring—Gersthof“ die nachfolgende Erklärung abzugeben:

#### I. Stations-Commission.

Gegen die Anzahl und Situierung der Stationen wird keine Einwendung erhoben.

#### II. Politische Begehung.

Die Gemeinde Wien stellt bezüglich der Durchführung dieses Projectes nachstehende Bedingungen:

1. Die zur Überbrückung der Burggasse in Kilometer 2 der Bahn als Ersatz der Breitenfelder Hauptstraße projectierten Rampen sind in einer Breite von 9 m anzulegen und derart auszudehnen, daß die Steigung derselben nicht mehr als 3 Percent beträgt.

Bei der Verfassung des Detailprojectes für den Abschluß des dortselbst geplanten Bahnhofes Ottakring und die Überbrückung in der Achse der Burggasse ist auf die neuen zu bestimmenden Straßenniveaus Rücksicht zu nehmen.

2. Die Überbrückung der Gablenzgasse in Kilometer 2-43 der Bahn ist mittels entsprechend geformter eiserner Säulen im Saume der Trottoirs der Unterfahrt zu unterstützen und ist die Rampe von dieser Unterfahrt zur Hüttengasse in der Steigung zu modificieren. Das Niveau der Hüttengasse ist dementsprechend um mindestens 60 cm höher zu legen als dies gegenwärtig geplant ist.

Die Anzahl der in der Hüttengasse in Aussicht genommenen Ausgangsstiegen zu den höhergelegenen Trottoirs ist um mindestens zwei Stiegen zu vermehren und hat die Situierung dieser Stiegen im Einvernehmen mit der Gemeinde Wien zu erfolgen.

Die Bahnunternehmung hat sich bezüglich der Straßen- und Trottoiranlage vor den Häusern mit den Hauseigenthümern auseinander zu setzen und die Gemeinde Wien gegen alle etwaigen, wie immer gearteten Forderungen der Hauseigenthümer vollständig klug- und schadlos zu halten.

3. Die Unterfahrtsböden in Kilometer 2-57 (Perchenfelderstraße) und der Ottakringerstraße in Kilometer 2-68 sind durch eine entsprechende Anordnung in der Eisen-

construction der Straßenüberbrückungen auf eine lichte Höhe von 5.0 m, beziehungsweise 6.0 m zu bringen.

Die lichte Höhe der Bahnunterfahrt der Herrngasse bei Kilometer 5.43 der Bahn soll unter Beibehaltung des Straßenniveaus durch entsprechende Abänderung der Eisenconstruction auf 5 m gebracht werden.

4. Was die längs der Bahn in Aussicht genommenen Parallelwege betrifft, so ist, insoweit die Bahn an nach den genehmigten Baulinienplänen bereits bestimmte Straßen zu liegen kommt, der zur Straßenerstellung erforderliche Grund in der halben genehmigten Breite dieser Straßen von der Bahnunternehmung einzulösen und der Gemeinde Wien als Straßengrund kosten- und lastenfrei zu übergeben.

Die Gemeinde Wien behält sich vor, in jenen Strecken, in welchen mit Rücksicht auf die Anlage der Bahn neue Straßen längs derselben geschaffen werden müssen, diese Straßen und deren Breite zu bestimmen und hat die Bahnunternehmung auf den zur Eröffnung dieser Straßen erforderlichen Grund in der halben Breite, und zwar im Maximalausmaße von 8 m zu erwerben und der Gemeinde Wien kosten- und lastenfrei als Straßengrund zu übergeben.

5. Längs des Bahnhofes in Gersthof Kilometer 4.9 bis 5.4 sind beiderseits als Ersatz für die bestehenden Verbindungswege Straßen in der halben Breite von 8 m herzustellen.

Die Bahnunternehmung hat sich bezüglich der Höherlegung der Gersthoferstraße mit den dortigen Hauseigenthümern ins Einvernehmen zu setzen und die Gemeinde Wien gegen diesbezügliche Klagen der Hauseigenthümer schadlos zu halten.

Die projectierte Correction der Gersthoferstraße zwischen der Bahnhofüberbrückung und der Neuwaldeggerstraße soll derart abgeändert werden, daß a) die Correctionsrampe durch Vergrößerung des Gefälles von 4 Percent auf etwa  $4\frac{1}{4}$  Percent sich nur bis zur Feldgasse erstrecken soll, daß b) die projectierten Stützmauern und Stiegenabgänge zwischen der Fahrbahn, der Straße und den Trottoirs zu entfallen haben, und ist der nunmehr geringere Niveauausgleich auf die ganze Straßenbreite, d. i. bis zu den beiderseitigen Baulinien, vorzunehmen.

Längs dieser Bahnhofanlage sind anstatt der Dammböschungen Futtermauern anzubringen.

6. Für die Anlage der zur k. k. Tabak-Hauptfabrik führenden und die Gablenzgasse bei Kilometer 2.43 im Niveau kreuzenden Schleppbahn ist in der Kreuzungsstelle ein Schienensystem in Anwendung zu bringen, welches die volle Gewähr für den unbehinderten und sicheren Wagenverkehr über die Bahnanlage bietet.

7. Die Wasserleitungsröhre sind, insoweit dies durch die Anlage der Bahn bedingt wird, entsprechend zu versichern, in genügender Weise zu überschütten und sind die diesfälligen Arbeiten im steten Einvernehmen und nach Angabe der Gemeinde Wien in Ausführung zu bringen.

Die Gemeinde Wien behält sich übrigens vor, die infolge der Bahnanlage nothwendig werdenden Umlegungen und Versicherungen von Wasserleitungsobjecten selbst auf Kosten der Bahnunternehmung nach ihrem Ermessen bewirken zu lassen und erforderlichen Falles gleichfalls auf Kosten der Bahnunternehmung die Herstellung von Rohrcanälen durchzuführen.

8. Bei der Anlage der Überbrückung der Hernalser- (Dornbacher-) Hauptstraße ist für den Fall der Auflassung der Vorgärten hierauf Rücksicht zu nehmen und demgemäß der zwischen dem überwölbten Durchlaß zur verlängerten Breitenseerstraße und zwischen der Fahrbahn der Hernalser- (Dornbacher-) Hauptstraße projectierte Pfeiler zwischen den Baulinien der Breitenseer- und der Hernalser- (Dornbacher-) Hauptstraße zu situieren.

9. Sämmtliche Detailprojecte der auf der Strecke Gersthof-Breitensee vorkommenden Objecte sind vor deren Ausführung vorzulegen.

### III. Enteignungsverhandlung.

Gegen die in Anspruch genommene Enteignung von städtischen Gründen zur Herstellung der Bahnanlage nach Maßgabe des Programmes für die finanzielle Sicherstellung und die Ausführung von öffentlichen Verkehrsanlagen in Wien wird keine Einwendung erhoben.

Das Stadtbauamt wird beauftragt, sich bezüglich der von der Gemeinde im Jahre 1894 vorzunehmenden öffentlichen Arbeiten mit der Bauleitung der Gürtel- und Vorortelinie wegen gleichzeitiger Durchführung solcher Arbeiten, welche das Aufreißen des Straßenkörpers bedingen, ins Einvernehmen zu setzen.

Zu der Begehungs-Commission sind die Vertreter der betreffenden Bezirke, Gemeinderäthe und Bezirksausschüsse, einzuladen.

**13. Referent Vice-Bürgermeister Dr. Gröbl:** Ich habe die Ehre, im Namen des Stadtrathes über ein Schreiben der Donauregulierungs-Commission zu berichten, welches lautet (liest): „Mit Beziehung auf die geschätzte Zuschrift vom 13. December v. J. beehrt sich die Donauregulierungs-Commission nachstehende Mittheilung zu machen: Die Donauregulierungs-Commission hat in ihrer Plenarsitzung am 18. December d. J. beschloffen, der Commune Wien vom 1. Juli 1894 angefangen auf 25 Jahre, d. i. bis 30. Juni 1919, den dem Donauregulierungs-Fonde gehörigen Landungs- und Ladaplatz (den sogenannten Pfeiffer'schen Landungsplatz), welchen gegenwärtig die Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft kraft des Bestandvertrages vom 6. December 1879 in Bestand hat, gegen den Recognitionspachtzins von 20 fl. pro Jahr sammt der Fläche des bestehenden Zuganges zwischen diesem Landungsplatze und den Landungsplatze des Lagerhauses zu verpachten, und zwar unter den im beiliegenden Entwurfe (1. Beilage) der Punctionationen ersichtlichen Bedingungen.“

Nachdem diese Bedingungen in sehr wesentlichen Punkten auch das bestehende und künftige Bestandverhältnis zwischen der Donauregulierungs-Commission und der Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft berühren und von der Zustimmung der letzteren abhängig sind, theilt die Donauregulierungs-Commission die obigen Punctionationen



unter einem der Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft ebenfalls mit, stellt es jedoch dem löblichen Magistrat anheim, etwa weitere Verhandlungen mit dieser Gesellschaft, wenn sie noch erforderlich sein sollten, selbständig zu führen und das Resultat der Donau-regulierungs-Commission bekanntzugeben.

Um die Angelegenheit zum definitiven Abschlusse zu bringen, wären obige Punctionen (eventuell nach Ergänzung derselben auf Grund der oben erwähnten Verhandlungen) von der löblichen Commune, von der Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft und von der Donauregulierungs-Commission zu unterfertigen und deshalb hievon drei Ausfertigungen zu verfassen."

Ich habe namens des Stadtrathes den Antrag zu stellen: Es werde diese Zuschrift der Donauregulierungs-Commission zur Kenntnis genommen. Aus derselben ergibt sich, daß die Donauregulierungs-Commission bereit ist, der Gemeinde Wien den sogenannten Pfeiffer'schen Holzplatz auf 25 Jahre gegen einen jährlichen Pachtzins von 20 fl. zu verpachten. Der Stadtrath stellt den Antrag: Es sei der Gemeinderath zu ersuchen, die Ermächtigung zu erteilen, daß auf Grund dieser Bereitwilligkeit der Donauregulierungs-Commission ein Vertrag abgeschlossen werde. Auf diese Weise wäre es möglich, im Sinne der vom Gemeinderathe leztthin gefassten Beschlüsse dort einen Umschlagplatz zu errichten und mit der Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft in Verhandlung zu treten wegen Ablösung der dort befindlichen Gebäude und weiters mit der Direction der Staatseisenbahnen wegen Ablösung der am Plage befindlichen Geleise.

**Gem.-Rath Wärtl:** Ich habe nicht gehört, daß der Referent gesagt hätte, daß ein Recognitionzins von jährlich 20 fl. zu bezahlen sei. Ich mache nur auf Folgendes aufmerksam: Es ist noch nicht lange her, da wurde ein Referat erstattet, nach welchem die Gemeinde einen Grund zu einer Straße hergegeben hat, da wurde ein Recognitionzins von 5 fl. verlangt. Mir war damals dieser Zins zu wenig. Ich habe damals 50 fl. beantragt. Sehen Sie, von der Gemeinde Wien wird ein Zins von 20 fl. jährlich verlangt, Sie, die Majorität, haben damals einen Zins von 5 fl. beschlossen! Ich will nur constatieren, wie die Gemeinde handelt und behandelt wird. Der College Wunsch vom XVIII. Bezirke hat damals meinem Antrage halb und halb zugestimmt; ihm waren auch die 5 fl. zu wenig. Und jetzt müssen wir 20 fl. bezahlen.

**Referent:** Das ist summa summarum für den ganzen Platz. Dieser Holzplatz an der Lände ist ziemlich groß, circa 2000 □°. Wir werden dort Baulichkeiten errichten und ein Eisenbahngeleise, um dort einen entsprechend größeren Umschlagplatz zu erhalten. Daß ein Recognitionzins von 20 fl. in diesem Falle sehr billig ist, darüber besteht kein Zweifel.

**Gem.-Rath Gregorig:** Ich erlaube mir an den geehrten Herrn Referenten die Anfrage, warum wir den Platz pachten. Die Plätze werden dort unten theurer werden, und wenn wir den Platz später brauchen, werden wir ihn theurer bezahlen müssen. Welche Gründe sind dafür maßgebend, den Platz zu pachten statt ihn anzukaufen?

**Referent:** Der Platz liegt am Ufer der Donau und kann überhaupt nicht ins Privateigenthum übertragen werden. Wir haben auch nur ein Interesse daran, den dort bestehenden Landungsplatz zu vergrößern, um dort einen den Handelsbedürfnissen entsprechenden Umschlagplatz zu errichten. Dieser Gegenstand wurde vor ungefähr 14 Tagen oder drei Wochen im Gemeinderathe verhandelt und wir haben uns die Ermächtigung des Gemeinderathes

erbeten, mit der Donauregulierungs-Commission und der Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft in Verhandlung zu treten, weil dort gewisse Ablösungen nothwendig sind. Der Gemeinderath hat das genehmigt, wir haben uns an die Donauregulierungs-Commission gewendet und dieselbe hat unser Einschreiten durch die früher zur Verlesung gebrachte Note beantwortet.

**Gem.-Rath Gregorig:** Ich war durch Krankheit verhindert, den lezten Sitzungen anzuwohnen und habe von den Verhandlungen nichts gewußt. Ich habe gedacht, es handle sich um einen Holzplatz und der kann nicht an der Lände sein. Unter solchen Umständen aber habe ich nichts einzuwenden.

**Bürgermeister:** Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall. Angenommen.

**Beschluß:** Wegen Pachtung des sogenannten Pfeiffer'schen Holzplatzes zu Lagerhauszwecken ist mit der Donauregulierungs-Commission ein Vertrag auf die Dauer von 25 Jahren abzuschließen. Als Recognitionzins werden 20 fl. pro Jahr bewilligt.

**Bürgermeister:** Ich bitte Herrn Vice-Bürgermeister Dr. Richter zum Referate.

**Gem.-Rath Dr. Lueger** (zur Geschäftsordnung): Ich bitte zu constatieren, ob 92 Gemeinderäthe hier sind.

**Bürgermeister:** Ich bitte, sich auf die Plätze zu begeben. Die Herren Schriftführer werden ersucht, zu zählen. (Nach einer Pause:) 96 Herren sind anwesend, was ich über Wunsch eines Herrn Gemeinderathes constatiere.

(Vice-Bürgermeister Dr. Gröbl übernimmt während des folgenden Referates den Vorsitz.)

**14. Vice-Bürgermeister Dr. Richter:** Im October 1890 hat der Gemeinderath einen Beschluß gefaßt über das Maß der Wassergebühren und über die Art und Weise der Einbringlichmachung derselben und hat zum Schluß an den Landesauschuß die Bitte gerichtet, eine Gesetzesvorlage, analog den gefassten Beschlüssen beim Landtage einbringen zu wollen. Diese Gesetzesvorlage ist nach den Beschlüssen des Gemeinderathes thatsächlich eingebracht und vom Landtage genehmigt worden.

Es wurde jedoch die Allerhöchste Sanction dem vom Landtage beschlossenen Gesetzentwurfe nicht erteilt. Die Gründe sind aus der Zuschrift des Landesauschusses vom 1. September 1891 zu entnehmen, welche ich mir hiemit zur Verlesung zu bringen erlaube. Die Zuschrift lautet (liest):

„Die k. k. n.-ö. Statthalterei hat mit Note vom 25. August d. J., Z. 51659, anher mitgetheilt, daß Se. k. u. k. Apostolische Majestät mit Allerhöchster Entschließung vom 15. August 1891 den vom n.-ö. Landtag beschlossenen Gesetzentwurf, wodurch das Recht der Stadt Wien zur Einhebung der Wasserbezugsgebühren geregelt wird, die Allerhöchste Sanction nicht zu erteilen geruht haben, und infolge Erlasses des hohen Ministeriums des Innern vom 19. August 1891, Z. 17044, weiters bekanntgegeben, daß für diese Ablehnung die nachstehenden Gründe maßgebend waren:

Dem obengedachten Gesetzentwurfe liegt ein während der vollen Wirksamkeit der provisorischen Gemeindeordnung der Stadt Wien vom Jahre 1850 unter dem 24. October 1890 gefasster Beschluß des Gemeinderathes zugrunde; seither wurde mit dem Landesgesetze vom 19. December 1890, N.-G.-Bl. Nr. 45, die Vereinigung mehrerer Gemeinden und Gemeintheile mit der Stadt Wien ausgesprochen und für dieselbe ein neues Statut, sowie eine

neue Gemeindevahlordnung erlassen, und hat der auf Grund dieses Gesetzes neugewählte Gemeinderath auch bereits seine Thätigkeit begonnen.

Nach § 52, lit. k, dieses neuen Gemeindestatutes fällt die Festsetzung neuer Gebühren, Taxen und sonstigen Leistungen für Gemeindezwecke, mögen dieselben von allen Gemeindegliedern oder nur für Benützung öffentlicher nothwendiger Gemeindevorrichtungen zu errichten sein, sowie die Erhöhung schon bestehender solcher Abgaben in den Wirkungsbereich des Gemeinderathes, vorbehaltlich der Erwirkung eines Landesgesetzes, und ist in den Art. 8 und 16, M. 2, des bezogenen Landesgesetzes nur die Ausdehnung der Geltung der bisher für die Gemeinde Wien, also vor deren Vereinigung mit mehreren Gemeinden erlassenen Landesgesetze auf das erweiterte Stadtgebiet ausgesprochen.

Nachdem es sich nun im gegebenen Falle um ein erst und zwar für das derzeit bestehende erweiterte Gemeindegebiet zu erlassendes Gesetz handelt, muß es im Sinne der angeführten Bestimmungen des Landesgesetzes vom 19. December 1890 dem dermaligen Gemeinderathe überlassen werden, über diese so wichtige Frage der Einhebung von Wasserbezugsgebühren sowie deren Modalitäten zu beschließen und wegen Erwirkung eines hiezu erforderlichen Landesgesetzes an den Landtag heranzutreten.

Es könnte von dieser neuerlichen Beschlußfassung auch schon deshalb nicht Umgang genommen werden, weil die frühere Gemeindevertretung nur die Interessen der alten zehn Wiener Gemeindegebiete vertreten und deren Verhältnisse und Bedürfnisse sich gegenwärtig halten konnte, nunmehr aber auch jene der neu hinzugekommenen Gemeindebezirke in Berücksichtigung zu ziehen kommen.

Anbelangend den Inhalt des Gesetzentwurfes, so wird im § 1 zwischen dem von der Gemeinde pro Tag zum normalen Hausbedarfe zugetheilten und dem zum außergewöhnlichen Bedarfe pro Tag angemeldeten Wasserquantum unterschieden und wird unter Präcisierung der Bedeutung dieses Begriffes für jeden Hektoliter des ersteren eine jährliche Gebühr von höchstens 3 fl. und für jeden Hektoliter des letzteren Wasserquantums eine solche von höchstens 5 fl. festgesetzt.

Aus der Begrenzung des Begriffes „zum normalen Hausbedarf“ auf den Bedarf für jeden ständigen Bewohner eines Gebäudes ergibt sich, daß der Wasserbedarf jener Personen, welche in Gebäuden — und zwar insbesondere in öffentlichen Anstalten, wie Unterrichts-, Kranken- und Wohlthätigkeitsanstalten, Kasernen u. dgl. — zwar nicht ständig wohnen, sich aber in denselben doch regelmäßig durch eine Reihe von Stunden oder, wenn auch nur vorübergehend, so doch einige und selbst längere Zeit hindurch aufzuhalten bemüht sind, als ein außergewöhnlicher Bedarf anzusehen und demgemäß nach dem höheren Gebührensätze zu behandeln wäre.

Es darf aber nicht übersehen werden, daß es sich auch bei solchen Personen, wenn auch bei diesen nur ein täglicher Wasserverbrauch von weniger als 25 l per Kopf in Frage kommen mag, doch nur um einen für die persönlichen Bedürfnisse derselben nothwendigen Wasserverbrauch zum Trinken, Waschen und zum Theile auch zum Kochen, sonach gleichwie bei den ständigen Bewohnern eines Gebäudes um einen normalen, nur etwa in der Menge unterschiedlichen Bedarf handelt, hinsichtlich dessen der Gemeinde schon vom Standpunkte der Sanitätspolizeipflege die pflichtgemäße Fürsorge obliegt.

Die Berechnung des für solche Consumzwecke über das für die ständigen Bewohner des betreffenden Gebäudes zugetheilte Quantum über Anmeldung abzugebenden Wassers nach dem höheren Gebührensätze kann daher nicht als begründet erkannt und demgemäß auf eine Bestimmung nicht verzichtet werden, in welcher in einer jeden Zweifel ausschließenden Weise zum Ausdruck gebracht wird, daß auch in derartigen Fällen das zur Befriedigung der persönlichen Bedürfnisse nothwendige Wasserquantum unter den niedrigeren Gebührensätzen fällt.

Hierbei kann nicht unberücksichtigt bleiben, daß eine große Zahl der in Rede stehenden Personen ohnedies nach ihrer ständigen Wohnung in Bezug auf die Wasserzuteilung gemäß § 1 lit. a des Gesetzentwurfes in Rechnung gezogen wird, ohne daß dieselben von diesem ihnen zugetheilten Wasserquantum in ihrer Wohnung im vollen Umfange Gebrauch machen können.“

Auf Grund der in diesem Erlasse enthaltenen Ausführungen hat nun neuerlich eine Berathung des seinerzeit vom Gemeinderathe angenommenen Entwurfes stattgefunden und es wurden die in dem Erlasse hervorgehobenen Rücksichten im § 2 des vorliegenden Entwurfes, respective Antrages, einer besonderen Formulierung unterzogen. Der Antrag, welchen ich mir zu vertreten erlaube, basiert hinsichtlich des Principes, welches der ganzen Bemessung der Wassergebühren zugrunde gelegt ist, auf den Gemeinderaths-Beschlüssen vom November und December 1887. Vom 1. Jänner 1888 an sind die mit diesen Beschlüssen angeführten neuen Gebühren in Kraft getreten. Es hat sich damals im Herbst 1887 um die Umrechnung der bisher nach Eimer und Gulden berechneten Wassergebühren auf Hektoliter gehandelt, und es wurde bei dieser Gelegenheit auch das von der Gemeinde als Local-Sanitätsbehörde den einzelnen Bewohnern zugemessene Wasserquantum auf 25 l per Kopf für den ständigen Bewohner eines Gebäudes herabgesetzt und die Gebühr per Hektoliter täglichen Bedarfes festgesetzt mit 2 fl. 50 kr. für den normalen Wasserbedarf und ein Beitrag von 50 kr. für Betriebskosten, mithin im ganzen von 3 fl., für den außergewöhnlichen und industriellen Bedarf von 4 fl. per Hektoliter und Jahr und den erwähnten Betriebskostenbeitrag und endlich für einen Mehrverbrauch über das zum normalen Gebrauch zugewiesene Wasserquantum plus einem 10procentigen Überquantum eine Gebühr von 2 kr. per Hektoliter.

Die Betriebskosten wurden, wie bereits erwähnt, per Hektoliter und Jahr mit 50 kr. bemessen. Damals wurde endlich auch bestimmt, daß für Anstalten, wie Kasernen, Spitäler u. dgl. dieselben Bestimmungen zu gelten hätten, wie für Private, vorbehaltlich besonderer Übereinkommen. Solche Übereinkommen haben nur hinsichtlich einiger weniger Anstalten bestanden. In dem vorliegenden Entwurfe wird Ihnen nun empfohlen, nach Maßgabe der bisherigen von der Gemeinde eingehaltenen Principien die Wassergebühren wieder auszumessen, und zwar nach dem normalen Bedarfe und nach dem darüber hinausgehenden Bedarfe. Endlich wird beantragt, auf die von der Regierung in der von mir verlesenen Zischrift des Landesausschusses angeregten Bedenken hinsichtlich der öffentlichen Anstalten einzugehen.

Im § 3 finden Sie dann die bisherigen Bestimmungen über die Miete der Wassermesser. Es ist keine neue Bestimmung diesesfalls getroffen. § 4 beschäftigt sich mit der Gebühr für jenes Wasserquantum, welches über das zugewiesene Wasserquantum, also über den normalen Bedarf bezogen wird. Es ist dies die Gebühr von 2 kr. per Hektoliter des Mehrquantums. §§ 5 und 6 sind selbst-

verständliche Bestimmungen; ebenso die §§ 7 und 8. Bei § 8 sind nun neue Bestimmungen getroffen, es sind die Bestimmungen, wie sie bisher waren, genauer präcisiert, sie stellen dar, wer für die Gebühren zu haften hat und von wem dieselben einzutreiben sind.

§ 9 bezieht sich auf die Wasserquantitäten, welche durch Kauf aus der Ferdinands-Wasserleitung seinerzeit erworben wurden, und ist diesfällg eine Bestimmung conform mit den bisher geltenden Bestimmungen getroffen.

§ 10 bezieht sich auf die Controle durch die Wassermesser. Es sind diese Bestimmungen ähnlich den im October 1890 angenommenen Bestimmungen, nur ist Rücksicht genommen auf die mittlerweile vom Handelsministerium erlassene Verordnung, wonach die Wassermesser zu aichen sind.

§ 11 handelt von den Zwangsmitteln der Gemeinde behufs Eintreibung der Wasserbezugsgebühren.

Das Gesetz selbst hat seinen Schwerpunkt eigentlich im § 2 und darin, daß den Gebührenaussprüchen der Gemeinde eine feste Basis gegeben wird, deren sie bisher entbehrt hat. Mit Rücksicht darauf, daß in der Anlage der Hochquellenleitung bisher ein Capital von 26,200.000 fl. investiert ist, dessen Verzinsung und Amortisation die Bürger der Stadt Wien selbstverständlich, und zwar nicht unbedeutend, mit einer Summe von 1,572.000 fl. belastet, mit Rücksicht auf diesen Umstand ist es wohl erklärlich, daß die Festsetzung von Gebühren für alle jene Personen, welche von dieser Anstalt Gebrauch machen, eine im finanziellen Interesse der Gemeinde liegende Maßregel ist.

Ich habe diesen Bemerkungen vorläufig nichts beizufügen. Ich bitte, in die Debatte über diese Vorschläge des Stadtrathes einzugehen.

**Vice-Bürgermeister Dr. Gröbl:** Ich eröffne zunächst die Debatte im allgemeinen. In derselben sind zum Worte gemeldet die Herren Gem.-Räthe Mareš, Josef Grünbeck, Dr. Lueger, Strobach und Kaspar.

**Gem.-Rath Mareš.** (Derselbe verzichtet auf das Wort.)

**Gem.-Rath Josef Grünbeck.** (Derselbe verzichtet auf das Wort.)

**Gem.-Rath Dr. Lueger:** Meine Herren! Die Vorlage, um welche es sich hier handelt, ist eine solche, welche für die Bevölkerung von tief einschneidender Bedeutung ist, und welche daher nach allen Richtungen hin geprüft werden muß. Der geehrte Herr Referent hat gemeint, daß der Schwerpunkt der Vorlage im § 2 zu erblicken sei. Der Herr Referent möge mir verzeihen, wenn ich behaupte, daß seine Anschauung nicht richtig ist. § 2 behandelt eine ganz nebensächliche Frage, nämlich die Frage, wie die k. k. Humanitätsanstalten, insbesondere die Spitäler, behandelt werden sollen. Für die Bevölkerung ist aber jene Frage die wichtigste, welche sich darum dreht, wie sie selbst behandelt wird. Das ist der Kernpunkt der Frage, und darin liegt der Schwerpunkt der Vorlage. Unsere Partei hat im Jahre 1890, wie der Herr Referent wissen wird, gegen den damaligen Gemeinderaths-Beschluß gestimmt. Die Majorität hat damals die Anträge angenommen. Ich hoffe, daß diesmal die Anträge des Stadtrathes von der Majorität des Gemeinderathes nicht angenommen werden, weil ich der Überzeugung bin, daß diese Anträge keine gerechten sind, weil ich der Überzeugung bin, daß durch diese Anträge die Ärmern zu Gunsten der Reichen übervortheilt werden. (Rufe links: Wie immer!)

Ich gebe gerne zu, daß der jetzige Zustand der Frage der Wassergebühren ein solcher ist, welcher verbesserungsbedürftig ist. Aber diese Vorlage hat die Eigenthümlichkeit, daß das Schlechte an dem jetzigen Zustande aufrecht erhalten bleibt und das Gute, nämlich der billige Preis, beseitigt wird. Es wird der Preis des Wassers nach § 1 erhöht; jetzt zahlen wir 3 fl., und in Zukunft sollen 4 fl. gezahlt werden. (Gem.-Rath Magenauer: Das steht ja nicht da!) Warten Sie nur, was ich sage. — Freilich wird der Herr Referent sagen: Mit der Annahme dieses Gesetzesentwurfes ist die Erhöhung factisch noch nicht durchgeführt. Da hat er recht, aber glauben Sie denn wirklich, daß, wenn dieses Gesetz Rechtskraft erlangen sollte, nicht schleunigst von dem in diesem Paragraphen eingeräumten Rechte der Erhöhung auf 4 fl. Gebrauch gemacht werden wird? (Rufe rechts: Nein!) Nein, sagen Sie; ich sage Ihnen ja, meine Herren! Und weil Sie nein sagen, so kann ich Ihnen sagen, daß z. B. bei den Zuschlägen zur Verzehrungssteuer der Gemeinderath sofort von dem höchsten Rechte ohne weiters Gebrauch gemacht hat. Es ist nach meiner Überzeugung Ihr heutiges Votum gleichbedeutend mit dem Votum für die Erhöhung der Wassergebühren auf 4 fl. per Hektoliter.

Nun werden Sie mir vielleicht sagen: Das Wasser kostet ja auch sehr viel; es soll demnach auch dementsprechend von Seite der Wasserabnehmer gezahlt werden. In der Beziehung ist Folgendes das wichtigste. Durch die Festsetzung eines sogenannten Maßstabes des für den persönlichen Bedarf, zum Trinken, Kochen und Waschen zugewiesenen Quantum hat es der Gemeinderath immer in der Hand, die Höhe der Abgabe zu bestimmen. Er braucht nur dieses Quantum zu erhöhen, nach dem Gesetze ist er dazu berechtigt. Fällt dem Gemeinderathe auf einmal ein, zu sagen, es muß per Kopf ein ganzer Hektoliter gerechnet werden, so läßt sich dagegen nichts machen, die Erhöhung ist durchgeführt. (Gelächter rechts.) Ja, das ist möglich, meine Herren; wenn Sie auch darüber lachen, es ist doch so, wie ich es Ihnen sage, Sie werden schon draufkommen.

Es steht hier ausdrücklich (liest):

„Für jeden Hektoliter des von der Gemeinde als Localsanitätsbehörde einem Hause nach einem für jeden ständigen Einwohner des betreffenden Gebäudes bestimmten Maßstabe für den persönlichen Bedarf zum Trinken, Kochen und Waschen zugewiesenen Wasserquantums einschließlich der Betriebskosten den jährlichen Betrag von höchstens 4 fl. ö. W.“

Wieviel das Wasserquantum ist, steht nicht drinnen. Durch diese Bestimmung wird aber der Reiche gegenüber dem Armen bevorzugt. Viele Herren sind wohl Mitglieder der Hausherrenvereine, einige Herren lesen vielleicht auch die Beschlüsse, welche die Hausherrenvereine fassen, die anderen lesen vielleicht auch jene Artikel, welche in der Hausherrenzeitung veröffentlicht werden. Da gebe ich nun den geehrten Herren Vertretern der Vororte und insbesondere derjenigen Bezirke, welche von einer ärmeren Bevölkerung bewohnt sind, folgendes Beispiel zum Nachdenken. Es veröffentlicht die Hausherrenzeitung vom 1. Mai 1893 Nachfolgendes, und kann der X. Bezirk als Muster für alle Vororte gelten — das werden mir die Herren zugeben — er kann auch als Muster gelten für jene Theile der übrigen Bezirke, in welchen eine ärmere Bevölkerung wohnt.

Da wird nun bezüglich eines Hauses in der Goethegasse Nr. 18, welches von 111 Personen bewohnt ist, Folgendes auseinandergelegt:

Im Zeitraume vom 5. Juli bis zum 5. October, durch 92 Tage, hat sich eine Differenz des wirklich verbrauchten, gegenüber dem zu bezahlenden Wasserquantum in der Höhe von 1207 hl herausgestellt, das entspricht  $47\frac{1}{4}$  oder  $47\frac{1}{2}$  Percent — ich nehme es hier nicht aus. Meine Herren! Der Besitzer des Hauses Goethegasse 18 mußte also beinahe doppelt soviel bezahlen, als er wirklich gebraucht hat.

In dem Zeitraume vom 5. October bis 5. Jänner ist es noch ärger; da betragen die Percente des Nichtbezuges  $55\frac{1}{2}$  Percent. In der Zeit vom 5. Jänner bis 6. April ist es noch ärger; da betragen die Percente des Nichtbezuges  $58\frac{1}{2}$  Percent. Nun, meine Herren, was bedeutet das? Das bedeutet, daß in den ärmeren Bezirken die Bevölkerung für das Wasser doppelt soviel bezahlen muß, als in den Theilen, in welchen die reichere Bevölkerung wohnt. Das werden Sie mir doch zugeben, daß in den Ringstraßen-Häusern zum Beispiel das Wasserquantum wirklich aufgebraucht wird, dort ist sogar der sogenannte Mehrverbrauch zu finden und zu suchen. Die brauchen das Wasser, weil sie viel größere Bedürfnisse haben, als die ärmere Theil der Bevölkerung. In Wien ist nun nach meiner Meinung der scandalöse Zustand vorhanden, daß der ärmere Theil für den reicheren das Wasser zahlen muß. Das ist ein trauriger Zustand, der unter keiner Bedingung geduldet werden kann und darf. Ich appelliere an Ihr Gerechtigkeitsgefühl in dieser Beziehung; Sie können und dürfen das nicht zulassen.

Wir können daher auch dem Principe, welches in dem Antrage des Stadtrathes zum Ausdruck kommt, nie und nimmer zustimmen; aber abgesehen davon sind in dieser Vorlage Lücken, die geradezu staunenswert zu nennen sind. In dem § 2 wird nur von den k. k. Humanitätsanstalten gesprochen; von jenen Anstalten, welche von Privat- oder kirchlichen Vereinen und dergleichen unterhalten werden, wird nicht ein Wort erwähnt. Die meisten Kinderpitäler sind von dieser Wohlthat ausgeschlossen und so viele andere Wohlthätigkeits-Institute, auf die man denn doch mindestens die gleiche Rücksicht zu nehmen hat, wie auf jene, welche von Seite des Staates geleitet werden. Merkwürdig ist auch, wenn man so hört, wer denn eigentlich zur Bezahlung der Wassergebühren verpflichtet werden soll. Da heißt es im § 8, daß zur Zahlung verpflichtet sein sollen bezüglich des zugemessenen Wasserquantums der Hauseigentümer und dessen Nachfolger im Besitze. Ich weiß, daß diesbezüglich jetzt ein Übelstand ist. Aber der Herr Referent wird doch wissen, daß eine solche Bestimmung nicht vom Landtage getroffen werden kann. Eine solche Bestimmung kann nur im Wege eines Reichsgesetzes getroffen werden, nie aber vom Landtage. Der Landtag kann doch nicht eine solche Gebühr zu einer auf dem Immobile haftenden Gebühr erheben, das ist doch unmöglich. Aber weiter! Im letzten Abjate dieses Paragraphen wird davon gesprochen, daß den Wassergebühren jene Pfand- und Vorzugsrechte zukommen sollen, welche den öffentlichen Abgaben für Gemeindezwecke von unbeweglichen Sachen durch die Gesetze eingeräumt sind.

Ich weiß nicht, welche öffentliche Abgaben für Gemeindezwecke hier gemeint sind. Der gewöhnliche Sprachgebrauch unterscheidet zweierlei, nämlich den communalen Zuschlag zu den verschiedenen Steuern, zur Hauszinssteuer, zur 5percentigen Einkommensteuer u. s. w., dann auch die Zinskreuzer. Ich für meine Person weiß sehr gut, daß die Zinskreuzer eigentlich keine Steuer der Häuser sind, sondern eine Steuer, welche die Mieter von dem Mietzinse zu bezahlen haben. Aber ich erinnere mich, daß in früheren Zeiten die Zinskreuzer immer auch als eine Steuer von unbeweglichem Gute auf-

gefaßt wurden und factisch ist das auch der Fall. Nun, der Zinskreuzer hat bis jetzt kein Pfandrecht und hat unter gar keiner Bedingung irgendein Vorzugsrecht. Das ist gerichtlich anerkannt, nur der Communal-Zuschlag hat mit den Staatssteuern ein Pfand- und Vorzugsrecht. Welche Rechte sollen nun diesen Wassergebühren eingeräumt werden? Offenbar, scheint mir, die Rechte, welche den communalen Zuschlägen nach dem Gesetze gebühren. Nun, wenn das der Fall ist, soll den Wassergebühren nach der Anschauung des Stadtrathes ein gesetzliches Pfandrecht und überdies noch sogar ein Vorzugsrecht eingeräumt werden.

Der Herr Referent muß wissen, daß diese beiden Rechte nicht im Wege der Landesgesetzgebung, sondern nur im Wege der Reichsgesetzgebung ertheilt werden können. Das ist zu wiederholtenmalen hier im Gemeinderathe constatiert worden.

Über die Wassermesser will ich nicht viel reden. Es ist komisch, wenn man hier liest, es sind nur solche Wassermesser in Verwendung zu nehmen, welche entweder von der k. k. Normalabrechnungs-Commission oder dem k. k. Nischante geacht oder von beider Beamten der Gemeinde Wien geprüft und für richtig erklärt worden sind. (Heiterkeit links.)

Es wird da, wie es auch jetzt der Fall ist, der eine Theil quasi zum Richter für beide Theile bestellt. Ich will darüber nicht reden, ich kenne die Noth, die in dieser Beziehung herrscht und ich glaube, daß die Abrechnungs-Commission die Wassermesser nicht aichen will aus Gründen, auf die ich nicht näher eingehen will.

Wenn Sie § 11 lesen, so ist es, wie ich sagen muß, staunenswert, wie eine Sanitätsbehörde -- und es wird so viel von Sanität gesprochen -- derlei Bestimmungen treffen kann. Es dreht sich da um die Absperrung des Wasserbezugs. In einem Falle, bei der Wasserverschwendung, kann abgesperrt werden, es muß aber das Wasser zugeführt werden in den berühmten Fässern. Ich habe unlängst Gelegenheit gehabt, ein Glas Wasser aus einem solchen Fasse dem Stadtrathe zu credenzen. Was in dem Wasser alles herumschwimmt, ist höchst merkwürdig. Die Fässer sind offenbar verfäult und wer das Wasser bekommt, trinkt diese Fäulnisstoffe, die sich, entweder sichtbar oder unsichtbar, in dem Wasser befinden. Ob das Wasser gesund ist, weiß ich nicht; aber ich trinke es nicht, außer ich habe einen solchen Durst, daß ich ihn nicht mehr bezähmen kann und es steht anderes Wasser nicht zur Verfügung. Nun, da trinkt man Wasser auch aus einer Pfüge. Ich appelliere an die Herren, die gesehen haben, wie schön das Wasser aussieht. Nun also, dieser Wasserwagen soll gleichsam ein integrierender Bestandtheil der Gemeindeverwaltung von Wien für immerwährende Zeiten werden. Wenn irgendwo eine Verschwendung ist -- angeblich, die Grenzen werden nicht genannt, wo die Verschwendung beginnt und wo sie aufhört -- wird das Wasser abgesperrt und wird das Wasserfaß hingeschickt und das Wasser zugewiesen, die verschiedenen Hektoliter auf einmal. Wie das die Parteien dann machen, weiß ich nicht. Das wird höchstwahrscheinlich im Wege der Verordnung geregelt.

Sonderbar ist auch Punkt 6. „Wenn die Zeit, für welche der Wasserbezug nach § 1, lit. b, bewilligt wurde oder die Kündigungsfrist abgelaufen ist oder auch von diesem Zeitpunkte, wenn rückständige Gebühren für solchen Wasserbezug . . . (sich unterbrechend: Das ist § 1).“ Da wird einfach abgesperrt und nichts zugeführt. Das soll offenbar jenes Wasser sein, welches zu Industriezwecken verwendet wird, ich kann mir den Mehrverbrauch nicht anders

denken. Da wird abgesperrt. Ich habe also doch richtig gelesen. Von einer Zuführung finden Sie da nichts.

**Referent:** Das ist nicht richtig, das ist ein Irrthum, lit. b ist das angemeldete Wasser.

**Gem.-Rath Dr. Lueger** (fortfahrend): Das ist also Industrierwasser. Das ist etwas anderes, dann entfällt die Bemerkung. Die früheren Bemerkungen aber, die ich gemacht habe, bleiben vollständig aufrecht stehen. Diese Vorlage ist daher absolut unannehmbar und wir halten uns für verpflichtet, Ihnen folgende Anträge zu unterbreiten. Ich sage nicht, daß das ein Antrag einer Partei sei, weil ich glaube, daß es in dieser Frage hier im Hause eine „Partei“ gar nicht geben soll. Es soll ausschließlich das Interesse der Bevölkerung von allen Seiten gewahrt werden. Wir stellen also folgenden Antrag (liest):

„Der Stadtrath wird aufgefordert, eine neuerliche Vorlage, betreffend die Einhebung der Wassergebühren nach folgenden Grundzügen auszuarbeiten und dem Gemeinderathe vorzulegen:

1. Die Gebühr ist nur nach dem wirklichen Wasserverbrauche zu entrichten. (Bravo!)

2. Die Gebühr ist verschieden zu bemessen, je nachdem das Wasser für den persönlichen Bedarf oder für andere Zwecke (industrielle Unternehmungen u. s. f.) verwendet wird.

Zu Punkt 2 bemerke ich nur, daß ich der Meinung bin, daß, was der Mensch unter jeder Bedingung braucht, soll ihm zu einem anständigen Preise und zu solchem Preise geliefert werden, von dem man annehmen kann, daß er ihn auch bezahlen kann. Derjenige, der Wasser zu anderen Zwecken, zu industriellen Unternehmungen verwendet, kann eventuell auch ein mehreres bezahlen, weil er für das Wasser eine nutzbringende Verwendung hat; das Wasser, das ich trinke, befriedigt nur das persönliche Bedürfnis, während das Wasser, welches zu industriellen Unternehmungen verwendet wird, dazu bestimmt ist, dem Betreffenden einen Gewinn zuzuführen.

3. Die Gemeinde hat das Recht, jenes Quantum festzusetzen, welches für den persönlichen Bedarf eines ständigen Einwohners zum Trinken, Kochen und Waschen zugewiesen wird.

4. Das nach Punkt 3 zu bemessende Quantum dient als Grundlage der Berechnung der zu bezahlenden Gebühren, wenn der Wassermesser unrichtig ist oder aus anderen Gründen sich ein Mehrverbrauch zeigt, sowie zur Berechnung des Mehrverbrauches.

5. Die Gebühr für den Mehrverbrauch ist höher zu bemessen als die Gebühr für den normalen Bedarf. — Damit sind wir einverstanden.

6. Die Abrechnung mit den Hauseigenthümern hat alljährlich zu erfolgen. (Beifall. — Gem.-Rath Wunsch: Das ist ein Widerspruch!) Das weiß ich nicht. Hier ist vierteljährliche Abrechnung bedungen. Ich erkläre Ihnen, daß durch diese vierteljährliche Abrechnung oft ein Mehrverbrauch constatirt wird, der eigentlich kein Mehrverbrauch ist, und deswegen sind wir der Meinung, es gehe nicht an, daß man die Gebühr für ein Jahr festsetze, sie aber vierteljährig einhebe; es geht nicht anders, als daß man pro Jahr rechnet. Das sind die Grundsätze, von welchen wir der Meinung sind, daß sie in der neuerlichen Vorlage des Stadtrathes Ausdruck finden sollen, und ich empfehle Ihnen die Annahme derselben. (Beifall links.)

**Gem.-Rath Strobach:** Meine Herren! Als im verflossenen Jahre dieser Gesetzentwurf vorgelegt wurde und ein Sturm der Entrüstung durch die theilhaftigen Kreise gieng, machte sich dies in

erster Linie in dem Hausherrn-Vereine fühlbar. Man hat gedacht, im Rathhause wird man wenigstens die ärgsten und größten Härten eliminieren, leider war dies aber nicht der Fall. Nicht nur, daß man den Hausbesitzern in der Angelegenheit bezüglich der Zinskreuzer nicht im geringsten entgegengekommen ist, und einen Zustand geschaffen hat, welcher in der ganzen Welt nicht vorkommt, daß der Hausbesitzer von dem, was er gar nicht erhält, noch Abgaben leisten muß, wozu er gesetzlich gar nicht verpflichtet ist — versucht man heute ein neuerliches Attentat auf den Geldbeutel dieser ohnehin hoch besteuerten Hausbesitzer; und ich würde Sie warnen, in dieser Weise fortzufahren. Sie wissen ja, allzu scharf macht schartig, man darf den Bogen nicht zu straff spannen; und gerade bei den Hausbesitzer-Vereinen, welche bisher immer liberal waren und einen Herrn von der liberalen Partei gewählt haben, macht sich eine böse Stimmung geltend, weil ihre Intentionen von Ihrer Seite (rechts) durchaus nicht verfochten werden.

Ich halte es an sich für ungerecht, die Wasserversorgung einzig auf die Schultern der Hausbesitzer zu legen, denn für Bereitstellung des Wassers hat die Commune zu sorgen, ebenso wie für die Gasbeleuchtung, Straßen, Canäle etc., und deshalb halte ich es auch für ungerecht, daß für derartige, zum Leben unerlässliche Bedarfsartikel solche Gebühren eingehoben werden. Bisher war die Wasserabgabe per Hektoliter 2 fl. 50 kr. und 50 kr. Betriebskosten, zusammen also 3 fl.; im neuen Gesetze werden 4 fl. beantragt und die Betriebskosten werden nicht mehr einzeln verrechnet, obwohl sie sich mit der Zeit verringern müssen. Heute werden also 4 fl. beantragt, d. i. eine Erhöhung um 33 1/3 Percent! Ebenso ist es mit dem Mehrverbrauch; für diesen wurden bisher 4 fl. und 50 kr. Betriebskosten, zusammen 4 fl. 50 kr. bezahlt, jetzt sollen aber 6 fl. bezahlt werden, also genau um 33 1/3 Percent mehr. Diese Erhöhung macht 560.000 fl. pro Jahr aus, welche von den Hausbesitzern eingehoben werden sollen. Aber, meine Herren, nicht jeder Hausbesitzer ist in der Lage, diesen Betrag aus eigenem zu decken, sondern er wird ihn auf die arme Bevölkerung umlegen müssen, und das ist in erster Linie der Grund, warum ich mich zum Worte gemeldet habe.

Wenn mir eingewendet werden sollte, daß die Kosten der Einleitung des Wassers jetzt sehr erhebliche seien, so erlaube ich mir zu erwidern, daß allerdings ein großer Theil dieser Kosten durch die Wasserabgabe in den Vororten hereingebracht werden wird.

Gestatten Sie mir, meine Herren, noch im allgemeinen einige Merkwürdigkeiten in diesem Gesetzentwurfe nachzuweisen. Der Gemeinde soll es überlassen bleiben, die Gebühr auf ein Vierteljahr im voraus einzuhoben; das erinnert mich an einzelne erbarmungswürdige Geschäftsleute, welche nicht in der Lage sind, einen Auftrag auszuführen, ohne daß man ihnen einen Vorschuss gibt; aber diese Geschäftsleute sind noch in einer günstigeren Lage als die Commune, denn sie können mit diesem Vorschusse ihrer Verpflichtung nachkommen, sie können liefern; die Commune kann aber heute nicht sagen, ich werde das Wasser liefern, weil sie gar nicht weiß, welche Verhältnisse eintreten werden, und darum ist es merkwürdig, daß die Gebühr im voraus eingehoben werden soll.

Der § 7, meine Herren, bezeichnet so recht die ganze Unsolidität dieses Gesetzes; der Commune bleibt es überlassen, willkürlich im vorhinein die Gebühr zu bestimmen, die Hausherrn dagegen werden für vogelfrei erklärt.

Der zweite Punkt des § 7 ist auch ganz merkwürdig; die in den Punkten 1 bis 3 bestimmten Gebühren sind auch dann voll



zu bezahlen, wenn die zugewiesene, beziehungsweise angemeldete Wassermenge nicht voll bezogen werden sollte! Nun, meine Herren, das ist auch sehr merkwürdig. Wenn Sie heute mit jemandem ein Geschäft abschließen und er liefert Ihnen statt 100 Percent 60 oder gar 40 Percent, so werden Sie sagen, das ist unsolid oder gar unrecht.

Was unrecht für den Einzelnen ist, das ist auch unrecht für die Gemeinde und die Gemeinde soll sich umsoweniger dazu hergeben, daß sie eine Ungerechtigkeit gewissermaßen zum Gesetze macht. An dieser Stelle möchte ich mir erlauben, auf einen äußerst wichtigen Punkt, die Wassermesser, hinzuweisen. Der Herr Bürgermeister kommt hin und wieder mit der Aufforderung an die Bevölkerung, mit dem Wasser zu sparen. Nun, meine Herren, wenn die Hausbesitzer und die Parteien eventuell wissen, daß nur der tatsächliche Verbrauch bezahlt werden muß, dann dürfte Sparsamkeit eintreten. Heute kann man aber nicht verlangen, daß jemand mit dem Wasser spart, weil er weiß, daß er so und so viel Hochquellenwasserquantum bezahlen muß. Also in diesem Falle könnte ein Wasserersparnis eintreten.

Nun möchte ich fragen, wie der Herr Bürgermeister dazu kommt, die Consumenten aufzufordern, das Wasser, welches sie ohnedies bezahlen, nicht zu verbrauchen. Schon daraus ergibt sich die Unhaltbarkeit dieses monströsen Gesekzentwurfes. Aber die Sache wird noch schlimmer, und zwar deshalb, weil nach diesem Gesekzentwurf außer den Wasserleitungsgebühren auch noch die Execution und Sequestration verlangt werden. Wenn alles in Ordnung wäre, könnte man sich das ja gefallen lassen. Aber wir wissen, daß nicht alles in Ordnung ist, und da komme ich auf die Wassermesser.

Meine Herren! Die Wassermesser waren bisher derart beschaffen, daß sie weder vom k. k. Amt noch von der k. k. Normal-Michungs-Commission geacht worden sind. Aber auch da weiß man sich leicht zu helfen. Man sagt heute ganz ruhig: „oder sie sind durch einen beeideten Beamten der Gemeinde zu prüfen“. Ich glaube, der Beamte der Gemeinde ist nicht eine Autorität, welche man dorthin stellen soll, um Wassermesser zu prüfen und zu aichen, wenn sie das Amt und die Normal-Michungs-Commission nicht aicht, denn diese Ämter sind dazu berufen, und es ist ganz merkwürdig, wenn die Commune in eigener Sache Kläger und Richter sein will. Es ist geradezu ein Nonsens, was beantragt wird, denn es sieht so aus, als ob das, was auf rechtmäßiger Weise nicht durchgebracht werden kann, auf unrechtmäßiger Weise erreicht werden soll. Davor möchte ich Sie aber warnen. Ich könnte Ihnen eine große Anzahl von Fällen mittheilen, wo zum Beispiel in ganz kurzer Zeit ein Mehrverbrauch von hundert und einigen Gulden vorgezeichnet wurde, und nach dem Jahre vergangen sind, ohne daß die Beträge eingekassiert wurden, jetzt auf einmal die Sache in Ordnung gefunden wird. Auch mir ist es im vorigen Jahre geschehen, daß ich für einen Wassermehrverbrauch von mehr als 1200 hl im letzten Quartale bezahlen sollte. Ich hätte eidlich durch Zeugen erweisen können, daß absolut nicht mehr verbraucht wurde, und doch sollte ich zwanzig und einige Gulden mehr bezahlen, und das ist sehr gefährlich. Da möchte ich mir erlauben, auf den § 12 zu verweisen. Dieser Paragraph enthält eine für jene Hausbesitzer sehr gefährliche Bestimmung, welche bisher mit der Commune Streitigkeiten in Wasserangelegenheiten hatten. Da heißt es nämlich: „Bis zu diesem Tage sind die bisher von der Gemeinde Wien vorge-

schriebenen Gebühren für den Wasserbezug als Leistungen für Gemeinbezwecke zu entrichten.“

Nun erlaube ich mir darauf aufmerksam zu machen, daß vielleicht vier bis fünf Jahre alte Streitigkeiten zwischen der Commune und den Hausbesitzern schweben, die Gebühren konnten bisher nicht eingetrieben werden, weil die Commune gar nicht in der Lage ist, ein rechtskräftiges Urtheil zu erlangen, nachdem auf Grund der bisherigen Wassermesser kein Gericht bisher ein Urtheil gefällt hat. Wenn Sie aber das Gesetz in dieser Form annehmen, so würden Sie damit erreichen, daß viele Jahre alte und ungerechte Forderungen oder Verlangen der Commune bezahlt werden müßten. Dann würde ein Sturm durch die ganze Bevölkerung gehen, denn das wäre keine Kleinigkeit, da fast alle Hausbesitzer daran theilhaft wären. Ich möchte Sie daher doch dringend bitten, diesen Gesekzentwurf abzulehnen oder ihn wenigstens, wie Herr Dr. Lueger beantragt hat, an den Stadtrath zurückzuweisen.

Wenn Sie bedenken, daß der Hausbesitzer, wenn Sie diesen Gesekentwurf annehmen, auch dann, wenn er seine Wohnungen leerstehen hat, und auch wenn die Zinskreuzer nicht eingegangen sind, ganz ungerechter Weise weiter bezahlen muß; wenn Sie ferner bedenken, daß sich die Commune in ganz unglaublicher Weise Rechte eigentlich Unrechte vindiciert und usurpiert, daß sie das Unrecht zum Gesetz machen will, so müssen Sie, besonders die Herren aus dem I. und II. Wahlkörper, diesen Gesekentwurf entschieden ablehnen. (Bravo!)

**Gem.-Rath Kaspar:** Ich habe zu erklären, daß ich im Principe mich dem Antrage anschließen werde; gegen einige Härten jedoch, welche dieser Entwurf enthält, möchte ich Einsprache erheben und werde ich mir später erlauben, diesbezüglich Anträge zu stellen, damit diese Härten aus dem Entwurfe eliminiert werden.

**Vice-Bürgermeister Dr. Gräßl** (unterbrechend:) Wenn Sie zu einzelnen Paragraphen Anträge zu stellen wünschen, Herr Gemeinderath, so würde ich bitten, das vielleicht in der Specialdebatte zu thun.

**Gem.-Rath Kaspar** (fortfahrend:) Ich habe aber auch noch im allgemeinen zu sprechen. Nach den bereits hervorgehobenen Bedenken habe ich nur darauf hinzuweisen, daß ich es höchst ungerecht und unbillig finde, daß man den Mehrverbrauch wohl sich entschädigen läßt, auf den Minderverbrauch aber gar keine Rücksicht nimmt. Ich finde darin in der That eine Unbilligkeit, und wenn das zur Annahme gelangen würde, müßte ich es wirklich sehr bedauern, und würde dies auch unter den Steuerträgern, beziehungsweise Hauseigenthümern einen sehr üblen Eindruck machen. Mir ist im vorigen Sommer folgender Fall vorgekommen. In einem Hause, wo sich achtzehn Parteien befinden, sind in den Monaten Mai, Juni, Juli, August ungefähr sechs der größten Parteien ausgezogen, notabene aus Wohnungen, die mit Badeeinrichtungen versehen sind, und nichtsdestoweniger ist uns ein Zahlungsauftrag für einen Mehrverbrauch zugekommen, der ein Quantum enthält, über das man geradezu staunen muß — mit einem Worte, es wurde allmonatlich immer ein Betrag von 20 fl. eingehoben. Das gab Veranlassung zur Aufnahme von Protokollen, welche an den Stadtrath giengen, der dann auch eine kleine Ermäßigung zustanden hat. Das, meine Herren, sind Vexationen, die ich mir gar nicht ärger vorstellen kann, ich glaube aber, daß man dem sehr leicht begegnen kann. Daß die Wassermesser nicht verläßlich sind, darüber will ich gar nicht sprechen. Es ist geradezu unbegreiflich, wie gerade in solchen Monaten, wo so viele Parteien vom Hause

abwesend waren, der Verbrauch ein so enormer werden konnte. Man wird mir vielleicht einwenden, ja im Sommer wird gebadet zc. Nein, meine Herren, es handelt sich da um kleinere Parteien, die gewiß in keiner Richtung einen so großen Consum aufzuweisen haben. Aber der Grund liegt wo anders. Ich habe mich bei dieser Gelegenheit überzeugt, daß der Normalbedarf nicht in allen Häusern aufgenommen ist; man hat mir einmal gesagt, ja Sie haben einen zu geringen Bedarf angemeldet. Ja, woher weiß denn ein Hausbesitzer, wie viel eigentlich die Normalgebühr per Kopf ausmacht? Darauf hat man keine Rücksicht genommen, und dem könnte man doch sehr leicht begegnen; wenn eine Conseribierung eintreten könnte, daß in jedem Hause der Normalbedarf auszuweisen ist, dann wäre dem ja leicht abgeholfen; dann würden wir gewiß keinen Mehrverbrauch constatieren müssen, wie im vorliegenden Falle. Nun wende ich mich zum Minderbedarf. Es kommen Monate vor, wo die Wassermesser factisch einen Minderbedarf aufweisen. Der Bedarf wird monatweise vorgeschrieben; gegen wen soll aber der Hauseigentümer eigentlich einen Regreß nehmen? Gegen die Parteien? Das ist ja unmöglich, die würden ihn ganz entschieden zurückschicken.

Ich glaube, es wäre sehr leicht und sehr gut, wenn mit Ausnahme solcher Fälle, wo vielleicht wirklich eine Verschwendung eintritt, von diesem Mehr- und Minderverbrauch abgesehen würde. Die lit. f des § 1 würde ich ganz zu eliminieren vorschlagen. Es wird wohl nicht leicht ein Fall vorkommen, wo man mir vielleicht einwenden könnte: Ja, wenn wir das thun, wird die Verschwendung eine so kolossale werden. Daran glaube ich nicht! Wo ich hingekommen bin, sehe ich, daß man sich an die Ersparung so ziemlich gewöhnt hat. Die Befürchtung, die man hegt, daß dann die Verschwendung eine univervelle wird, ist nicht richtig.

Ich habe darauf hingewiesen, daß der Vorgang und die Proceuren in der Verwaltung ungeheuer hemmend sind. Wie viel Beamte müssen daran arbeiten, was für Protokolle werden aufgenommen! Immer wird darauf hingewiesen, daß wir eine geringe Anzahl von Beamten haben. Darauf muß man sehen! Schon einmal habe ich mir erlaubt, darauf hinzuweisen, daß in der Verwaltung darauf gesehen werden soll, daß kurz und bündig gearbeitet wird. Es wird bei uns zuviel geschrieben. Mit dem einzigen, das eingeführt ist, daß die Höflichkeitsformeln zu entfallen haben, hat man noch keine Reform in der Verwaltung eingeführt.

Ich würde mir erlauben, den Antrag zu stellen, daß der § 1, lit. f, wo es sich um den Mehr- und Minderverbrauch handelt, eliminiert wird. Wenn dies aber nicht die Annahme finden sollte, dann werde ich mir erlauben, einen Eventual-Antrag dahin zu stellen, daß wenigstens jährlich die Abrechnung zwischen dem Mehr- und Minderbrauch geschieht, denn monatweise geht es nicht an, da haben die Hausbesitzer gar keinen Regreß. Und überhaupt ist es ja nicht so arg bestellt. Ich wäre wirklich neugierig auf den statistischen Ausweis, wie viel Hausbesitzer sich bis jetzt geweigert haben, das Wasser zu bezahlen. Jeder Einsichtsvolle muß doch zu dem Resultate kommen, daß der große Aufwand, der für den Wasserbezug besteht, seine Bedeckung finden muß. Es kann sich dieser Nothwendigkeit kein Hauseigentümer verschließen. Aber das wäre unbillig, daß man vom Hauseigentümer verlangt, den Mehrbezug aus seinem eigenen Sack zu bezahlen. Er kann an die Partei nicht mehr herantreten und sagen, ich habe einen Zahlungsauftrag bekommen über so und so viel. Ihr müßt mir so viel nachzahlen. Das geht gar nicht; das widerstrebt seinem

Ehrgefühle. Den Schaden müßte er allein leiden, und wir dürfen nicht vergessen, daß es nicht lauter große Hausbesitzer gibt, sondern auch so viele der kleinsten, die wirklich große Opfer bringen müssen. In dieser Richtung werde ich mir erlauben, einen diesbezüglichen Antrag zu stellen.

Was den Abgag in Betreff der Executionsgebühren betrifft, so besteht auch darin eine Härte. Aber nichtsdestoweniger muß es geschehen. Es ist selbstverständlich, daß diesbezüglich irgendetwas geschaffen werde und daß der Commune das Recht zustehen muß, für den Betrag aufzukommen. Ich hätte gerne gesehen, wenn sich das hätte vermeiden lassen; nachdem aber, wie ich bereits gesagt habe, jeder anständige Hausbesitzer sich dessen bewußt ist, daß er auch für den Bezug des Wassers, der von der Commune mit einem großen Aufwande besorgt wird, zahlen muß, so erkläre ich mich damit einverstanden. Ich werde mir erlauben, in der Special-Debatte Anträge zu stellen.

**Gem.-Rath Dr. Nechansky** (zur Geschäfts-Ordnung): Ich beantrage mit Rücksicht auf die große Anzahl der vorgemerkten Redner Schluß der Debatte. (Gem.-Rath Hawranek: Woher wissen Sie das?) Es steht jedem frei, die Liste einzusehen.

**Vice-Bürgermeister Dr. Gröbl:** Die Herren, welche mit Schluß der Debatte einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Schluß der Debatte ist angenommen.

Es sind noch zum Worte vorgemerkt die Herren Gem.-Räthe Hipp, Rosenstingl, Jedlička, Weitmann, Grünbeck Josef, Mareš, Dr. Nechansky, Wüsch, Dr. Stern, Grünbeck Sebastian, Steiner, Hawranek, Ritt. v. Goldschmidt, Schoderböck, R. J. Müller, Tagleicht, Brauneiß, Bärthl, Gregorig, Schlögl, Schlechter, Purjcht, Gfrorner, Dr. Lueger.

**Gem.-Rath Hipp:** Sie werden mir wohl zugeben, daß in den äußeren Bezirken die Häuser sehr stark bevölkert sind, daher nach diesem Vorschlage die Hausherrn die Bezahlung für ein großes Wasserquantum treffen würde. In Wirklichkeit ist aber der Verbrauch ein sehr minimaler, nachdem die Bewohner der Häuser größtentheils in den inneren Bezirken in Arbeit stehen und sich tagsüber gar nicht zu Hause befinden. Eine derartige Einschätzung würde den Hausherrn kolossal schädigen. Unsere Parteien sind andererseits auch nicht in der angenehmen Lage, Badezimmer zu besigen, sie brauchen auch kein Hochquellenwasser um Mineralwässer, Siphons zc. kalt zu erhalten, wie dies in den inneren Bezirken geschieht, wo für diesen Zweck ein riesiges Wasserquantum verschwendet wird. Es würde sich daher empfehlen, auf den Vorschlag einzugehen, der von unserer Seite, von Herrn Dr. Lueger gemacht wurde, nämlich, nur jenes Wasserquantum zu bezahlen, welches wirklich verbraucht wird. Das ist schon deshalb begründet, weil eben verlangt wird, es müsse auch das nicht verbrauchte Wasserquantum bezahlt werden; für das bezahlte Wasserquantum erhält aber der Hausherr keine Entschädigung, obwohl er für das Eingeschätzte Zahlung leistet.

Das wird zur Folge haben, daß in unseren Bezirken, wo die Hausherrn meistens mit Monatsparteien es zu thun haben, eine größere Anzahl derselben um ihre Gebäude kommen werden.

Ich möchte Ihnen daher empfehlen, auf den Antrag, welcher von unserer Seite gestellt wird, einzugehen und die Zurückleitung dieser ganzen Vorlage an den Stadtrath und die Abänderung in unserem Sinne vorzunehmen.

**Gem.-Rath Rosenkranz:** Ich bin heute in einer gewissen Verlegenheit. Sie wissen, daß Wasserleitungs-Angelegenheiten etwas sind, wobei ich mit Leib und Seele bin und wo ich auch gern im positiven Sinne mitwirke. Heute bin ich aber leider nicht in der Lage, im positiven Sinne mitzuwirken.

Ich muß mich auch gegen den Referenten-Antrag aussprechen. (Bravo! links.) Ich hätte erwartet, daß die verschiedenen Klagen, welche im Laufe der 18 Jahre laut geworden sind, endlich doch auch einmal Berücksichtigung finden und daß man verschiedene Einführungen, die damals gewiß Rechtfertigung finden konnten, wo man noch nicht ganz genau wußte, wie sich die Verhältnisse bezüglich des Wasserbedarfes und der Wasserabnahme gestalten werden, abgeändert werden. Sie wissen, ursprünglich wurden 34 l per Kopf bestimmt, sogar 25 Eimer als Minimalquantum für jedes Haus. Der Gemeinderath hat eingesehen, daß man da zu hoch gegangen ist, und — ich glaube, im Jahre 1886 oder früher schon wurden die 25 Eimer auf 10 Eimer vermindert und auch die 34 l auf 25 l.

Ich kämpfe seit 18 Jahren in Wort und Schrift und mancher, der mein Wesen verfolgt hat, hat davon Kenntnis bekommen und es macht mir immer wieder Muth, wenn ich alle sechs oder sieben Jahre einen Schritt nach vorwärts sehe. Ich habe im Jahre 1877 oder 1878 über die Sache geschrieben und damals 25 l gegenüber den 34 l verteidigt. Ich bin damals verhöhnt worden, verhöhnt! Ich habe aber nach sechs oder sieben Jahren die Befriedigung gehabt, zu sehen, daß das Schicksal gerade denjenigen, der mich damals verhöhnt hat, auserschen hat, hier im Gemeinderath die von mir propagierten 25 l zu vertreten, — das freut einen, wenn man manchmal zaghaft wird; wenn man sich aber dann erinnert, daß manches schrittweise besser geworden ist, so kann man hoffen, daß in weiteren 18 Jahren die Wasserleitung endlich so organisiert sein wird, wie sie recht gut schon vor 10 Jahren hätte organisiert sein können.

Ich hoffe, daß wir im nächsten Jahrhundert wenigstens unsere Wasserleitung so organisiert haben werden, wie vor 30 oder 40 Jahren schon diese Institute in Deutschland und auch in Oesterreich organisiert worden sind. Früher hoffe ich das nicht. Aber ich schweife ab.

Ich sage, wenn wir etwas Neues machen, so müssen wir uns vor allem anderen auf den kaufmännischen Standpunkt stellen. Ich lasse alle Humanität gelten; aber das muß auf das richtige Conto kommen; schenken Sie Wasser her, wo Sie glauben, daß es recht ist, und wenn Sie wollen. Aber das Wasser, das Sie verkaufen, ist und bleibt eine Ware und muß als Ware behandelt werden. Aber von einer Ware muß man vor allem wissen, was sie kostet. Interessant ist, daß es auf der ganzen Welt keinen Menschen gibt, der weiß, was das Wiener Wasser kostet. Nur unser Herrgott weiß es, sonst niemand. Es ist auch nicht möglich, das zu berechnen. Denn die Verwaltung ist so compliciert, daß man den einzelnen Beamten oder seine Thätigkeit nicht calculieren kann. Es ist dies unmöglich, weil wir das nicht haben, was alle anderen Städte in Deutschland, England und Frankreich haben, weil wir keine Wasserwerksverwaltung haben. Diese Verwaltung ist vielmehr auf alle möglichen Ämter vertheilt. Die Beamten arbeiten so und so viel Stunden, Tage oder Wochen etwas anderes, dann wieder für die Wasserleitung. Das läßt sich also nicht calculieren. Wenn wir wissen wollen, was die Handlungsunkosten betragen, wie wir Kaufleute sagen, so geht das nur so, daß man eine Wasserwerks-

verwaltung nach dem Muster oder nach den hundert Mustern anderer Wasserwerksverwaltungen schafft, also nichts Neues, Originelles, sondern etwas sehr altes, daß man eine solche Wasserwerksverwaltung auch in Wien endlich einmal schafft. Aber ich denke, im nächsten Jahrhundert wird dies geschehen, in diesem Jahrhundert rechne ich nicht mehr darauf; der Widerstand ist zu groß. Ich will auf dieses Capitel nicht weiter eingehen, was aber den Preis anbelangt, so kann man ihn ja beiläufig calculieren. Es ist bei uns merkwürdig, daß das Wasser so berechnet wird, wie früher schon gesagt wurde, nämlich nach dem Normale, ob es einer braucht oder nicht. Es ließe sich allerdings hiefür manches anführen. Ich bin zwar nicht damit einverstanden, aber man hat damals ein Minimal-Wasserquantum festgesetzt, weil man, wie ich glaube, nicht mit Unrecht befürchtete, daß viele Hausherren die Parteien geradezu drangsalierten würden, wenn man ihnen nicht gebietet, daß mindestens so viel Wasser verbraucht werden soll.

Das war also eine Maßregel, die man nicht so ohneweiters abweisen kann. Aber, meine Herren, jetzt haben wir Ziffern, Erfahrungen, und jetzt können wir auf diese Ziffern, diese Erfahrungen hin vielleicht die Sache in dem Sinne regulieren, daß wenigstens die allergrößten Härten verschwinden. Sehen Sie, ich habe hier unter meinen Papieren einen Ausweis gefunden, der sehr interessant ist. Allerdings ist er aus dem Jahre 1891; natürlich diese Sachen lassen sich nicht so rasch machen, aber es ist eine sehr schöne statistische Tabelle, die ich heuer einmal zugeschickt bekommen habe. Ich finde da 11.923 Parteien, die Wasser abnehmen, und unter diesen 11.923 Parteien sind nicht weniger als 11.852, welche weniger als das angemeldete Quantum gebraucht haben, und nur 71 Parteien haben mehr gebraucht als 25 Liter! Ich habe das schon einmal im Vorjahre erwähnt und damals gesagt, daß 83 bis 84 Percent Häuser weniger brauchen, als angemeldet wurde, und nur circa 17 Percent brauchen mehr.

Hier ist das nun wieder nachgewiesen, und so ist es auch in allen Tabellen aus den früheren Jahren. Es ist auch interessant, daß nicht nur diese Ziffern ziemlich constant bleiben, sondern daß auch die Bezirke, ja sogar die Häuser, welche mehr brauchen, ziemlich dieselben sind, natürlich in der Regel Häuser, die mit allen möglichen modernen Einrichtungen, Bäder u. versehen sind.

Nun ist es aber doch auch wichtig, — und ich bitte, sich das zu merken, — daß die Anzahl der Häuser, welche mehr Wasser verbrauchen, verhältnismäßig sehr gering ist. Ich werde gleich darauf zurückkommen, warum ich darauf Wert lege.

Herr Dr. P n e g e r hat einen Antrag gestellt, der mir sehr sympathisch ist, man solle nämlich das Quantum berechnen, das gebraucht wird.

Es ist das nämlich das Natürlichste, aber er hat dann später etwas von Mehrverbrauch gesagt, damit bin ich nicht einverstanden; ich könnte mich damit höchstens einverstanden erklären, wenn man dieses limbo herabsetzt, das auch eine Eigenthümlichkeit der Wiener Wasserversorgung ist, daß es nämlich heißt, Du mußt 25 l zahlen, und brauchst Du sie nicht, so mußt Du sie doch zahlen; thu' damit, was Du willst! (Rufe links: So ist es!) Damit hat man natürlich die Wasserverschwendung groß gezogen, ich spreche das aus Erfahrung, denn ich war lange genug dabei. Die Leute haben einfach gesagt: „Sparen soll ich? Ich muß ja so zahlen, fällt mir nicht ein. Ich lasse das Wasser rinnen.“ Natürlich hat man die Grenze des Rinne lassens nicht gefunden, man läßt eben rinne und das ist dann in Wien zur Gewohnheit geworden; im Winter läßt

man es rinnen, damit es nicht einfriert, im Sommer, damit es frisch bleibt, aber rinnen läßt man es, und sagt, wenn ich spare, so habe ich nichts davon, also lasse ich es rinnen! Es ist das zwar nicht sehr menschenfreundlich und liebenswürdig, aber es ist einmal so, und damit muß man rechnen.

Was aber nun diesen Mehrverbrauch betrifft, so möchte ich mich nicht dafür aussprechen. Ich hätte da eine andere Idee, ich möchte das Minimalquantum herabsetzen. Ich möchte es auf die Ziffer setzen, die mir begründet erscheint laut dieser amtlichen Berichte, die ich seit Jahren sammle und die eine große Continuität aufweisen.

Ich möchte heute beantragen, so wie ich es vor 18 Jahren angeregt habe — nämlich durch die Vermittlung eines einflussreichen Gemeinderathes, den ich damals bearbeitet habe, ist es im Gemeinderathe beantragt worden — daß von den damaligen 34 l auf 25 l herabgegangen werde, obwohl ich mir selbst damals gesagt habe: es ist ein Zugeständnis, ich würde 20 beantragen.

Aber meine Erfahrungen waren noch viel zu kurz einerseits und der Widerstand, den ich fürchten mußte, zu groß andererseits und ich dachte mir: Hast du nur einmal das Minimalquantum auf  $\frac{1}{4}$  hl herunter, geht es vielleicht später noch weiter herunter. Heute getraue ich mich das zu thun, und zwar hier auf Grund dieses amtlichen Documentes, welches nicht gerade von einem Jahre eine solche Ziffer bringt, sondern von einer Reihe von Jahren und ich beantrage, daß das Minimalquantum auf 20 l herabgesetzt werde. Ich werde es auch näher begründen.

Ich glaube, daß wir damit nicht nur logisch vorgehen, sondern auch gerecht. Es ist Thatsache, daß in der ersten Kategorie von Häusern, welche nur einen Ausfluß im Hofe haben, am wenigsten Wasser gebraucht wird, daß da nur 10 bis 12 l gebraucht werden. Es ist weiter Thatsache, daß in Häusern, wo in jedem Stockwerke Muscheln sind, 16 bis 18 l gebraucht werden durchschnittlich. Es ist Thatsache, daß dort, wo die Muscheln in den Wohnungen sind, schon 20 bis 25 l gebraucht werden, und daß endlich bei den Häusern, wo zwei bis drei Closets, Dienstbotencloset, Springbrunnen, Bäder u. vorhanden sind, die Linie nach aufwärts geht.

Nun, meine Herren, wenn wir den Wasserpreis erhöhen — erhöht muß er werden, es mag noch so unpopulär sein, ich werde darauf noch zurückkommen, wir dürfen uns nicht selbst weiter zum Narren halten. Das geht nicht — wenn Sie zustimmen, daß der Einheitspreis erhöht werde einerseits, und dieses Minimalquantum herabmindern andererseits, so treffen Sie nur diejenigen, die schon in besserer Situation sind, die gewisse Annehmlichkeiten in ihren Wohnungen haben wollen, und denen schadet es wahrhaftig nicht, wenn sie um ein paar Gulden im Laufe eines Jahres mehr zahlen.

Ich spreche da nicht von einem socialistischen Standpunkte, sondern ganz einfach von dem Standpunkte: Was es wiegt, das hat's.

Ich habe mir da z. B. eine Ziffer aufgestellt, die auf das zweite reflectiert. Ich habe gesagt, wir haben nicht nur die Eigenthümlichkeit, daß mehr Wasser bezahlt werden muß, wenn wir auch weniger haben, sondern unser Wasser hat auch die Eigenthümlichkeit, daß es beinahe in jedem Hause etwas anderes kostet. Das macht eben der Wassermesser.

Es ist merkwürdig, ich habe mit verschiedenen Leuten gesprochen, mit einflussreichen Leuten. Es ist nicht möglich, diese Wassermessergebühr auszumergen. Jetzt wenigstens geht man daran, die Betriebs-

gebühr einzubeziehen. Früher mußte die Betriebsgebühr separat sein, damit ja in den Büchern um eine Columnne mehr ist, damit die Beamten noch einmal soviel zu schreiben haben, als wenn es eingerechnet wäre, als ob es nicht gleichgiltig wäre, ob das Wasser 3 fl. kostet oder 2 fl. 50 kr. und 50 kr. Betriebsgebühr, was ja auch 3 fl. macht. Aber es muß separat in eine Columnne eingetragen werden. Schließlich, wenn man nun sagen wollte, wir wollen wissen, was der Betrieb kostet, ja, meine Herren, aus dem, was man einnimmt, erfährt man das nicht, was der Betrieb kostet. Man muß calculieren, was die Leute kosten und das können wir wieder nicht calculieren. Das hat keinen Sinn und es ist gescheiter, ich sage, der Hektoliter kostet mich laut Baukosten, Zinsen u. s. w. 2 fl. 50 kr., die Betriebskosten betragen 50 kr., Wassermesser 50 kr., macht zusammen 3 fl. 50 kr.; fertig! Warum das nicht in einer Summe? Nun, damit drei Columnnen sind, damit mehr geschrieben werden muß, zu sonst gar keinem Zwecke. Ist das logisch, daß man für einen Wassermesser, der für 6 hl arbeitet, gerade so viel zahlen muß, als für einen Wassermesser, der für 40 hl arbeitet? Ist das logisch? Man beklagt sich über die Gasgesellschaft. Wir sind ja viel, viel unbescheidener als die Gasgesellschaft. Ich habe in meiner Fabrik einen Gasmesser, der einem anderthalbzölligen Wassermesser entspricht. Dafür müßte ich bei der Commune Wien 15 fl. zahlen, bei der Gasgesellschaft zahle ich 2 fl. 28 kr. und das ist die unbescheidene, abscheuliche Gasgesellschaft. Die verlangt sechsmal weniger als die Commune. Die Wassermesser haben im Anfang 38, 42 und 48 fl. gekostet. Darnach sind die Gebühren bestimmt worden. Heute kosten sie 17, 19 und 23 fl. Die Gebühren sind aber dieselben geblieben. Wir zahlen 5 fl., in vier Jahren ist der Wassermesser abgezahlt. Das ist denn doch eine etwas hohe Amortisationsquote. Aber lassen wir das! Ich glaube, logischer ist es, wenn wir Folgendes sagen: der Wassermesser, der 10.000 Touren macht, nützt sich geschwinder ab als der, der nur 5000 Touren macht. Das ist klar und auch dem Nichttechniker verständlich. Folglich muß ich für die Abnutzung im ersten Falle mehr bekommen, als wenn er 5000 Touren macht. Man rechnet es daher einfach in den Verbrauch hinein und sagt: das Wasser kostet so viel. Was geht den anderen mein Betrieb und meine Wassermesser an, was die kosten? So viel kostet es. Man könnte ja auch noch andere Gebühren extra rechnen.

In erster Linie möchte ich wünschen, daß eine Ziffer genannt wird, in der alles enthalten ist. Damit ist die Sache viel gerechter gemacht. Wenn heute jemand 6 hl hat — weniger bekommt er nicht — so kostet das Wasser 3 fl. 83 kr. Wenn er 20 hl hat, kostet es 3 fl. 25 kr. Das ist ein gewaltiger Unterschied und wenn er noch höher hinaufgeht, kommt man zu 3 fl. 1 kr. Wir dürfen hier aber nicht sagen, je höher die Nachfrage, desto billiger der Preis. Das dürfen wir beim Wasser nicht thun. Wir haben hier vielmehr Ursache, denjenigen nicht zu lieben, der sehr stark nachfragt, sondern wir müssen in erster Linie auf die große Masse Rücksicht nehmen. Ich will noch einige Ziffern nennen.

Von den 11.900 Wasserbezugsberechtigten sind 11.072, welche unter 50 hl nehmen; es sind nur mehr 632, welche 50 bis 100 hl und nur mehr 210, die über 100 hl nehmen. Ich führe diese Ziffern deshalb vor, weil ich darthun möchte, daß wir auf alle jene Häuser mehr Rücksicht nehmen müssen, die in den minderen Quanten sind, in denen also beiläufig 40 bis 70 Menschen wohnen. Auf diese Verhältnisse, welche die normalen sind, sollte man billig Rücksicht nehmen.

Heute kostet durchschnittlich der einzelne Hektoliter, soweit man dies berechnen kann, 0.99 kr. (Gem.-Rath Wunsch: Pro Jahr!) Nein, der Hektoliter! Sehen Sie, das ist auch etwas Interessantes, daß wir immer dieses „pro Jahr“ haben. Kein Mensch kennt sich aus und weiß, was so ein Hektoliter Wasser kostet. Wenn ich jemandem sage: bei uns kosten 100 l Wasser 1 kr., so weiß er, was es kostet, und er wird sagen: Ist das Wasser billig! Das ist ja 10, 20 kr. wert! 100 l dieses wunderbaren Wassers kosten nur 1 kr.! Das weiß in Wien kein Mensch. Sie hören immer von 2 fl. 50 kr., 3 fl., von Betriebsgebühren, pro Jahr u. s. f. und jeder sagt: theuer ist's! 0.99 kr. kostet es — beiläufig natürlich; ich habe Ihnen ja gesagt, genau kann man es nicht rechnen, auf ein paar hundertstel Kreuzer wird es stimmen.

Was der Stadtrath beantragt, würde die Ziffer etwas verändern, wenn man nämlich bis zum Maximum gieng. Diese Frage muß ich ja offen lassen. Aber nehmen wir an, der Stadtrath gieng bis zum Maximum und der Gemeinderath würde das beschließen, dann würde dieser Hektoliter 1.24 kr. kosten.

Wenn wir uns einen solchen Hektoliter Wasser vorstellen und daneben  $1\frac{1}{4}$  kr., so hat wohl niemand Ursache zu sagen, daß das theuer ist. Das zu sagen, wäre geradezu eine Todsünde; denn es ist ja Thatsache, daß uns dieser Hektoliter Wasser nicht  $1\frac{1}{4}$  kr., sondern thatsächlich mehr kostet. Das ist eine Thatsache, die sich nicht aus der Welt schaffen läßt, und wir halten uns nur selbst zum Narren, wenn wir immer erschrecken, wenn es heißt, das Wasser soll theurer werden. Ja, meine Herren, wenn es bei einem Kaufmanne schief geht, so sperrt er zu und gleicht aus, die Commune Wien kann das nicht thun. Die Commune muß die Böcher, wo sie entstehen, verstopfen. Nun, meine Herren, bei der Wasserleitung ist ein curios großes Loch!

Wenn Sie berücksichtigen, daß die Anlehensgelder, die zum Baue der Wasserleitung nothwendig waren, zum Theile in Gold begeben worden sind, zum Theile sehr unter pari, so werden Sie doch wissen, daß sich die Verzinsung auf  $6\frac{1}{4}$  und  $6\frac{1}{2}$  Percent erstreckte (Widerspruch rechts) — ich bitte, ganz gewiß; beim Goldanlehen mit dem Agio — ich habe es genau ausgerechnet; bei der Goldanleihe ist die Verzinsung  $6\frac{1}{2}$  Percent und unter 6 Percent geht gar keine. Wenn Sie das in Rechnung ziehen, wenn Sie ferner zu den 372.000 fl., die der Betrieb nach diesem Ausweise hier kostet — in Wirklichkeit kostet er etwa 420.000 fl. — noch die Amortisation u. dazurechnen, und wenn Sie das der Ziffer gegenüberstellen, die sich uns aus den Einnahmen in der Höhe von circa 1.400.000 fl. ergibt — ich weiß es nicht genau, aber die Ziffer ist beiläufig richtig — so bringe ich eine ganz fürchterliche Ziffer heraus, die für mich ein gewaltiges Deficit ist. Man kann das anders benennen — aber mir geht es ab; mir geht hier mehr als eine halbe Million, das ist circa 700.000 fl. ab; und dieses Geld muß irgendwie gedeckt werden. Nun, meine Herren, warum soll das Kind nicht beim rechten Namen genannt werden? Warum sollen wir nicht der Bevölkerung von Wien sagen: „Leuten, uns kostet der Hektoliter Wasser — sagen wir —  $1\frac{1}{4}$  oder  $1\frac{1}{2}$  kr., zahlt uns dafür auch diese  $1\frac{1}{2}$  kr., die es uns kostet!“

Ich bin überzeugt, darüber kann sich niemand aufhalten. Ich bitte Sie, rechnen Sie, wie viel ein armer Arbeiter braucht. (Rufe rechts: Er braucht überhaupt nicht mehr!) Natürlich nicht mehr, er wird auch nicht mehr zahlen, weil ich das Quantum ja ermäßige. Diese Leute werden ja nicht getroffen. Ich habe übrigens

keine Ziffer ausgesprochen, ich habe nur von Stadtraths-Ziffern gesprochen. Ich geniere mich gar nicht, ich würde folgenden Antrag stellen.

Wir rechnen nicht Hektoliter pro Jahr, sondern würde sagen: Hektoliter. Der Mann kommt und schreibt 426 hl, macht 426 kr. oder 1200 und so viel Heller; das nächstemal kommt der Mann und rechnet 700 hl oder 200 hl, das kostet 700 kr., respective 200 kr. Da brauchen wir keine jährliche Verrechnung, das ist nicht nothwendig, weil sich die Geschichte von selbst ausgleicht. (Gem.-Rath Dr. Püeger: Das will ich ja!) Ja, aber keine jährliche Verrechnung. Das kann so verrechnet werden wie beim Gas verrechnet wird. Aber ein Minimalquantum will ich doch vorschlagen, weniger wegen der Verrechnung, sondern erstens, um diesen gewissen sanitären Anforderungen gerecht zu werden und um zu sagen: „Haus-herr, du mußt den Leuten Wasser geben, das tragen wir als Commune dir auf. Es ist nicht gleichgiltig, ob du den Leuten 5 l oder mehr gibst.“ Aber das Quantum möchte ich, diesen factischen Verhältnissen entsprechend, auf 20 l herabmindern und dadurch wieder ausgleichen, was durch die Erhöhung des Preises herauskommt, weil gerade dort die Ausgleichung erfolgt. Nach dem Stadtraths-Antrage würde die Maximalziffer 29 fl., und nach meinem Antrage bei 3 Hellern 21 fl. 90 kr. ausmachen.

Also bei diesen niederen Häusern wäre es sogar etwas weniger. Bei den höheren würde die Ziffer aufwärts springen in einer sehr scharfen Curve, und ich glaube, es würden diejenigen, die höhere Bedürfnisse haben, entsprechend mehr bezahlen. Sie sollen nicht höher bezahlen, aber mehr bezahlen sollen sie. Sie sollen zahlen, was sie haben und die anderen auch. Darin liegt keine Feindseligkeit gegen den Reichen oder gegen einen Menschen, der mehr Bedürfnisse hat, sondern es ist das ganz kaufmännisch. Die 20 l möchte ich aus dem Grunde vorschlagen, damit man, wenn der Wassermesser nicht geht — und das kommt beim besten Instrumente vor — sagen kann, es gelte dieses Minimalmaß. In Häusern, wo der Wassermesser während eines Quartals gestanden, wird diese Ziffer als Verbrauch angesehen. Bis zum nächsten Quartale geht der Wassermesser wieder.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen, daß es mir nicht ganz richtig erscheint, einfach zu sagen, das Amt oder der städtische Beamte soll den Wassermesser prüfen. Ich sage Ihnen offen, unsere Probierstation ist ganz modern eingerichtet. Das Amt besitzt keine solche Station. Es besitzt auch nicht die Beamten, die befähigt wären, die Wassermesser zu prüfen, wie es unsere Beamten thun.

Aber es ist einmal ein k. k. Amt und wir sind die Commune Wien, nicht als Behörde, sondern als Wasserverkäufer, und wir als Wasserverkäufer, glaube ich, dürfen uns in diesem Falle nicht mit beeideten Beamten der anderen Partei gegenüberstellen, sondern wir müssen es einem dritten überlassen, ob wir von demselben so oder so denken, die Wassermesser zu prüfen. Das Amt hat, wie ich sagte, keine so modernen Einrichtungen wie wir, das ist aber eine Sache. Wir können nicht unsere Beamten den Parteien gegenüber gleichzeitig als Richter hinstellen. Ich bin kein Jurist, ich verstehe das nicht, ich habe vor dem Eide allen Respect, ich habe vor den Beamten speciell einen ganz besonderen Respect, ich kenne die Leute, sie sind ehrlich und tüchtig und ich würde wünschen, daß das Amt solche Leute hätte, wenn es Wassermesser zu richten gibt. Aber ich glaube, es geht nicht an, daß die Commune Wien



irgendeinen beeideten Beamten als Richter in ihrer eigenen Sache hinstellt. Darüber lasse ich die Juristen reden.

Auch was früher gesagt wurde, daß die Commune hier mehr weniger als Behörde auftritt und nicht so sehr als Wasserverkäufer, ist mir auch nicht sympathisch; aber, unter uns gesagt, der heutige Zustand muß so schnell als möglich entfernt werden; das, was vorliegt, ist wenigstens etwas Gefegliches; ob der Landtag oder der Reichsrath das Recht hat, so etwas zu beschließen, geht mich nichts an, aber schauen wir so rasch als möglich einen geegmäßigen Zustand herzustellen, denn ich kenne kein Landes- und kein Reichs-gefez, welches die Commune ermächtigt, die Wassergebühren aus dem Wasserbüchel heraus- und in den Steuerbogen hineinzuschreiben. Ein solches Gefez kenne ich nicht, die juristische Seite der Frage ist mir eine fremde Sache, aber ich glaube, es ist die höchste Zeit, daß wir diesem Zustande am Ende machen, damit schließe ich. (Beifall.)

**Gem.-Rath Wärtl** (zur Geschäftsordnung): Es ist 8 Uhr; ich beantrage Schluß der Sitzung.

**Vice-Bürgermeister Dr. Gröbl:** Es ist noch eine große Anzahl Redner eingetragen. (Rufe links: Die können übermorgen sprechen!) Sollte die Versammlung den ausgesprochenen Wunsch theilen, werde ich demselben sofort Folge leisten. Die Herren, welche für den Schluß der Sitzung sind, wollen sich erheben. (Geschicht. — Nach Auszählung des Hauses:) Es sind 24 Herren dafür; es ist die Minorität, der Antrag ist abgelehnt.

Herr Gem.-Rath Jedlička hat das Wort.

**Gem.-Rath Jedlička:** Ich verzichte auf das Wort.

**Gem.-Rath Weitmann:** Nach den Ausführungen des unmittelbaren Herrn Vorredners bleibt mir nur wenig zu sagen. Ich bin selbstverständlich nicht dafür, daß, wie es bisher Modus war, man das Wasserquantum anmelden und jedes Quantum, das angemeldet wird, auch bezahlen muß, dagegen, wenn ein Wenigerverbrauch entstanden ist, eine Rückgabe nicht stattfindet. Dadurch hat die Commune tausende und tausende ungerechte Gulden eingenommen. Wenn man auf dem geschäftlichen Standpunkte steht, soll sich die Commune eigentlich schämen, weil sie thatsächlich das Wasser zweimal verkauft hat. . . (Unruhe links. Gem.-Rath Dr. Lueger: Das ist keine Gemeinderaths-Versammlung, der Saal ist ganz leer; Gem.-Rath Stehlik: Das ist ein Scandal, es müssen doch 92 anwesend sein.)

**Vice-Bürgermeister Dr. Gröbl:** Ich bitte, nicht durch Zurufe die Versammlung zu stören. Es ist jetzt in diesem Augenblicke nicht nothwendig, daß 92 anwesend sind. Ich werde mich übrigens bemühen, die Versammlung etwas besser besucht zu gestalten. Ich bitte also, fortzufahren.

**Gem.-Rath Weitmann** (fortfahrend): Durch die Anmeldung des Wassers und durch die Abrechnung per Quartal entsteht eine derartige Ungerechtigkeit, daß manche in empfindlicher Weise geschädigt werden. Ich will nur ein Geschäft herausgreifen, und das sind die Badhausbesitzer. Ein Badhausbesitzer muß im vorhinein das Wasser anmelden. Nun müßte er ein guter Wetterprophet sein, wenn er im vorhinein wissen würde oder wissen könnte, wie das zukünftige Quartal sich gestaltet, es kann ja im ersten Quartale des Badesjahres ein günstiges Wetter sein, wo er ein bedeutendes Quantum mehr braucht, dagegen im zweiten Quartale eine kühle Witterung eintritt, wo er bedeutend weniger braucht.

Es ist ihm also unmöglich, das Wasserquantum, das er braucht, im vorhinein zu wissen. Hat er ein Quantum angemeldet, so

muß er es bezahlen. Ich will einen Fall anführen, wo ein Badhausbesitzer im I. Quartale um 240 fl. Mehrverbrauch bezahlen mußte; im II. Quartale hat er um bedeutendes weniger verbraucht, als er angemeldet hat, jedoch dieselben ebenfalls bezahlen müssen. Darin liegt denn doch eine große Ungerechtigkeit. Hier von einer soliden Geschäftsbasis zu sprechen, ist nicht möglich; denn das ist eine ungerechte Einhebung, etwas von jemandem bezahlen zu lassen, was er nicht gebraucht hat.

Thatsächlich wird unter den heutigen Einhebungsmodalitäten das Wasser zweimal verkauft, denn derjenige, der das Wasser nicht braucht und einen Minderbedarf hat, muß es bezahlen, und der Betreffende, der mehr gebraucht hat, muß zahlen, und für das Wasser, das der andere nicht gebraucht hat, muß er um 2 kr. — gewissermaßen eine Strafgebühr — mehr zahlen, als er gebraucht hat. Wenn ein Geschäftsmann eine Ware zweimal verkauft, ist er ein Schwindler; die Commune Wien würdigt sich da herab und reißt sich da so ziemlich an. (Unruhe.) Das ist so. Nach meinen Begriffen ist das die höchste Ungerechtigkeit. Nothwendig ist nur, daß das, was wirklich verbraucht wird, bezahlt wird. Die englische Gasgesellschaft gilt gewiß als keine besonders beliebte und belobte Gesellschaft und hat keineswegs coulantere Bedingungen, sie ist aber noch immer viel coulanter als die Commune mit den Wasserbezugsgebühren.

Bezüglich der Wassermesser sind wir weit zurück, da stehen wir viel tiefer mit unseren heutigen Bestimmungen als die Gasgesellschaft. Ich schließe mich daher den Anträgen unseres verehrten Führers und des unmittelbaren Herrn Vorredners an.

**Gem.-Rath Josef Grünbeck:** Meine Herren! Wenn man den seinerzeitigen Gemeinderaths-Beschluß mit dem Stadtraths-Beschlüssen vergleicht, so muß man der Ansicht sein, daß es sich um sonst nichts handelt, als den Hausbesitzern das Wasser um nahezu 50 Percent zu vertheuern, und da ich auch dieser Anschauung bin, so erlauben Sie mir, meine Meinung hier zum Ausdruck zu bringen.

Wir in den ehemaligen Vororten erleiden ohnehin durch die Einleitung des Hochquellenwassers in die Häuser eine Erhöhung der Umlagen; das werden Sie mir doch zugeben, daß durch diese Erhöhung auch der Ertrag der Häuser geringer wird und daß das Haus dadurch percentuell an seinem Werte eine Einbuße erleidet. Wir kommen aber dieser Mehrleistung mit Vergnügen nach, weil wir durch die Einbeziehung in die unangenehme Lage verfezt sind, daß wir ohne die Bequemlichkeit des Wassers unsere Wohnungen schlecht oder gar nicht anbringen, auch haben wir bis jetzt die Wasserabgabe, welche durch die in den Straßen befindlichen Röhren geschieht, in den Umlagen mitbezahlt. Sie werden mir auch zugeben, daß speciell die Hausbesitzer in den ehemaligen Vororten die Wassergebühren jedenfalls schwerer tragen als die in den inneren Bezirken, denn bei uns sind lauter kleine Wohnungen, weil z. B. eine Familie, die aus sieben Mitgliedern besteht, bloß Küche und Zimmer bewohnt, während hier dieselbe Familie sieben bis acht Pöcken hat; daß also in unseren Bezirken mehr Wasser gebraucht wird, weil mehr Familienglieder in einer Wohnung sind, ist natürlich.

Ich glaube auch, die Commune wäre verpflichtet, mit Rücksicht auf die sanitären Verhältnisse das Wasser beizustellen, selbst wenn sie von den Consumenten keine Gegenleistung erhält. Es ist auch das Wasser nicht bloß für die Hausbesitzer, sondern auch für die ganze Bevölkerung, und wenn schon die Commune mit dem jetzigen

Modus ihr Auslangen nicht findet, so wäre ich der Meinung, daß sie den Rest aus den allgemeinen Einnahmen bestreiten soll. Aber das will man nicht, weil man dann vielleicht doch zur Erhöhung der Umlagen schreiten müßte.

Wenn Sie diese Vorlage durchsehen und zum Beispiel den § 7 näher anschauen, so werden Sie doch zugeben, daß man einer solchen rücksichtslosen Vorlage nicht zustimmen kann. Es heißt z. B. im § 7, daß das zugewiesene Wasserquantum, auch wenn es nicht gebraucht wird, zu bezahlen sei, dagegen wenn der Wassermesser einen Mehrverbrauch aufweist, das Dreifache zu bezahlen ist. Nun, durch eine solche Bestimmung werden Sie nur das gute Einvernehmen zwischen den Parteien und Hausherren stören und den Wasserconsum zum Schaden der Gesundheit einschränken. Ich wäre daher von meinem Standpunkte dafür, daß man überhaupt die Wassergebühren nach dem Zinsertragnisse berechnen sollte, das ist meine persönliche Ansicht, im übrigen schließe ich mich aber dem Herrn Dr. Lueger an.

Wenn Sie die Wassergebühren nach dem Zinsertragnisse berechnen, so würden speciell die Besitzer kleinerer Wohnungen besser fahren, denn Sie können nicht verlangen, daß die Leute bei uns mit dem billigen Zins das gleiche zahlen wie in den inneren Bezirken. Wie gesagt, speciell die Hausbesitzer in unserem Bezirke, die lauter kleine Wohnungen haben, werden gewiß mehr Wasser brauchen, als der Besitzer eines Hauses, der lauter Wohnungen mit sieben und acht Pöden hat, wo dieselben Pöden sieben Bewohner, nachdem dort umgekehrt Küche und Zimmer auch sieben Bewohner haben. Ich will Sie jedoch nicht länger aufhalten, denn die Zeit drängt, ich hätte noch viel Material, das ich vorbringen könnte, schließe ich mich aber im übrigen dem Antrage des Herrn Dr. Lueger an. (Beifall links.)

**Vice-Bürgermeister Dr. Gröbl:** Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung 8 Uhr abends.)

## Stadtrath.

### Sitzungen des Stadtrathes.

Dienstag, den 9. Jänner 1894.

Mittwoch, den 10. Jänner 1894.

Donnerstag, den 11. Jänner 1894.

Freitag, den 12. Jänner 1894.

## Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom 22. December 1893.

Vorsitzender: 1. Vice-Bürgermeister Dr. Richter.

2. Vice-Bürgermeister Dr. Gröbl.

Anwesende: Dr. v. Billig, Meißl,  
Boschan, Müller,  
v. Götz, v. Neumann,  
Dr. Hackenberg, Schlechter,  
Dr. Huber, Dr. Stenzl,  
Freindl, Baugoin,  
Dr. Lueger, Dr. Vogler,  
Matthies, Wigelsberger.

Beurlaubt: St.-R. Rückauf.

Entschuldigt: St.-R. Schneiderhan, Wurm.

Experte: Lagerhausdirector Straßer.

Schriftführer: Magistrats-Concipist Dr. Bibl.

**Vice-Bürgermeister Dr. Richter** eröffnet die Sitzung.

St.-R. Wurm entschuldigt sein Ausbleiben von der heutigen Sitzung wegen Theilnahme an der Tracenrevision der Donaufstadtbahn.

St.-R. Noske entschuldigt sein späteres Erscheinen.

(Zur Kenntnis.)

(8692.) **St.-R. Freindl** referiert über das Detailproject für die Erweiterung des Unter-Sieveringer Friedhofes und beantragt: Es sei das vom Stadtbauamte vorgelegte Detailproject mit dem Gesamtkostenbetrage von 11.665 fl. 51 kr., sowie der Gräbereintheilungsplan zu genehmigen und dem mit der Überwachung dieser Arbeiten betrauten Inspicienten ein Zehrungsbeitrag von 3 fl. pro Tag zu bewilligen.

St.-R. Dr. v. Billig beantragt, dem Inspicienten nur den Betrag von 2 fl. 50 kr. zu bezahlen.

Referent accommodiert sich.

Modificierter Referenten-Antrag angenommen.

(An den Gemeinderath.)

(9066.) **Derselbe** referiert über die Vorarbeiten für die im Jahre 1894 vorzunehmende Pferde-Classification und beantragt:

1. Die Benützung:

a) des Platzes bei den Häusern Dr.-Nr. 126 bis 130 Dresdnerstraße im II. Bezirke;

b) des unteren Theiles des Heu- und Strohmarkt-Platzes sammt dem Waaghäuschen nächst dem Pferdemarkte im V. Bezirke;

c) des Rudolfsheimer Heu- und Strohmarkt-Platzes im XIV. Bezirke und

d) des Sonnenbergplatzes, sowie der anrainenden Gassen im XIX. Bezirke zur Vornahme der Pferde-Classification im Jahre 1894, zu welchem Zwecke auf den sub b, c und d bezeichneten Plätzen und auf den Palmschen Bauplätzen in der Valdiagasse im XVI. Bezirke je eine hölzerne Hütte aufzustellen und für den Fall, als solche Hütten nicht anderswoher zu beschaffen wären, zwei neue Hütten anzuschaffen wären.

2. Den bei der Pferde-Classification zur Verwendung kommenden städtischen Beamten Diäten von 3 fl., den Dienern 1 fl. per Person und Wochentag und den Sicherheitswachleuten eine Remuneration von 60 fl. zusammen zu bewilligen. (Angenommen.)

(8687.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Bauunternehmung J. C. Löwenfeld's Witwe um Nachsicht des Pönales für verspätete Pflastersteinlieferung und um Cautionserfolglassung und beantragt, der genannten Firma die bei der Pflastersteinlieferung pro 1893 eingetretene Terminüberschreitung und das diesbezüglich vertragsmäßig mit 3601 fl. 62 kr. zu berechnende Pönale nachzusehen. Die Ausfolgung der Caution erliegt dann keinem Anstande.

St.-R. Boschan beantragt, von dem Pönale per 3601 fl. 62 kr. einen Betrag von 300 fl. der Firma aufzulegen und den Rest nachzusehen.

St.-R. Dr. Lueger beantragt, nur 50 Percent des Betrages nachzusehen.

Antrag Dr. Lueger abgelehnt.

Antrag Boschan angenommen.

Über Anregung des Vorsitzenden, Vice-Bürgermeisters Dr. Richter beantragt St.-R. Dr. v. Billing die Wiederaufnahme der Debatte.  
(Angenommen.)

Derfelbe beantragt fohin die Auferlegung eines Pönales per 1000 fl.

St.-R. Dr. Bogler beantragt 600 fl.

Bei der neuerlichen Abstimmung wird der Antrag Dr. v. Billing auf Forderung eines Pönales von 1000 fl. angenommen.

(9065.) Derfelbe referiert über die Bestellung eines Unternehmers zur Beforgung der Arbeiten und Lieferungen für die Erhaltung der städtischen Donau-, Donaukanal- und Wienflußbrücken und beantragt, den gegenwärtigen Vertrag mit dem Stadtzimmermeister Franz Mörtinger hinsichtlich der Beforgung der obbezeichneten Arbeiten und Lieferungen unter den bisherigen Bedingungen auf die Dauer eines Jahres zu verlängern und von einer offertmäßigen Vergebung dieser Leistungen abzusehen.

Über Anregung des St.-R. Dr. Lueger beantragt der Vorsitzende, Vice-Bürgermeister Dr. Richter, der Magistrat sei aufzufordern, wegen rechtzeitiger Ausschreibung der in Rede stehenden Arbeiten und Lieferungen bis Ende Juni 1894 Bericht und Betrag vorzulegen.

St.-R. Dr. v. Billing beantragt, es habe der Magistrat zu berichten, warum die mehrgedachten Arbeiten und Lieferungen nicht gleichzeitig mit den currenten Arbeiten und Lieferungen zur Ausschreibung gelangt sind.

Sämmtliche Anträge angenommen.

(9125.) St.-R. Ritt. v. Neumann referiert über die Projectskizze für den Bau einer neuen Doppelschule im XVI. Bezirke, Ottakring, Lorenz Wandlgasse und beantragt:

1. Es sei das vorgelegte Project für die Erbauung einer Doppel-Volkschule (vorübergehend auch mit Bürgerschulclassen und daher mit zwei Zeichenfälen) auf der längst angekauften Realität in der Lorenz Wandlgasse im XVI. Bezirke mit dem approximativen Kostenbetrage von 225.000 fl., resp. nach dem zu erwartenden Resultate der Offertverhandlung mit rund 190.000 fl. zu genehmigen;

2. es sei das Stadtbauamt zu beauftragen, sofort das Detailproject für diesen Schulbau auszuarbeiten und vorzulegen und sei dieser Bau derart zu beschleunigen, daß die Schule — wenn schon nicht früher — so doch zu Beginn des Schuljahres 1895/96 der Benützung übergeben werden kann.

St.-R. Müller beantragt, der Magistrat werde beauftragt, vorerst zu erheben, ob und unter welchen Bedingungen der Bauplatz am Stillsriedplatz, Parzellen 1 bis 5, angrenzend an die Gahlenzstraße, eventuell die an den in Aussicht genommenen Schulbauplatz anstoßende Eck- und Mittelparcelle in der Gahlenzstraße erworben werden können, und über das Resultat schleunigst zu berichten.

Dieser Antrag, welchem sich Referent accommodiert, angenommen.

(9022.) Derfelbe referiert über das Ansuchen des Samuel Steiner um Bewilligung zur Parcellierung der Realitäten Grundb.-Einl. 3. 1099 und 2053 des V. Bezirkes, Dr.-Nr. 55 bis 57 Siebenbrunnengasse, und beantragt, die Genehmigung der Parcellierung unter den im Magistrats-Antrage angeführten Bedingungen, jedoch mit folgender Abänderung des in demselben bezogenen Bauamtsberichtes zu erteilen:

3. daß der außerhalb der Straßenachse gelegene Straßengrund Cat.-Parc. 741/12 und 742/5 im Ausmaße von 681·14 m<sup>2</sup> gegen

von der Gemeinde zu leistende Schadloshaltung in das Eigenthum der Gemeinde Wien mit der Bestimmung als Straßengrund übergeben werde.

Über Anregung des Vorsitzenden, Vice-Bürgermeisters Dr. Richter modificiert Referent diese letztere Bestimmung, wie folgt:

3. daß der jenseits der Achse der Kohlgaße gelegene Grundtheil, bestehend aus den Parzellen 741/12 und 742/5 im Ausmaße von 681·14 m<sup>2</sup> von dem Parcellierungswerber sofort in das Eigenthum der Gemeinde lastenfrei zu übergeben und hiefür eine eigene Einlage im Grundbuche für die Gemeinde zu eröffnen ist, und daß die Verhandlungen wegen Schadloshaltung sofort einzuleiten, beziehungsweise fortzusetzen sind.

Weiters beantragt der Vorsitzende, Vice-Bürgermeister Dr. Richter, den Zusatz:

4. daß bis zur Erwerbung des in die Siebenbrunnengasse fallenden Grundstreifens die anstoßende Baustelle Nr. 1 mit dem Bauverbote zu belegen sei.

Referent accommodiert sich diesem Zusatz.

Die modificierten Referenten-Anträge werden fohin angenommen.

(8908.) Derfelbe referiert über den Antrag des Gem.-Rathes Steiner, die Möbel für städtische Neubauten in rohem Zustande auf den Bau liefern und erst auf dem Baue anstreichen zu lassen, und beantragt: Das Stadtbauamt wird angewiesen, daß nach Thunlichkeit die Möbel erst auf dem Baue anzustreichen, in jenen Fällen aber, wo aus räumlichen Rücksichten der Anstrich der Möbel nicht auf dem Baue erfolgen kann, die in der Werkstätte des Erstehers vor erfolgtem Anstriche zu übernehmenden Möbel durch eine Schlagmerke zu bezeichnen sind, und daß nur solche Möbel, welche im unangestrichenen Zustande als qualitätsmäßig anerkannt wurden, gestrichen auf den Bau gebracht und übernommen werden dürfen.

(Angenommen.)

(9244.) St.-R. Müller referiert über den Statthaltereie-Erlaß vom 5. December 1893, Z. 76680, betreffend die Vergrößerung des k. k. Kaiser Franz Josefpitals im X. Bezirke und beantragt:

1. Es wären die im Bauamtsplane mit rother Schraffierung eingezeichneten Straßenzüge I und II, sowie der am Ausgangspunkte der Straße I bei der Triesterstraße ersichtliche Platz zur künftigen Durchführung vorläufig in Aussicht zu nehmen.

2. Es wäre der k. k. n.-ö. Statthaltereie mitzutheilen,

a) daß gegen die Einbeziehung der in Aussicht genommenen Grundflächen in die Spitalsanlage, beziehungsweise die einheitliche Verbauung des zu erwerbenden Grundcomplexes keine Hindernisse bestehen, und insbesondere mit Rücksicht auf die in Aussicht genommenen Straßenzüge in der Umgebung der „Spinnerin am Kreuz“ keine Verbauungslinie projectiert ist, welche das Ausmaß der Verbauungsfläche für das Spital einschränken würde;

b) daß die Gemeinde Wien bereit ist, den der Gemeinde gehörigen, im Plane grün lasierten, schmalen Grundstreifen, Theil der Cat.-Parc. 2126 im Ausmaße von 102 m<sup>2</sup> dem Wiener k. k. Krankenanstaltenfonde zur Arrondierung des Besigthumes um den Preis von 3 fl. 35 kr. per Quadratmeter zu überlassen, falls die Spitalsanlage durch den beabsichtigten Grundankauf vergrößert würde.

Über Anregung des Vorsitzenden, Vice-Bürgermeisters Dr. Richter modificiert Referent den Punkt 2 b seines Antrages dahin, daß für den hinter die Baulinie fallenden, von der Gemeinde Wien abzutretenden Grundstreifen an der Triesterstraße im Ausmaße von 102 m<sup>2</sup> der obige Betrag als Schadloshaltung zu begehren sei.

St.-R. Schlechter beantragt, die Schadloshaltung nach dem Bauamtsantrage mit 8 fl. per Quadratmeter zu bestimmen.

Vorsitzender, Vice-Bürgermeister Dr. Richter beantragt die Festsetzung eines Pauschalbetrages für diese Schadloshaltung.

(Angenommen.)

St.-R. Meißl beantragt sodann, den Betrag von 400 fl. als Entschädigung festzusetzen.

Referenten-Antrag bis auf den Betrag der Schadloshaltung angenommen.

Bezüglich der letzteren wird der Antrag Meißl angenommen.

(7175 und 8293.) St.-R. v. Götz referiert über das Ergebnis der Comitéverhandlung puncto Ankauf einer Realität für einen Schulbau in Lainz.

Das Referat wird abgebrochen.

(9263.) Vice-Bürgermeister Dr. Gröbl referiert über die Vertragsbestimmungen, betreffend die pachtweise Überlassung des sogenannten Pfeifer'schen Holzplatzes seitens der Donauregulierungs-Commission an die Gemeinde Wien für Lagerhauszwecke.

Dieselben sind folgende:

Die Donauregulierungs-Commission verpachtet der Gemeinde Wien den sogenannten Pfeifer'schen Holzplatz für Lagerhauszwecke vom 1. Juli 1894 an auf die Dauer von 25 Jahren gegen einen jährlichen Recognitionzins von 20 fl. Das Pachtverhältnis ist innerhalb der Vertragsdauer nur dann kündbar, wenn die Regierung den gedachten Platz für einen öffentlichen Landungsplatz beanspruchen sollte, in welchem Falle nach einer bis 31. März jeden Jahres von Seite der Donauregulierungs-Commission zu erfolgenden Kündigung das Pachtverhältnis mit 31. December des betreffenden Jahres aufgelöst und der Gemeinde die von ihr übernommenen oder neu errichteten Baulichkeiten und Anlagen auf dem Pfeiferplatze zum Schätzungs-werte abgelöst werden.

Referent beantragt, diese Vertragsbestimmungen, mit welchen sich auch die Donauregulierungs-Commission einverstanden erklärt hat, zu genehmigen und sodann auf Grund derselben einen Vertrag mit der Commission abzuschließen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

Während der Erstattung dieses Referates hat Lagerhausdirector Straßer als Experte fungiert.

(Ad 7175 und 8293.) Das Referat über den Schulbau in Lainz wird fortgesetzt.

Referent St.-R. v. Götz beantragt, die bestehende Schule auch fernerhin in Lainz zu belassen und für Speisung eine Expositur dieser Schule in einem auf dem städtischen Grunde in der Thiergartenstraße zu führenden kleinen Schulbau zu errichten.

Vor Durchführung dieses Projectes wäre noch die Wohlmeinung des Bezirksschulrathes einzuholen.

(Angenommen.)

(9064.) St.-R. Dr. v. Willing referiert über die Verstärkung der Spannung der städtischen Trinkwasserwägen und beantragt die Ertheilung der vom Magistrat beantragten Bewilligung der zeitweiligen Verwendung eines dritten Pferdes, ferner die Bewilligung eines Zuschusscredits von 1900 fl. pro 1893, endlich die Einstellung eines Betrages von 2000 fl. über die bereits bewilligten 41.000 fl. pro 1894.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(Während der Erstattung dieses Referates hat Vice-Bürgermeister Dr. Gröbl den Vorsitz übernommen.)

(5566.) Derselbe referiert über den Antrag des Gem.-Rathes Brauneiß, betreffend die Subventionierung des Katholischen Schulvereines, und beantragt, auf Grund der Äußerung des magistratischen Schuldepartements, wonach durch die drei getrennt gelegenen Schulen

eine Erleichterung des städtischen Schulbudgets nicht herbeigeführt wird, und die 419 Schüler dieser Schulen ohne erhebliche Schwierigkeit an den allgemeinen Volksschulen untergebracht werden könnten, demalen die Ablehnung.

(Angenommen.)

(8326.) Derselbe referiert über das Ansuchen des Wilhelm Fickert, städtischen Beleuchtungsrevisors, um Bewilligung einer Remuneration und beantragt, dem Genannten für seine außergewöhnliche, längere Zeit andauernde Dienstleistung bei Versorgung der Gasinstallationen in städtischen Gebäuden eine Remuneration von 150 fl. zu gewähren. (Auf Rubrik III 16 f. bedeckt.)

(Angenommen.)

(8274.) Derselbe referiert über den Recurs der Adelsheid Pascul gegen den Bescheid des magistratischen Bezirksamtes für den XII. Bezirk vom 31. Juli 1893, Z. 20322, womit die angesuchte Aufstellung eines transportablen Verkaufstandes für Zuckerbäckerwaren auf der Parcellen 190 (Rinienwallplatz 11) abgewiesen wurde, und beantragt die Recursabweisung.

(Angenommen.)

(7853.) Derselbe referiert über die neuerliche Eingabe des Commandos der freiwilligen Feuerwehr im XIX. Bezirke wegen Bewilligung eines Sterbequartales für den derselben als Telegraphist zur Dienstleistung zugetheilt gewesenen Berufsfeuerwehrmann der bestandenen Gemeinde Ober-Döbling, Alois Heldenberger, und beantragt die Gewährung eines Betrages per 50 fl. zu den Krankheits- und Leichenkosten für den Genannten.

(Angenommen.)

(2932, 2927, 3308, 3451, 3118 und 4023.) Vice-Bürgermeister Dr. Richter referiert über die Eingaben der Bezirksvorsteher des II., IV., VI., VII. und VIII. Bezirkes und des Bezirksvorsteher-Stellvertreters des VIII. Bezirkes um nachträgliche Genehmigung von Mehrauslagen anlässlich der Reichsraths-, Gemeinderaths- und Bezirksauswahls- in den Jahren 1890, 1891 und 1893 und beantragt in sämtlichen Fällen die Passierung der bezüglichen Beträge.

(7662.) Derselbe referiert über das Ersuchen der Gemeinde Schwarzen i. G. um Beitragsleistung für Herstellungen an der von Schwarzen in das Preinthal führenden Straße und beantragt, die Gemeinde Wien wolle sich mit Rücksicht auf ihren Besitz im Preinthal mit einem Betrage im Betrage von 60 fl. beteiligen, welcher präliminariter bedeckt erscheint.

(Angenommen.)

(8171.) Derselbe referiert über die Eingabe des Forstamtes Spitz a. d. Donau, betreffend die Systemisierung einer Aufseherstelle anstatt der nicht besetzten Forstadjunctenstelle in Spitz und beantragt:

1. die infolge Stadtraths-Beschlusses vom 6. November 1892, Z. 5407, unbesetzt gebliebene Stelle eines Forstadjuncten auf dem Wiener Bürgerospitalsfondsgute Spitz a. d. Donau mit dem Siege in Spitz wird aufgelassen und an deren statt die Stelle eines für den Forstschutz und technischen Hilfsdienst befähigten Forstauffsehers mit dem Grundgehälter von 400 fl., der Anwartschaft auf zwei Quinquennien à 50 fl. und dem Genuße einer kleinen Naturalwohnung, bestehend aus Zimmer, Cabinet und Küche im Schlosse Spitz, systemisiert;

2. dem Forstauffseher in Spitz werden als Deputat 7 Raummeter hartes und 7 Raummeter weiches Prügel-Brennholz nebst einem Holzzufuhrpauschale von 12 fl. 60 kr. bewilligt, und nach Zulässigkeit auch eine entsprechende Grundnutzung zu einem ermäßigten Pacht-schilling gewährt.

Das Auslagenerfordernis für den Forstauffseher in Spitz pro 1894 wird auf das Gebarungsergebnis der Fondsherrschaft Spitz a. d. Donau gewiesen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(7154 und 8768.) **Derselbe** referiert über die Commissions-Protokolle, betreffend die am 3. und 4. August, beziehungsweise am 4. und 5. October und am 28. und 29. November 1893 stattgehabte X., XI. und XII. Revision der Wasserleitungsbauarbeiten in den Strecken Naszwald—Singerin—Höllenthal und beantragt die Kenntnissnahme und Genehmigung des Verkaufes der entbehrlich werdenden Bau-utenfilien. (Angenommen.)

(5791.) **Derselbe** referiert über die Remuneration des gräflich Honyos'schen Försters, Eduard Grande, für die Beaufsichtigung des Schwarzaflusses während der Schöpfperioden 1891/92 und 1892/93 und beantragt die Bewilligung einer Remuneration per 30 fl. (Angenommen.)

(6001.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Karl Prohaska und des Alois Pohka um Gewährung eines Übersiedlungskostenbeitrages aus Anlaß der Ernennung des ersteren zum Forstverwalter und des letzteren zum Forstadjuncten in Naszwald und beantragt die Genehmigung eines Übersiedlungskostenbeitrages per je 150 fl., welche Auslage auf Rubrik XXVI 1 g a Deckung findet. (Angenommen.)

(8690.) **Derselbe** referiert über die Zuschrift der Marktgemeinde Neunkirchen vom 18. November 1893, betreffend die projectierte Unterfahung des Schwarzaflusses mit dem Rohrstrange der Neunkirchner Wasserleitung und beantragt, diese Zuschrift unter Anführung der vom Stadtbauamte erörterten Gründe dahin zu beantworten, daß die sofortige Unterfahung des Schwarzaflusses nicht zur Ausführung gebracht wird, daß jedoch die Besorgnis der Marktgemeinde Neunkirchen wegen einer infolge dessen eventuell eintretenden Verzögerung der Wasserversorgung des am rechten Schwarzaufer gelegenen Theiles des Marktes nicht zutreffend ist. (Angenommen.)

(8206.) **Derselbe** referiert über die durch St.-R. v. Götz vorgelegte Eingabe des Vorstehers des XIII. Bezirkes um Maßnahmen zur Behebung des herrschenden Wassermangels in Hietzing und beantragt die Kenntnissnahme des Magistrats-Berichtes, wonach die Angelegenheit über die mittlerweile getroffenen Verfügungen gegenstandslos geworden ist. (Angenommen.)

(9173.) **St.-R. Schlechter** referiert über die von Johann Karner beabsichtigte Bauführung in Brunn, Pichsteinstraße 25 (in der Nähe des Hochquellenleitungskörpers), und beantragt zu dieser Bauführung unter den vom Magistrate näher bezeichneten Bedingungen noe. der Gemeinde Wien die Genehmigung zu erteilen. (Angenommen.)

(Während der Erstattung dieses Referates hat Vice-Bürgermeister Dr. Richter wieder den Vorschlag übernommen.)

(8911.) **Derselbe** referiert über den Statthaltereis-Erlass vom 18. November 1893, Z. 80340, betreffend die Tracenrevision für die Localbahn Guntramsdorf—Baden—Klausen-Leopoldsdorf, und beantragt die Genehmigung der von den Abgeordneten der Gemeinde bei der am 6. December d. J. stattgehabten Commission bezüglich der Hochquellenleitung abgegebenen Erklärungen. (Angenommen.)

(9079.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Moriz Rakauer um Schadloshaltung für den von der Realität Conser.-Nr. und Einl.-Z. 975, Dr.-Nr. 29 Stumpergasse, VI. Bezirk, zur Straßenverbreiterung abzutretenden Grund im Ausmaße von 39.42 m<sup>2</sup> und beantragt, die Entschädigung mit 13 fl. per Quadratmeter zu bestimmen. (Angenommen.)

(9150.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Karl Johann Müller um Schadloshaltung für den anlässlich des Umbaues des Hauses Einl.-Z. und Conser.-Nr. 1294, Dr.-Nr. 28/30 Große

Pfarrgasse, II. Bezirk, zur Straßenverbreiterung abgetretenen Grund im Ausmaße von 38.06 m<sup>2</sup> und beantragt, die Entschädigung mit 30 fl. per Quadratmeter festzusetzen. (Angenommen.)

(8904, 8951, 8196 und 9133.) **Derselbe** referiert über mehrere Gesuche um Abschreibung, beziehungsweise Reducierung von Wassermehrverbrauchsgebühren aus dem X., IV., IX. und II. Bezirke und beantragt die Gesuchsgewährung, beziehungsweise Abweisung im Sinne der Anträge der magistratischen Bezirksämter. (Angenommen.)

(8730.) **Derselbe** referiert über ein Gesuch um Verleihung des Bürgerrechtes aus dem VI. Bezirke und beantragt, dem Josef Lorenz, Drechslermeister, das Bürgerrecht zu verleihen.

(8451.) **Derselbe** referiert über zehn Gesuche um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband aus dem XVI. Bezirke und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit an:

Drahorád Theodor, Gürtlergehilfe;  
Rment Ignaz, Schlossermeister;  
Jarosch Alois, Gerbergehilfe;  
Röcher Josef, Buchdruckergehilfe;  
Sknura Johann, Uhrmachergehilfe;  
Fischer August, Oberkellner;  
Macek Franz, Wagemachermeister;  
Bibersteiner Georg, Gastwirt und Hausbesitzer;  
Rakodil Anton, Drechslermeister, und  
Rrista Michael, Obst- und Grünwarenhändler und Hausbesitzer.

(Angenommen.)

(8617.) **Derselbe** referiert über 17 Gesuche um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband aus dem VI. Bezirke und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit an:

Stemmer Ignaz, Schuhmacher;  
Dostkar Josef, Schneidermeister;  
Benninger Josef, Färbergehilfe;  
Fröhlich Josef, Webermeister;  
Rocicka Anton, k. k. Polizeiagent;  
Rrehlik Anton, Schuhmachermeister;  
Schöpfleuthner Josef Franz, Privatbeamter;  
Ropecný Johann, Schuhmachermeister;  
Guemer Josef, Bureaudiener;  
Bacher Anton, Taschnermeister;  
Tomel Rudolf Josef, Buchbindergehilfe;  
Rusak Franz, Hafnergehilfe;  
Gech Fabian, Maurer;  
Rani Alois, Magazinsarbeiter;  
Repil Franz, Gemischtwaren-Verschleißer;  
Griesbach Anton, Schneidermeister, und  
Raspar Johann, Schneidermeister. (Angenommen.)

(8952.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Franz Walz um Genehmigung der Fristüberschreitung für die Neupflasterung der Millergasse im VI. Bezirke, sowie um Pönalnachsicht und beantragt die Genehmigung der Überschreitung des Arbeitstermines von 14 Tagen um drei Tage, respective die Nachsicht des bezüglichlichen Pönales von 30 fl. pro Tag, zusammen per 90 fl. (Angenommen.)

(9262.) **St.-R. Freindl** referiert über die Eingabe der Armen-Institutsvorsteherung für den XIX. Bezirk wegen Bewilligung von Aufbesserungen für die Pfründner in den Armenhäusern I bis IV des XIX. Bezirkes anlässlich der Feiertage und beantragt die Genehmigung von Zulagen im Gesamtbetrage von 64 fl. (Angenommen.)

**Derselbe** referiert über die Uneinbringlichkeit von Hundesteuer-Rückständen, beziehungsweise -Strafen



(8913 und 8914) nach 26 Parteien im I. und VIII. Bezirke,  
 (9136) nach Sophie Engelhart im V. Bezirke,  
 (9109) nach 28 Parteien im IX. Bezirke,  
 (8345) nach 57 Parteien im X. Bezirke,  
 (8729) nach 7 Parteien im XI. Bezirke,  
 (9086) nach 24 Parteien im XIV. Bezirke,  
 (8349) nach 7 Parteien im XV. Bezirke, und beantragt in  
 sämtlichen Fällen die Abschreibung. (Angenommen.)

(8882.) **St.-R. Dr. v. Wissing** referiert über die Erbauung  
 eines Schuppens für Straßensäuberungsrequisiten auf dem rückwärtigen  
 Theile der Area des ehemaligen städtischen Hauses Nr. 21 Maßleins-  
 dorferstraße im V. Bezirke und beantragt:

Die infolge der Verlegung des Materiallagerplatzes und des  
 Straßenreinigungs-Requisitendepots für den V. Gemeindebezirk auf  
 abbezeichnetem Grunde notwendige Erbauung eines Schuppens zur  
 Unterbringung der Schneepflüge und der Straßenreinigungsgeräte  
 wird nach dem vorgelegten Kostenaufschlage mit dem Betrage von  
 872 fl. 87 kr. genehmigt und zur Deckung der im heurigen Jahre  
 zu zahlenden Kosten ein Zuschußcredit in der Höhe von 600 fl. zur  
 Rubrik XXII 51 bewilligt. Der Schuppen wird jedoch derart zu  
 situieren sein, daß er nicht über die Baulinie der zukünftigen Hauslab-  
 gasse hinausrage. (Angenommen.)

(9132.) **St.-R. Matthies** referiert über das Ansuchen des  
 Adolf Lambert um Consens zur Erbauung eines Stallgebäudes  
 für vier Pferde auf der Cat.-Parc. 900, Grundb.-Einf. 225 Inzers-  
 dorf Stadt, am Brunnenwege im X. Bezirke, und beantragt, den  
 Antrag des magistratischen Bezirksamtes für den X. Bezirk auf Er-  
 theilung der Baubewilligung zu bestätigen. (Angenommen.)

(8727.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Richard  
 Siedel um Bewilligung der Herstellung eines Trottoirs aus Karl  
 Schlimp'schen Schattauer Klinkersteinen bei seinen zwei Häusern  
 III., Marokkanergasse 12 und III., Veithgasse 5, und beantragt die  
 Besuchsgewährung unter den vom Stadtbauamte gestellten Bedingungen.  
 (Angenommen.)

(8856.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Arnold Loh  
 um Bewilligung der Trottoirherstellungen aus Schattauer Klinkersteinen  
 vor seinem neuerbauten Hause III., Strohgasse 22, und beantragt die  
 Bewilligung unter den vom Stadtbauamte gestellten Bedingungen.  
 (Angenommen.)

(8259.) **Derselbe** referiert über die Neueindeckung des Daches  
 des Laurenz Hieß'schen Stiftungshauses III., Kochgasse 8, und  
 beantragt, diese Neueindeckung im Sinne der Stadtbauamtsäußerung  
 mit dem Beifügen zu genehmigen, daß auch die Spenglerarbeiten zu  
 erneuern sind. (Angenommen.)

(8873.) **Derselbe** referiert über die Vorstellung der Firma  
 Clayton & Shuttleworth gegen den Stadtraths-Beschluß  
 vom 29. November 1893, Z. 8119, betreffend die Adaptierungen  
 im Hause III., Löwengasse 39, und beantragt der Vorstellung sat-  
 zugeben und im Sinne des Magistratsberichtes vom 9. November 1893,  
 Z. 174334, von der Ausstellung eines intabulationsfähigen Reber'sches  
 Umgang zu nehmen, nachdem die in der Vorstellung geltend gemachten  
 Gründe Berücksichtigung verdienen. (Angenommen.)

(8984.) **Derselbe** referiert über drei Besuche um Aufnahme in  
 den Wiener Gemeindeverband aus dem III. Bezirke, und beantragt  
 die Zusage der Aufnahme an:

Geyringer Moriz, öffentlicher Gesellschafter;  
 Fischer Claudine, Volksschullehrerin, und  
 Fleischmann Sigismund, Schriftgießer;

in sämtlichen Fällen gegen Entrichtung der dem nachgewiesenen  
 Aufenthalte entsprechenden Zuständigkeitsgabe per 20 fl.

Bzüglich Claudine Fischer, welche um Nachsicht der Taxe  
 bittet, beantragt St.-R. Dr. Vogler die Herabsetzung der letzteren  
 auf 10 fl.

Referenten-Antrag mit Modification Dr. Vogler  
 angenommen.

(9069.) **St.-R. Dr. Huber** referiert über den Erlaß des  
 k. k. Handelsministeriums vom 27. November d. J., Z. 61682,  
 betreffend die von der Internationalen Electricitäts-Gesellschaft erbetene  
 Bewilligung zur Kabellegung in mehreren Straßen des II., III., IV.,  
 VII., VIII. und IX. Bezirkes, und beantragt:

Auf Grund des Vertrages vom 6. und 7. September 1889,  
 Z. 272800, und im Nachhange zu den der Internationalen Electrici-  
 täts-Gesellschaft in Wien, I., Wipplingerstraße 30, unterm 18. August  
 1890, Z. 114180, 6. September 1890, Z. 285403, 22. April  
 1891, Z. 100036, 8. Juli 1891, Z. 205413, 12. März 1892,  
 Z. 15102, 25. Februar 1893, Z. 65750/92, 26. Juni 1893,  
 Z. 17558, 28. Juni 1893, Z. 91690, 2. August 1893, Z. 100841,  
 19. August 1893, Z. 126239, 23. September 1893, Z. 136560,  
 und 1. November 1893, Z. 155507, ertheilten Bewilligungen zur  
 Einlegung von elektrischen Kabeln in mehreren Straßen Wiens wird  
 dieser Gesellschaft unter den bisherigen, in den obigen Decreten ent-  
 haltenen allgemeinen und unter den in den beiliegenden Localaugen-  
 scheins-Protokollen vom 20., 22., 23., 26., 29. September 1893,  
 Z. 145091, und vom 10. und 12. October 1893, Z. 156683, ent-  
 haltenen speciellen Bedingungen die Bewilligung ertheilt, in den com-  
 missionell ausgemittelten, in den obigen Protokollen beschriebenen  
 Strecken der nachbezeichneten Straßen Kabel behufs Leitung von  
 Electricität nach den beigebrachten Plänen einzulegen, und zwar:  
 VIII., Kochgasse—Piaristengasse, II., Czerningasse, VII., Schotten-  
 feldgasse, IX., Eisengasse, IV., Sgellgasse, III., Arsenalweg, X., Bahn-  
 hofplatz, IV., Wiedennergürtel, und III., Ungargasse. (Angenommen.)

(9078.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Handels-  
 gremiums in Hernals um Überlassung eines weiteren Lehrzimmers im  
 Schulgebäude XVII., Kirchengasse 37, für die dortige kaufmännische  
 Fortbildungsschule und beantragt, die Überlassung des im II. Stock-  
 werke der gedachten Schule gelegenen Classenzimmers Nr. 15 (B Schule,  
 I. c. Classe), jedoch nur auf Widerruf. (Angenommen.)

(8793.) **Derselbe** referiert über das Gesuch des Josef Dyppe-  
 heim, Hausbesitzer, XIX., Ober-Döbling, Donaugasse 23, um Rück-  
 erstattung der bezahlten Canaleinmündungs-Gebür und beantragt, die  
 Rückerstattung des bezahlten Betrages per 77 fl. 54 kr. sammt 5%  
 Zinsen vom Einzahlungstage, d. i. vom 6. Mai 1893, aus den im  
 Antrage des magistratischen Bezirksamtes für den XIX. Bezirk an-  
 geführten Gründen zu genehmigen. (Angenommen.)

(8734.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Neuen Wiener  
 Tramway-Gesellschaft um Rückerstattung einer für das Haus Dr.-Nr. 95  
 Aufsdorf, Herrngasse Dr.-Nr. 2, executiv eingehobenen Canalein-  
 mündungsgebür per 425 fl. 70 kr. und beantragt, aus den vom  
 magistratischen Bezirksamte für den XIX. Bezirk geltend gemachten  
 Gründen die Rückerstattung der erwähnten Gebür sammt 5 Percent  
 Zinsen per 20 fl. 22 kr. zu genehmigen. (Angenommen.)

(8319.) **Derselbe** referiert über fünf Besuche um Aufnahme in  
 den Wiener Gemeindeverband aus dem V. Bezirke, und beantragt die  
 Verleihung der Zuständigkeit an:

Raab Anton, Cassier;  
 Steindl Anton, Webergehilfe;

Tesslar Franz, Schuhmachermeister;  
Krause Anton, k. k. Briefträger, und  
Einkl Augustin, Tischlergehilfe. (Angenommen.)

(8036.) **Derselbe** referiert über Gesuche um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband aus dem V. Bezirke und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit an:

Spazierer Florian, Holz- und Kohlenhändler, und  
Horák Alois, Herrenkleidermacher.

(Angenommen.)

(8804.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Franz und der Wilhelmine Münzberger um Einwilligung zur Löschung der auf ihrer Realität Einl.-Z. 738, Gemeindebezirk Penzing, haftenden Verbindlichkeit der Duldung der herzoglich Albertinischen Wasserleitung auf Parzelle 750/5 und beantragt die Ausfertigung einer bezüglichen Löschungserklärung auf Kosten der Bittsteller. (Angenommen.)

(8613.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Magdalena Pech, Eigentümerin der Realität C.-Nr. und Einl.-Z. 300, Grundbuch des V. Bezirkes, Kohl- und Gießaufgasse, um Löschung der auf Grund der Erklärung vom 9. December 1879 auf vorbezeichneter Realität zu Gunsten der Gemeinde Wien haftenden Verbindlichkeit zur Herstellung des abgezeichneten Straßengrundes in das vorschrittmäßige Niveau und beantragt die Ausstellung der bezüglichen Löschungserklärung auf Kosten der Gesuchstellerin. (Angenommen.)

(8803.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Dr. Franz v. Sprung als Hermann Otte'schen Concursmassenverwalter um Löschung der auf den Häusern C.-Nr. und E.-Z. 895, 1561, 1562, 1563, 1564 und 1565 IX. Bezirk, sub Prot.-Z. 1 des Lastenblattes haftenden Verbindlichkeit zur ungetheilten Abtretung der zur Verbreiterung der Seegasse und Eröffnung einer neuen Gasse erforderlichen Grundflächen sowie zur Übergabe im richtigen Niveau und beantragt, mit Rücksicht auf die bereits erfolgte Grundübernahme seitens der Gemeinde die Ausfertigung der bezüglichen Löschungserklärung auf Kosten der Partei zu bewilligen. (Angenommen.)

(Schluß der Sitzung.)

## Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom 27. December 1893.

Vorsitzende: 1. Vice-Bürgermeister Dr. Richter.  
2. Vice-Bürgermeister Dr. Gröbl.

Anwesende: Dr. v. Billing, Müller,  
Boschan, v. Neumann,  
v. Götz, Roske,  
Dr. Hackenberg, Schlechter,  
Dr. Huber, Schneiderhan,  
Freindl, Dr. Stenzl,  
Dr. Lederer, Vaugoin,  
Dr. Lueger, Dr. Bogler,  
Matthies, Wiegelsberger,  
Magenauer, Wurm,  
Meißl,

Beurlaubt: St.-R. Rüßauf.

Experte: Magistratsrath Philipp.

Schriftführer: Magistrats-Concipist H. Pfeiffer.

**Vice-Bürgermeister Dr. Richter** eröffnet die Sitzung.

Nachweisung über die Belastung des Reservefondes mit  
23. December 1893:

Reservefond . . . . . 500.000 fl. — kr.  
Effective Belastung . . . 497.330 fl. 92 kr.

Belastung durch in Aussicht

stehende, bereits ge-  
nehmigte, jedoch noch  
nicht effectuierte Aus-

lagen . . . . . 657.545 fl. 91 kr.

zusammen . 1,154.876 fl. 83 kr.

daher um . 654.876 fl. 83 kr.

und nach Hinzurechnung der für unvorhergesehene

Auslagen bei den Bezirken I bis XIX

à 500 fl. zu reservierenden . . . . . 9.500 fl. — kr.

eigentlich um . . . . . 664.376 fl. 83 kr.

überschritten.

Außerdem stehen für Rechnung des Reservefondes Anträge im Gesamtbetrage von 946.992 fl. 26 kr. in Vormerkung, bezüglich deren die Genehmigung noch aussteht. (Zur Kenntniss.)

(8865.) **St.-R. Vaugoin** referiert über das Ansuchen der Oberlehrerswitwe Marie Gastner um Erhöhung der Erziehungsbeiträge für zwei unter dem Normalalter stehende Kinder und beantragt, der Marie Gastner die Erziehungsbeiträge für die Kinder Robert, Paul und Auguste per je 50 fl. mit 12. Juni d. J. einzustellen und die Erziehungsbeiträge für die beiden letztgenannten Kinder Paul und Auguste gleichzeitig auf je 75 fl. jährlich bis zur Erreichung des Normalalters oder bis zu dem Tage einer noch früher erlangten Versorgung zu erhöhen und aus der Wiener Lehrpensionsfondscassa gegen feinerzeitige entsprechende Abrechnung mit der n.-ö. Landes-Lehrpensionscassa flüssig zu machen.

St.-R. Boschan beantragt die Ablehnung.

Referenten-Antrag angenommen.

(9171.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Kanzlei-  
praktikantenswitwe Katharina Strobl um eine Gnadengabe und be-  
antragt, derselben eine Gnadengabe von jährlich 120 fl. auf die Dauer  
von drei Jahren, eventuell bis zu einer etwa früher eintretenden Ver-  
sorgung zu bewilligen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(8870.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des städtischen  
Hausbesorgers Johann Wallisch um Fortbezug der Gnadengabe  
und beantragt, demselben den Fortbezug der Gnadengabe per 150 fl.  
auf die Dauer eines weiteren Jahres, d. i. bis 31. Jänner 1895, zu  
bewilligen. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(7471.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen um Subvention  
für die fachliche Fortbildungsschule der Genossenschaften der Gastwirte  
und Kaffeefieder und beantragt, für das Schuljahr 1893/94 der-  
selben eine Subvention von 700 fl. zu bewilligen.

St.-R. Schlechter beantragt eine Subvention von 1000 fl.

Der Antrag des St.-R. Schlechter wird abgelehnt; der  
Referenten-Antrag angenommen. (An den Gemeinderath.)

(9088, 9090, 9091, 9192, 9087, 9108, 8772, 8770.) **Der-**  
**selbe** referiert über die Uneinbringlichkeit der Beerdigungskosten von  
55 Parteien aus dem IX. Bezirke per 215 fl. 12 1/2 kr., von acht  
Parteien aus dem XIV. Bezirke per 40 fl. 26 kr., von 42 Parteien  
aus dem XVI. Bezirke per 112 fl. 72 kr. und von 60 Parteien

aus dem XVIII. Bezirke per 246 fl. 62 1/2 kr. und beantragt die Abschreibung. (Angenommen.)

(6700.) **St.-R. Dr. v. Billig** referiert über die Aufnahme von Bauaufsehern und beantragt die Aufnahme von drei Bauaufsehern mit dem Taggelde von 2 fl., wovon der eine das Maurer- oder Ziegeldecker-, der andere das Spengler- und der dritte das Zimmermannsgewerbe erlernt haben muß; dieselben sind in erster Linie zur Controle der currenten Arbeiten zu verwenden. Die Aufnahme und Entlassung derselben erfolgt gegen 14tägige Kündigung durch den Bürgermeister.

Über Anregung des St.-R. Dr. Lueger modificiert der Referent seinen Antrag dahin, daß ein Aufseher das Zimmermanns-, eventuell nach Bedarf das Anstreichergewerbe erlernt haben müsse.

Magistratsrath Philipp beantragt, daß in erster Linie das Augenmerk auf tüchtige Poliere zu richten sei.

Der Referent nimmt letzteren Antrag auf. Es wird sohin beschloffen: Es seien drei Bauaufseher nach dem Antrage des Referenten aufzunehmen, bei der Aufnahme derselben ist besonders auf Poliere Rücksicht zu nehmen und sind diese drei Bauaufseher in erster Linie zur Controle der currenten Arbeiten zu verwenden.

(An den Gemeinderath.)

(8702.) **Derselbe** referiert über die weitere Einhebung von Gebühren für die Herstellung der Überbrückung der Westbahn und für die Errichtung freier Plätze in Rudolfsheim und beantragt:

1. vom 1. Jänner 1894 sind die mit dem Landtags-Beschlusse vom 16. Jänner 1874 der ehemaligen Gemeinde Rudolfsheim bewilligten Vaugebühren für die Herstellung der Schmelzbrücke und für die Errichtung freier Plätze nicht mehr vorzuschreiben und der u.-ö. Landesauschuß hievon in Kenntnis zu setzen, wodurch jedoch die Einhebung der bis zum obigen Zeitpunkte bereits vorgeschriebenen Gebühren nicht berührt wird;

2. bezüglich der noch rückständigen Beträge, welche die Auslagen der ehemaligen Gemeinde Fünfhaus für die Errichtung der Schmelzbrücke zu decken bestimmt sind, ist vom magistratischen Bezirksamte für den XV. Bezirk die Einhebung zu veranlassen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(8670.) **Derselbe** referiert über Gesuche um Aufnahme in den Gemeindeverband aus dem XVI. Bezirke und beantragt die Gesuchsgewährung für Nachbenannte:

Arnhofer Alois, Kutscher;  
Watzek Ignaz, Schuhmacher;  
Stummer Josef, Zahntechniker;  
Heinzel Johann, Beamter;  
Matejka Franz, Landfrämer;  
Ladner Johann, Milchmeier;  
Holzmüller Anton, Blumenhändler;  
Ruhn Leopoldine, Hutstaffiererin;  
Zapotocky Franz, Geschäftsführer;  
Reinwein Johann, Bäcker;  
Panenka Eduard, Schuhmacher;  
Plachy Wenzel, Drechsler- und Werkführer;  
Veran Franz, Pfeisendrehler;  
Zajic Martin, Perlmutterdrehlergehilfe;  
Schön Andreas, k. k. Briefträger i. P.;  
Stulik Georg, Schneider;  
Sachers Karl, Hufschmied;  
Patzl Johann, Tischler;  
Windbichler Martin, Kutscher;

Albrecht Franz, Tabak-Transkriptant;  
Weber Franz, Appreteurgehilfe;  
Kellner Stephan, Schuhmacher;  
Tettera Franz, Perlmutterknopfdrehlergehilfe;  
Fendrich Raimund, k. k. Briefträger;  
Mühler Gabriel, Fleischdrehlergehilfe. (Angenommen.)

(9063.) **Derselbe** referiert in Betreff der eigenmächtigen Benützung der vor dem Hause Nr. 30 Grinzingerstraße in Heiligenstadt gelegenen Parzellen 968 durch Franz Spitzer und beantragt, den diesbezüglichen Bericht des magistratischen Bezirksamtes für den XIX. Bezirk ohne weitere Verfügung zur Kenntnis zu nehmen. (Angenommen.)

(8242.) **Derselbe** referiert über die Einbringung der civilrechtlichen Schadenersatzklage gegen Josef Pfeiler wegen böswilliger Beschädigung des Waldes in Spitz und beantragt, von der eventuellen Einbringung dieser Klage mit Rücksicht auf die Geringfügigkeit des Betrages und den nach der Actenlage zum mindesten zweifelhaften Erfolg desselben Umgang zu nehmen. (Angenommen.)

(8944.) **St.-R. Wihelsberger** referiert über das Project für den Bau einer fünften Szallásgruppe am Schweinemarkte zu St. Marx und beantragt:

1. das vorliegende Project für den Bau einer fünften Szallásgruppe am Schweinemarkte St. Marx mit dem veranschlagten Kosten-erfordernisse von 69.187 fl. 79 kr. mit der Abänderung zu genehmigen, daß die in den Futterplätzen befindlichen Schwemmen mehr gegen die Straße vorgerückt werden, und daß das für die Futterplätze vorgesehene Betonpflaster nach den von den Marktparteien im Augenscheinsprotokolle vom 30. November d. J. gemachten Angaben zweckentsprechend gerichtet wird;

2. wegen Vergebung der Arbeiten ist sofort die Offertverhandlung auszuschreiben und, was die Lieferung der Tränken anbelangt, zu verlautbaren, daß auch Offerte auf die Lieferung von Tränken aus Monierwänden angebracht werden können.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(9265.) **Derselbe** referiert über den Antrag des Gem.-Rathes Herrwegen wegen Drucklegung des Berichtes des Marktamts-Directions-Adjuncten Karl Rainz über die Vieh- und Schlachthöfe in mehreren Städten Deutschlands und beantragt:

1. die Drucklegung der beiden Berichte des Marktamts-Directions-Adjuncten K. Rainz sammt der getroffenen Auswahl der Verordnungen nebst den Plänen der Viehhöfe in Berlin, Halle und Leipzig;

2. die Genehmigung der Kosten per circa 600 fl. (im Budget-Entwurfs Rubrik IV 8 pro 1894 bedeckt und dahin zu verweisen).

(Angenommen.)

(9123.) **Derselbe** referiert über die Beistellung von Telegraphen-Apparaten und diversen Materialien für die freiwillige Feuerwehr in Penzing und beantragt, für obige Zwecke einen Betrag von 464 fl. 25 kr. zu genehmigen und zu diesem Behufe einen Betrag in dieser Höhe, welcher auf Rubrik XX 7 des Budget-Entwurfes pro 1894 zu verweisen wäre, im nächstjährigen Budget sicherzustellen. Die Anschaffung hat durch das städtische Feuerwehr-Commando im currenten Wege zu geschehen.

Weiters wird auf Grund des Berichtes des städtischen Feuerwehr-Commandos die telephonische Verbindung der Feuerwehr Breitensee mit Penzing unter gleichzeitiger Auflassung der Linie Breitensee-Schönsau beantragt, woraus, da diese Verbindung im Wege einer einfachen Umschaltung erfolgt, keine weiteren Kosten erwachsen.

St.-R. Dr. Lueger beantragt, die telephonische Verbindung Breitensee—Sechshaus aufrechtzuhalten.

Der Referent accommodiert sich diesem Antrage.

Der modificierte Referenten-Antrag wird angenommen.

(9122.) **Derselbe** referiert über die Herstellung einer telegraphischen Verbindung zwischen der freiwilligen Feuerwehr in Ottakring und der Feuerwehr-Centrale, und beantragt die Herstellung dieser Leitung mit dem Kostenaufwande von 454 fl. 50 kr. nach dem vorgelegten Kostenanschlage des städtischen Feuerwehr-Commandos. Dieser Betrag wäre auf Rubrik XX 7 des Budget-Entwurfes pro 1894 zu verweisen und daher ein Betrag in dieser Höhe daselbst sicherzustellen. Die Telegraphenleitung ist durch Organe der Berufsfeuerwehr auszuführen.

(Angenommen.)

(9124.) **Derselbe** referiert über die Anschaffung von Utensilien für die freiwillige Feuerwehr in Rudolfsheim und beantragt, behufs Verbesserung des Signalisierungswesens bei obiger Feuerwehr die Anschaffung der im vorgelegten Kostenanschlage angeführten Apparate und Utensilien mit dem Betrage von 1047 fl. 75 kr. zu genehmigen; die Anschaffung der Utensilien hat durch das städtische Feuerwehr-Commando im currenten Wege zu geschehen. Bei Rubrik XX 7 des Budget-Entwurfes pro 1894 wäre ein Betrag in obiger Höhe sicherzustellen.

(Angenommen.)

(9119.) **Derselbe** referiert über die Übertragung der Lieferung der Schmier-, Fuß- und Dichtungsmaterialien für die Dampffessel-Anlagen im Rathhause und beantragt, die Lieferung der für den Betrieb der Dampffessel im Rathhause in der Zeit vom 1. October 1893 bis 30. September 1895 erforderlichen Schmier-, Fuß- und Dichtungsmaterialien im Jahresbedarfe von 50 kg Unschlitt zu 80 kr. per Kilogramm, 5 kg pulverisierter Naxoschmirgel Nr. 0000 per 27 kr. für 1 kg, 100 kg pulverisiertes Bleiminium zu 33 fl. 75 kr. per 100 kg, 50 kg feinstes österreichisches Terpentinöl zu 45 fl. per 100 kg, 10 kg absoluter Alkohol zu 1 fl. 17 kr. per Kilogramm, welche Lieferung zufolge Stadtraths-Beschlusses vom 4. August 1892, Z. 4708, der Firma Strubecker & Holluber übertragen worden war, der Firma „Strubecker & Hollubers Nachfolger Karl Ropp“ gegen Einhaltung der allgemeinen und speciellen Lieferungsbedingungen zu übertragen und die frühere Firma aus ihrer Vertragsverpflichtung zu entlassen.

(Angenommen.)

(8902.) **Derselbe** referiert über die Schlussrechnung über die Renovierungsarbeiten im Schlachthause zu Rusdorf, und beantragt die Genehmigung der Überschreitung der für die Renovierungsarbeiten im Rusdorfer Schlachthause genehmigten Kosten im Betrage von 684 fl. 84 kr. und die Bewilligung eines Zuschusscredits zur Rubrik XXX 6 b per 1250 fl.

(Angenommen.)

(8763.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Johann Schieller um Überlassung der Zelle 35 in der Markthalle in der Jedliggasse gegen einen ermäßigten Zins und beantragt, diese Zelle dem Gesuchsteller um eine tägliche Gebühr von 18 kr. zu übertragen.

St.-R. Boschan beantragt die Abweisung.

Der Referenten-Antrag wird abgelehnt.

(8621.) **Derselbe** referiert über den Recurs der Josefa Panfratz wegen Verkauf von Wildbret an den Vortagen eines jeden Sonn- und Feiertages auf dem Fünfhäuser Markte Schönbrunnerstraße und beantragt die Abweisung des Recurses.

(Angenommen.)

(8570.) **St.-R. Schlechter** referiert über das Ansuchen des Leiters des VIII. städtischen Waisenhauses um Remuneration und die Bezüge der sechs barmherzigen Schwestern dieser Anstalt.

Referent beantragt:

1. Das Ansuchen des Josef Steininger um Zuerkennung einer fixen fortlaufenden Remuneration von monatlich 15 bis 20 fl. vom 1. November 1892 an auf die Dauer seiner Function als Leiter des VIII. städtischen Waisenhauses mit Rücksicht auf den Wortlaut seines Bestellungsdecretes, respective mit Rücksicht auf den Stadtraths-Beschluss vom 6. Juli 1892, Z. 3841, um kein Präjudiz zu schaffen, abzulehnen.

2. Aus Billigkeitsrücksichten sei dem Genannten als Entschädigung seiner Mühe und des Zeitverlustes für die bisherige Dauer seiner Function eine einmalige Remuneration von 240 fl. zu erteilen.

3. Das Anbot der für die Wirtschaftsführung im VIII. städtischen Waisenhause bestellten barmherzigen Schwestern vom 1. Jänner 1894 angefangen mit dem jährlichen Bezuge von 108 fl. für die Ober- und die mit dem Industrie-Unterrichte betraute Schwester und mit dem Jahresbezuge von 84 fl. für die übrigen vier Schwestern nebst Quartier und Kost in der Anstalt sei anzunehmen.

St.-R. Lederer beantragt eine Remuneration von 200 fl. für den Leiter; weiters sei die Herabminderung der Bezüge der barmherzigen Schwestern dankend zur Kenntnis zu nehmen.

St.-R. Boschan beantragt, dem Leiter des Waisenhauses ein Wagenpauschale per 100 fl. für gehabte Auslagen zuzuerkennen.

St.-R. Schneiderhan beantragt für jede Schwester einen Betrag von jährlich 100 fl.

Es wird beschlossen, das Anerbieten der barmherzigen Schwestern dankend zur Kenntnis zu nehmen und dem Leiter des VIII. städtischen Waisenhauses Josef Steininger eine einmalige Remuneration von 200 fl. zuzuerkennen. (Der Betrag ist auf Rubrik III mit 16 fl. bedekt.)

(8822.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Edmund Bachmann, Ch. Mörzinger, Cabos und Alois Schweinburg wegen Zuweisung des käuflich erworbenen Wasserbezugsrechtes aus der Kaiser Ferdinands-Wasserleitung auf der parcellierten Realität Nr. 88, Gumpendorferstraße und beantragt: Es sei das Gesuch von Mörzinger, Cabos und Consorten, sowie jenes von Bachmann um Zuweisung des seinerzeit von dem Besitzvorgänger käuflich erworbenen Wasserbezuges abzuweisen und an die Eigenthümer der vier Baustellen, nämlich Eduard Bachmann Einl.-Z. 306, Eduard Gabriel Einl.-Z. 1190, Mörzinger, Cabos und Consorten Einl.-Z. 1191, Hugo Specht Einl.-Z. 1192, die Verständigung zu erlassen, daß das Stadtbauamt unpräjudicial zur Wiedereröffnung des abgesperrten Wasserzuflusses auf der Baustelle Einl.-Z. 306 für den Fall und dann beauftragt werden wird, wenn die sämtlichen genannten Eigenthümer der erwähnten, aus der bestandenen Realität C.-Nr. 368 Gumpendorf, Einl.-Z. 306, entstandenen Baustellen im Grunde des § 5 der Bedingungen für die Abgabe von Wasser aus der Kaiser Ferdinands-Wasserleitung beim Magistrate die eingetretene Besitzveränderung angezeigt und die Erklärung abgegeben haben, daß sie sich diesen Bedingungen unterwerfen.

(Angenommen.)

(7792.) **Derselbe** referiert über die Gesuche des Oerauffsehrs, der Aufseher und Aufsehergehilfen der Wasserleitung im Bereiche der Reservoirs und des Rohrnetzes um einen Theuerungsbeitrag, und beantragt die Ablehnung.

(Angenommen.)

(9077.) **St.-R. Dr. Vogler** referiert über die Vergabung der Demolierung von Theilen der städtischen Häuser Nr. 2 und 4 Rudolfs-gasse, Ober-St. Veit, und beantragt:

1. Die vorgelegte Vorschrift für die Hintangabe der Demolierung von Theilen der städtischen Häuser Dr.-Nr. 2 und 4 Rudolfs-gasse in Ober-St. Veit, XIII. Bezirk, zu genehmigen;

2. die Vergebung der Demolierungsarbeiten hat im Wege einer beschränkten Offertverhandlung stattzufinden.

St.-R. Dr. Lueger beantragt die Ausschreibung einer unbeschränkten Offertverhandlung.

Der Antrag des St.-R. Dr. Lueger wird abgelehnt, der Referenten-Antrag angenommen.

(8216.) **Derfelbe** referiert über die Errichtung eines Turnurses für Lehrerinnen am städtischen Pädagogium und beantragt, es werde nach dem Antrage des Pädagogiumsdirectors vom 15. Mai 1893 die Errichtung eines Turnurses für Lehrerinnen am städtischen Pädagogium genehmigt. Der für das Schuljahr 1893/94 entfallende Betrag des Erfordernisses per 184 fl. ist in den Hauptvoranschlag pro 1894 einzustellen. (Angenommen.)

(8382.) **Derfelbe** referiert über Gesuche um Verleihung der Zuständigkeit aus dem VII. Bezirke und beantragt die Gesuchsgewährung für Nachbenannte:

Zemek Eduard, Geschäftsdiener;  
Ingrisch Wenzel, Bediensteter im Deutschen Volkstheater;  
Bursch Josef, k. und k. Hofkutscher;  
Puschek Marie, Köchin;  
Chalabala Josef, Leistenschneider;  
Stricker Jakob, Gastwirt;  
Karpfuss Heinrich Alexander, Oberingenieur der Generaldirection der Staatsbahnen;  
Bavruschek Josef, Rammachergehilfe;  
Abend Franz Friedrich, Buchhalter;  
Schuster Johann, Gemischtwaren-Verschleißer;  
Rudera Josef, Schneidergehilfe;  
Hillijsch Hugo, Hausbesorger;  
Krausler Anton, Vogelhändler;  
Polatschek Josef, Schneidergehilfe;  
Madle Adalbert Georg, k. und k. Thorwart.

(Angenommen.)

(8453.) **Derfelbe** referiert über Gesuche um Aufnahme in den Gemeindeverband aus dem VII. Bezirke und beantragt die Gesuchsgewährung für Nachbenannte:

Meizner Josef, Diener;  
Loubek Franz, Geschäftsdiener;  
Roch Elisabeth, Handarbeiterin;  
Wyslouzil Vincenz, Sattler;  
Weber Wenzel, Strohhutappreteurgehilfe;  
Hartmann Johann, k. k. Feilbläcker;  
Schweinberger Matthias, Puzer und Färber;  
Papst Johann, Gemischtwaren-Verschleißer;  
Neweceral Wenzel, Riemermeister;  
Kroulik Franz, Appreteurgehilfe. (Angenommen.)

(8809.) **Derfelbe** referiert über Gesuche um Verleihung des Bürgerrechtes aus dem VII. Bezirke und beantragt, dem Karl Fröhlich, Metallpreßer, das Bürgerrecht zu verleihen.

(Angenommen.)

(8848, 8854, 8912, 8998, 9137.) **Derfelbe** referiert über die Eröffnung und Auflassung von Parallellassen an Schulen im I., II., IV., VIII. und XIX. Bezirke und beantragt die Kenntnisnahme.

(Angenommen.)

(8713.) **Vize-Bürgermeister Dr. Richter** referiert über Besetzungen im Stadtbauamte und beantragt, die Baupraktikanten:

Ziegelheim Adolf;  
Ruttscha Wilhelm;

Langer Richard;

Melchar Emanuel, und

Schneider Johann zu Ingenieur-Adjuncten in der X. Rangklasse, 2. Kategorie, zu ernennen. (Angenommen.)

(8994.) **Derfelbe** referiert über die Pensionierung des Verwalters im Gumpendorfer Schlachthause Julius Schreiber und beantragt die Veretzung desselben in den bleibenden Ruhestand unter Anweisung des vollen Actiugehaltes per 1700 fl. und der Hälfte des rangmäßigen Quartiergehaltes, d. i. 250 fl. (und zwar letzteres vom Tage der constatirten Räumung der Naturalwohnung), als jährlichen Ruhegenuss. (Angenommen.)

(7947.) **Derfelbe** referiert über die Pensionierung des Marktcommissärs Franz Grub und beantragt die Veretzung desselben in den bleibenden Ruhestand und die Anweisung eines jährlichen Ruhegenusses von 1500 fl., d. i. 100 Percent seines letzten Activitätsgehaltes, und die Hälfte des Quartiergehaltes, d. i. 200 fl., bei gnadenweiser Einrechnung der provisorischen und Militärdienstzeit, sowie der Dienstzeit bei der k. k. Sicherheitswache.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(9331, 9324.) **St.-R. Mahenauer** referiert in Betreff der Vergebung des Aufziehens und der Instandhaltung der öffentlichen Uhren, sowie der Besorgung des Gebetläutens und beantragt:

a) Das Aufziehen und die Instandhaltung der von der Gemeinde erhaltenen öffentlichen Uhren vom 1. Jänner 1894 bis 31. December 1896 in folgender Weise zu vergeben:

1. Alle Uhren in den Bezirken I bis X einschließlich der Uhr am Rathhause, jedoch mit Ausnahme derjenigen in den beiden Wetterhäuschen im Stadtparke und Rathhausparke, dem Michael Kronberger, III., Fasngasse 8, um ein Jahrespauschale von 1200 fl.;
2. die Uhr an der Pfarrkirche in Unter-Weidling an Karl Rauch, XII., Weidling, Pfarrgasse 1, um ein Jahrespauschale von 60 fl.;
3. der Uhren an den Pfarrkirchen des XIII. Bezirkes in Ober-St. Veit, Hütteldorf, Baumgarten, Penzing, Siebing und Lainz an Karl Michinger, Ober-St. Veit, Theresiengasse 12, um 300 fl.;
4. die Uhren an den Pfarrkirchen in Rudolfsheim, Ottakring, Hernals, Währing, Weinhaus, an den Gemeindefäusern in Ottakring, Hernals, Währing und an der Schule im XVI. Bezirke, Hauptstraße 158, an Franz Kronberger jun., XVI., Brunnengasse 65, um 438 fl. Jahrespauschale;
5. die Uhren an der Kirche und am Gemeindefaule in Döbling an Ferdinand Koch, XIX., Ober-Döbling, Hauptstraße 33, um ein Jahrespauschale von 150 fl.;
6. die Uhren an den Pfarrkirchen in Grinzing, Heiligenstadt, Rusdorf und Rahlenbergerdorf an Josef Moje, XIX., Rusdorf, Hauptstraße 47, um ein Jahrespauschale von 280 fl.;
7. das Aufziehen der Uhr an der Pfarrkirche in Altmannsdorf wird gegen vierzehntägige Kündigung dem Pfarrmessner daselbst Josef Rozel um einen jährlichen Betrag von 20 fl. übertragen;
8. der im Budget-Entwurfe pro 1894 nicht bedeckte Mehrbetrag von circa 300 fl. ist durch entsprechende Erhöhung der präliminirten Post Gruppe XIII, Rubrik LI 1, pro 1894 sicherzustellen;
9. bezüglich der Uhr an der Kapelle in Dornbach hat der Magistrat noch Verhandlungen zu pflegen, eventuell die Vergebung im eigenen Wirkungskreise vorzunehmen.

b) Die vorläufige Weiterbesorgung des 11-Uhr-Läutens, beziehungsweise Gebetläutens und Uhraufziehens pro 1894 wie bisher, und



zwar das Gebetläuten in Baumgarten (dreimal täglich) dem Mesner daselbst Michael Scharinger gegen eine Entlohnung von 15 fr. täglich, d. i. pro Jahr 54 fl. 75 kr., das Gebetläuten (dreimal täglich) in Simmering und das Uhraufziehen, für welches letzteres sich bei der Offertverhandlung kein anderer Offerent gefunden hat, dem Hausbesorger im Simmeringer Armenhause Hermann Schrafl um ein Jahrespauschale von 59 fl. 60 kr., das 11-Uhr-Läuten, sowie das Uhraufziehen in Neustift a. W. (kein Offerent) dem Mesner daselbst Johann Dswald gegen ein Jahrespauschale von 18 fl., das 11-Uhr-Läuten in Sievering und das Uhraufziehen daselbst dem Mesner Josef Kostowal um ein Jahrespauschale von 68 fl.

(Angenommen.)

(9242.) **St.-R. Noske** referiert über das Offertverhandlungsergebnis für die Sicherstellung der Zimmerputzarbeiten in den städtischen Ämtern der Bezirke I bis X und XII bis XIX und beantragt, die Zimmerputzarbeiten für obige Localitäten vom 1. Jänner 1894 auf die Dauer von drei Jahren in nachstehender Weise zu vergeben:

1. Die Arbeiten im I. Bezirke dem Gustav Bauer, VIII., Tulpengasse 3, gegen eine Entlohnung von 30 fr. per 100 m<sup>2</sup> Fußbodenfläche für das einmalige Bürsten und Einlassen;

2. die Arbeiten im II., III., IV. und IX. Bezirke dem Jakob Weilguny, IX., Garnisonsgasse 11, gegen eine Entlohnung von 40 fr. per 100 m<sup>2</sup> für das einmalige Bürsten und Einlassen;

3. die Arbeiten im V., VI., VII., VIII. und X. Bezirke dem Franz Franke, XVI., Neulerchenfeld, Hauptstraße 16, gegen eine Entlohnung von 40 fr. per 100 m<sup>2</sup> für das einmalige Bürsten und Einlassen;

4. die Arbeiten im XII., XIII. und XVI. Bezirke dem Johann Ertl, VII., Schottenfeldgasse 60, und dem Anton Braunsteiner, IV., Taubstummengasse 2, gegen eine Entlohnung von 45 fr. per 100 m<sup>2</sup> für das einmalige Bürsten und Einlassen;

5. die Arbeiten im XIV. und XV. Bezirke dem Franz Lang, XIV., Goldschlagstraße 76, gegen eine Entlohnung von 50 fr. per 100 m<sup>2</sup> für das einmalige Bürsten und Einlassen;

6. die Arbeiten im XVII., XVIII. und XIX. Bezirke dem Josef Wachmiller, VIII., Albrechtplatz 1, gegen eine Entlohnung von 45 fr. per 100 m<sup>2</sup> für das einmalige Bürsten und Einlassen.

(Angenommen.)

(Schluß der Sitzung)

## Allgemeine Nachrichten.

(Gemeindeumlagen.) Infolge Gemeinderaths-Bechlusses vom 28. December 1893 werden für das Verwaltungsjahr 1894 nachstehende Gemeindeumlagen eingehoben werden:

1. Die Zinskreuzer im Ausmaße von 4<sup>3</sup>/<sub>4</sub> fr. vom Mietzinsgulden;

2. der städtische Zuschlag von 21 Percent zur l. f. Hauszinssteuer;

3. der städtische Zuschlag von 21 Percent zur l. f. Hausclassensteuer;

4. der städtische Zuschlag von 21 Percent zur 5percentigen Steuer hauszinssteuerfreier Gebäude;

5. der städtische Zuschlag von 21 Percent zur l. f. Grundsteuer;

6. der städtische Zuschlag von 21 Percent zur l. f. Erwerbsteuer sammt Staatszuschlägen;

7. der städtische Zuschlag von 21 Percent zur l. f. Einkommensteuer sammt Staatszuschlägen;

8. der städtische Zuschlag zur l. f. Verzehrungssteuer und zwar:

a) im Ausmaße von 30 Percent für sämtliche Artikel des Verzehrungssteuer-Tarifes mit Ausnahme des Bieres,

b) im Ausmaße von 100 Percent für Bier (Landesgesetz vom 19. December 1891, L.-G.-Bl. Nr. 58);

9. die communale Abgabe für gebrannte geistige Flüssigkeiten (Landesgesetz vom 19. December 1891, L.-G.-Bl. Nr. 59);

10. die Schulumlage im Ausmaße von 4<sup>1</sup>/<sub>2</sub> fr. vom Zinsgulden;

11. die Einquartierungsumlage im Ausmaße wie im Vorjahre von <sup>1</sup>/<sub>10</sub> fr. vom Zinsgulden;

12. die Vorpannsumlage im bisherigen Betrage von 15 fr. für jedes Pferd.

\* \* \*

### Wiener Communal-Sparcassa im Bezirke Hernals.

December 1893.

Stand der Einlagen am 30. November 1893 5,177.479 fl. 48 kr.

Einlagen . . . . . 237.772 fl. 26 fr. von 1312 Parteien

Capitalisierte Zinsen . . 88.245 „ 50 „

Rückgezahlt . . . . . 365.499 „ 13 „ an 1446 „

Stand der Einlagen am 31. December 1893 5,137.998 fl. 11 fr.

Stand der Hypothekar-Darlehen . . . . . 3,565.691 fl. 36 fr.

\* \* \*

### Wiener Communal-Sparcassa im Bezirke Währing.

December 1893.

Einlagen . . . . . 193.755 fl. 25 fr. von 1109 Parteien

Rückgezahlt . . . . . 298.418 „ 81 „ an 1304 „

Das Gesamt-Interessenten-Guthaben beträgt mit Zuschreibung der halbjährigen Zinsen . . . 6,269.478 fl. 72 fr

\* \* \*

### Wiener Communal-Sparcassa im Bezirke Döbling.

December 1893.

Eingelegt wurden von 328 Parteien . 82.796 fl. 61 fr.

Behoben wurden von 367 Parteien . 101.438 fl. 61 fr.

Es ergibt sich daher ein Minus von . 18.642 fl. — fr.

Abgerechnet vom Stande pro 30. November 1893 per . . . . . 1,383.885 fl. 35 fr.

verbleibt mit Ende December 1893 bei

offenen Conti ein Stand der Einlagen von 1,365.243 fl. 35 fr.

Hiezu die capitalisierten Zinsen . . . 23.568 fl. 84 fr.

Gesamtstand . 1,388.811 fl. 84 fr.

Stand der Hypothekar-Darlehen . . . 781.414 fl. 40 fr.

\* \* \*

**Anlehen der Stadt Wien vom Jahre 1867.**

Verzeichnis der am 2. Jänner 1894 gezogenen und am 2. Juli 1894 zur Einlösung kommenden Obligationen des Communal-Anlehens per 25 Millionen Gulden.

à 1000 fl.	Nr.	234	376	502	503	556	789	797	859	880	1003	1114
1222	1259	1288	1382	1454	1500	1845	1847	1869	2062	2160	2179	2222
2460	2567	2591	2630	2698	2807	2921	2951	3016	3144	3201	3336	3370
3536	3731	3768	3864	3904	4070	4076	4112	4276	4385	4505	4509	4576
4629	4650	4790	4829	4950	5032	5122	5172	5189	5272	5374	5431	5477
5511	5549	5553	5663	6053	6220	6513	6567	6596	6739	6790	6812	6916
6949	7094	7421	7531	7575	7608	7664	7666	7809	7839	7845	7918	7955
7974	8119	8124	8233	8410	8475	8477	8481	8520	8528	8537	8543	8587
9120	9175	9464	9548	9591	9647	9699	9716	9721	9823	9880	10086	10313
10335	10404	10418	10434	10499	10543	10556	10676	10709	10845	10849		
10858	10906	10923	11072	11152	11266	11384	11433	11784	11910	12203		
12274	12298	12351	12393	12461	12486	12581	12680	12831	12837	13149		
13537	13703	13765	13892	13907	14070	14109	14348	14410	14466	14511		
14512	14522	14570	14671	14689	14938	14971	15000	15162	15189	15398		
15426	15434	15456	15566	15618	15756	15815	15823	15985	16012	16034		
16320	16414	16450	16463	16542	16632	16670	16781	16798	16972	17007		
17059	17066	17112	17160	17174	17290	17592	17593	17716	17991	18035		
18040	18277	18298	18306	18449	18700	18745	18899	19186	19216	19250		
19297	19312	19409	19462	19483	19491	19611	19649	19662	19699	19801		
19818	19881	19934	19973	20071	20115	20233	20234	20316	20470	20625		
20649	20743	20973	20987	21150	21322	21469	21512	21540	21632	21881		
21884	21906	22045	22460	22489	22514	22546	22620					

à 100 fl.	Nr.	76	100	106	169	520	651	668	847	934	1067	1225	1232
1236	1287	1299	1340	1341	1621	1858	1908	1957	1997	2025	2076	2327	
2334	2380	2406	2344	2868	3069	3133	3154	3333	3467	3636	3690	4121	
4374	4378	4533	4599	4605	4653	4687	4732	4759	4839	4842	4950	5374	
5556	5566	5569	5620	5654	5664	5678	5747	5848	6190	6242	6272	6359	
6392	6525	6657	6738	6748	6878	7166	7173	7200	7231	7393	7432	7517	
7521	5786	7738	8119	8153	8204	8207	8300	8498	8747	8803	8825	8906	
8909	9031	9105	9114	9121	9406	9409	9438	9446	9469	9594	9852	9865	
10317	10485	10550	10722	10746	10792	10923	10987	10993	11151	11165			
11167	11323	11349	11431	11482	11529	11672	11688	11823	12048	12050			
12226	12243	12358	12398	12456	12497	12574	12712	12759	12774	12841			
12842	12858	12882	12940	13139	13255	13279	13397	13443	13498	13640			
13645	13660	13771	13907	13934	13958	14134	14163	14232	14253	14290			
14380	14615	14633	14823	15013	15039	15129	15143	15280	15295	15414			
15532	15616	15695	15811	15861	15885	15994	16083	16220	16222	16288			
16366	16560	16566	16584	16720	16846	16862	17031	17328	17469	17488			
17586	17597	17623	17649	17852	17853	17951	17959	18190	18244	18337			
18475	18561	18555	18767	18777	18880	18916	19044	19408	19488	19496			
19624	19714	19922	20093	20109	20222	20257	20290	20470	20477	20574			
20630	20744	20768	20897	20915	20944	21031	21331	21343	21383	21413			
21496	21602	21639	21662	21673	21715	21754	21885	22025	22140	22278			
22335	22346	22364	22391	22497	22638	22746	22776	22935	22996	23214			
23259	23430	23450											

Die Verzinsung dieser Obligationen hört mit 30. Juni 1894 auf. Die Coupons der gezogenen Obligationen werden zwar fortan ausbezahlt, jedoch wird der Betrag bei der Einlösung derselben in Abzug gebracht.

Verzeichnis jener Obligationen des 25 Millionen-Anlehens ex 1867, welche bis Ende December 1893 nicht zur Einlösung beigebracht worden sind:

à 1000 fl.	Nr.	103	230	321	1294	1830	1889	2552	2804	2883	3015	3102
3254	3342	3811	3846	4210	4761	4939	4960	5143	5216	5251	5725	5841
6178	6306	6312	6395	6536	6539	6630	6781	6890	6915	6917	6972	7232
7424	7430	7439	7454	7459	7467	7488	7519	7917	8074	8270	8400	8493
8553	8940	8965	9108	9134	9160	9286	9288	9498	9502	9505	9898	9934
9997	10156	10891	11132	11332	11339	11485	11801	11965	12269	12285		
12360	13363	13378	13389	13500	13551	13560	13757	13795	13883	14067		
14105	14141	14202	14692	15119	15668	16010	16532	16594	16667	16743		
16980	17781	17784	17791	17796	17800	17869	18005	18075	18084	18123		
18226	18294	18708	18869	19223	19229	19308	19482	19561	19685	19890		
20076	20077	20079	20080	20268	20723	21082	21370	21442	22183	22381		
22416	22418											

à 100 fl.	Nr.	77	84	119	167	195	261	270	279	326	336	360	421	549	553
636	682	741	777	824	1147	1169	1302	1420	1423	1428	1556	1596	1602		
1718	1729	1746	1814	1855	1862	1871	1901	1903	1921	2028	2172	2244			
2263	2290	2303	2416	2502	2543	2545	2596	2656	2672	2719	2772	2882			
2917	2954	3213	3224	3259	3359	3408	3589	3611	3789	3791	3817	3944			
4055	4063	4071	4161	4254	4268	4448	4498	4594	4610	4644	4695	4722			
4910	4912	4922	4969	4971	5010	5064	5151	5203	5231	5237	5300	5356			
5512	5606	5700	5765	5785	6036	6077	6083	6148	6325	6444	6693	6723			
6726	6892	6898	6972	6992	7031	7083	7096	7190	7267	7315	7332	7473			
7476	7481	7497	7500	7542	7571	7573	7631	7644	7707	7788	7789	7792			
7793	7794	7834	7950	8167	8261	8280	8535	8581	8603	8614	8670	8673			
8712	8721	8736	8957	8964	8991	8992	8995	9115	9197	9218	9371	9374			
9379	9391	9428	9448	9646	9683	9686	9687	9689	9707	9767	9856	9862			
9968	10017	10131	10392	10431	10434	10443	10473	10510	10533	10582					
10586	10623	10642	10706	10731	10760	10964	10980	10984	10997	11096					
11273	11276	11279	11304	11376	11417	11450	11471	11474	11475	11527					
11569	11668	11671	11699	11708	11709	11720	11892	11943	12063	12069					
12100	12170	12171	12207	12400	12420	12422	12427	12454	12465	12518					

12584	12653	12705	12707	12708	12724	12750	12762	12768	12784	12896
12947	12979	13129	13145	13178	13225	13240	13285	13331	13486	13504
13589	13590	13593	13599	13670	13700	13710	13785	13744	13751	14225
14383	14425	14819	14843	14948	15019	15100	15211	15476	15493	15899
15981	16096	16097	16311	16447	16457	16487	16651	16657	16809	16817
16947	16997	17047	17055	17065	17085	17262	17426	17473	17588	17554
17592	17595	17960	18188	18399	18409	18568	18635	18672	18701	19028
19034	19114	19141	19189	19281	19433	19470	19471	19473	19480	19505
19564	19727	19764	20336	20346	20503	20641	20798	20862	20871	20872
20873	20898	20987	21009	21045	21074	21081	21099	21102	21108	21150
21162	21371	21589	21764	22100	22321	22416	22452	22503	22545	22565
22568	22709	22744	22731	22795	22925	23050	23067	23106	23244	23265
23315	23349	23364	23508	23519	23522					

\* \* \*

**Silber-, beziehungsweise Gold-Anlehen der Stadt Wien vom Jahre 1874.**

Verzeichnis der am 2. Jänner 1894 ausgelosten und am 2. Juli 1894 zur Einlösung kommenden Obligationen des Silber-, beziehungsweise Gold-Anlehens der Stadt Wien vom Jahre 1874 per 10 Millionen Gulden.

	à 1000 fl.	91r.	134	192	271	517	520	530	562	657	703	763	990	998
1269	1280	1378	1410	1475	1524	1617	1633	1894	1948	2234	2709	2726		
2904	3028	3085	3102	3117	3259	3447	3453	3529	3575	3631	3684	3706		
3750	3776	3845	3878	3953	4044	4057	4184	4329	4343	4522	4526	4615		
4649	4760	4791	4834	5593	5819	5906	5915	5925	5962	6002	6194	6262		
6456	6487	6544	6764	6826	6828	6859	7107	7327	7415	7607	7616	7630		
7834	7888	7891	7989	8115	8155	8206	8291	8390	8432	8495	8627	8628		
8771	8803	8861	8967	8987	9100	9161	9310	9373	9523	9609	9709	9833		
9836	9865	9906.												

113	122	126	127	129	135	144	145	156	173	175	195	204	226	227	238	245
248	250	254	258	261	268	288	292	295	297	302	324	327	329	330	346	358
363	369	372	395	398	399	407	425	432	446	447	448	454	461	463	473	475
478	484	491	499	516	524	532	533	548	554	559	562	571	575	578	579	597
603	608	624	627	629	631	649	650	651	660	670	681	688	690	694	702	710
732	733	742	747	752	754	767	804	805	815	826	831	835	837	844	869	870
875	901	925	952	956	963	965	977	978	984	988	996	998	1003	1006	1007	
1010	1029	1034	1043	1051	1063	1074	1077	1089	1094	1110	1111	1114				
1121	1148	1149	1157	1163	1183	1222	1237	1258	1263	1291	1304	1310				
1321	1323	1325	1341	1345	1351	1352	1353	1363	1364	1375	1383	1387				
1391	1392	1417	1418	1424	1447	1449	1450	1469	1473	1479	1484	1498				
1503	1508	1520	1536	1557	1558	1562	1595	1597	1606	1608	1611	1612				
1613	1622	1624	1632	1636	1637	1657	1672	1674	1677	1682	1685	1697				
1698	1709	1710	1713	1719	1722	1739	1740	1742	1750	1751	1757	1760				
1766	1788	1797	1798	1834	1841	1843	1848	1851	1880	1881	1890	1906				
1914	1928	1934	1950	1957	1961	1964	1965	1973	1982	1991	1994	2011				
2014	2031	2041	2043	2047	2068	2071	2082	2104	2110	2111	2115	2120				
2128	2130	2144	2152	2160	2164	2181	2190	2195	2202	2207	2213	2222				
2228	2229	2232	2235	2236	2239	2246	2247	2266	2268	2271	2300	2309				
2317	2319	2320	2324	2331	2335	2345	2346	2349	2356	2363	2369	2377				
2379	2388	2389	2399	2413	2439	2452	2460	2463	2487	2493	2497	2508				
2510	2535	2547	2562	2566	2573	2575	2576	2580	2600	2602	2612	2617				
2621	2622	2631	2640	2660	2666	2669	2670	2672	2682	2689	2697	2698				
2705	2707	2709	2720	2721	2725	2727	2732	2735	2737	2760	2768	2770				
2774	2781	2790	2808	2815	2822	2838	2839	2840	2849	2856	2861	2878				
2880	2893	2904	2910	2925	2945	2953	2968	2979	2980	2982	2991	2994				

\* \* \*

### Tanz- und Musik-Zympostgebühren pro 1894.

Der Wiener Magistrat hat zur M.-Z. 175681 Nachstehendes kundgemacht:

Nach den bestehenden Verordnungen wird der Tanz- und Musik-Zympost in dem Verwaltungsjahre 1894 in folgenden drei Abstufungen abgenommen werden:

#### I. Abstufig.

Siebzehn  $\frac{1}{2}$  Kreuzer österr. Währung für jeden Musizierenden. Dieser Gebühr unterliegen Wirte und Gastgeber bei gewöhnlichen Tanzunterhaltungen.

#### II. Abstufig.

Sechszwanzig  $\frac{1}{2}$  Kreuzer für jeden Musizierenden. Diese Gebühr haben Privatpersonen zu entrichten, wenn sie in ihren Wohnungen Tanzunterhaltungen unentgeltlich geben.

#### III. Abstufig.

Neunundsiebzig Kreuzer für jeden Musizierenden. Dieser Gebühr unterliegen:

- alle Wirte und Gastgeber, wenn sie außergewöhnliche Tanz- oder Musikunterhaltungen gegen Bezahlung eines bestimmten Eintrittsgeldes geben;
- alle Privatpersonen, wenn dieselben in ihren Wohnungen Tanzunterhaltungen gegen Bezahlung abhalten;
- Unternehmer von Glücksspielen, Theaterunterhaltungen und anderen mit Musik verbundenen Belustigungen, wenn die Gäste bei dergleichen Unterhaltungen bestimmte Beiträge leisten.

Die Parteien, welche eine der Entrichtung des Tanz- und Musik-Zympostes unterliegende Musikunterhaltung geben wollen, haben davon im I., VIII. und IX. Bezirke bei der städtischen Hauptcassa im Rathhause, in den übrigen Bezirken aber in der städtischen Hauptcassa-Abtheilung des Bezirksamtes die Meldung zu machen, woselbst ihnen die tarifmäßige Gebühr bemessen und bekanntgegeben wird, und wo dieselbe sogleich auch gegen Aus-

händigung einer Juxta-Quittung bar zu berichtigen ist, indem die k. k. Bezirks-Polizei-Commissariate nur gegen Vorweisung dieser Juxta-Quittung die daselbst anzufuchende Bewilligung ausfertigen werden.

Auf die Bevortheilung des Gefalles ist durch die bestehenden Verordnungen der Erlag des fünffachen Betrages der dem Gefälle entgangenen Gebühr als Strafe festgesetzt.

Übrigens ist es den Parteien unbenommen, um Pauschalierung der Tanz- und Musik-Zympostgebühr einzuschreiten, und sind derlei Gesuche im Einreichungsprotokolle des Magistrates zu überreichen.

## Schulnachrichten.

### Bezirksschulrath der Stadt Wien.

Auszug aus dem Sitzungs-Protokolle der Vollversammlung des Bezirksschulrathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom 20. December 1893.

Einem Lehrer wird für die provisorische Leitung einer Schule die belobende Anerkennung ausgesprochen.

Ein Gesuch um Concession zu einer Privat-Zither Schule wird dem k. k. niederösterreichischen Landes Schulrath mit dem Antrage auf Gewährung vorgelegt.

Das Gesuch einer Bürgerschullehrerswitwe um Verleihung einer gnadenweisen Pension wird mit dem Antrage auf Bewilligung an den Wiener Stadtrath geleitet.

Das Gesuch einer Volksschullehrerswitwe um Anweisung ihrer Witwenpension wird mit den näheren Anträgen an den k. k. niederösterreichischen Landes Schulrath geleitet.

Der Wiener Magistrat wird ersucht, einer Volksschullehrerswitwe die Abfertigung, das Sterbequartal und die Quartiergelbrate flüssig zu machen.

Der Vorstellung eines Oberlehrers wird insofern Folge gegeben, als ihm eine höhere Ergänzungszulage für die Zeit bis zu seiner Ernennung zum Oberlehrer zuerkannt wird.

Einem Volksschullehrer wird die zweite Dienstalterszulage zuerkannt.

Über Ansuchen der Ortschulräthe im IX. und XIX. Bezirke wird behufs Vornahme einer gründlichen Reinigung der Schullocalitäten die beabsichtigte Freigabe des Samstag den 23. December 1893 genehmigt und unter einem gestattet, daß Samstag der 23. December 1893 zum Behufe der gründlichen Reinigung der Schullocalitäten als Ferialtag erklärt werden kann.

Der Bezirksschulrath beschließt, vom k. k. niederösterreichischen Landes Schulrath die Ermächtigung zu erbitten, daß die Remunerationen für die an anderen Schulen erteilten Unterrichtsstunden bis zur endgiltigen Austragung dieser Angelegenheit auch noch weiterhin auf der bisherigen Grundlage, jedoch vorbehaltlich einer feinerzeitigen Abrechnung auszubehalten seien.

**Approvisionnement.****Schlachtviehmarkt vom 2. Jänner 1894.****1. Auftrieb.**

Mastvieh 2698, Weidevieh —, Beinvieh 659,

Summa . 3357.

Davon — nach Racen:

Ungarische Thiere . . . 894

Galizische " . . . 337

Deutsche " . . . 2122

Büffel " . . . 4

Davon — nach Gattungen:

Ochsen . . . . . 2374

Stiere . . . . . 459

Kühe . . . . . 524

**2. Preisbewegung.**

a) Preis per 100 kg Lebendgewicht mit Percentabzug:

Ungar. Schlachttiere von 53 bis 68 fl.

(extrem . . . — " 69 " )

Galiz. Schlachttiere . . . 53 " 66 "

(extrem . . . — " — " )

Deutsche Schlachttiere " 54 " 69 "

(extrem . . . — " 69½ " )

Weidevieh . . . . . " — " — "

Stiere . . . . . " — " — "

Kühe . . . . . " — " — "

Büffel . . . . . " — " — "

Beinvieh . . . . . " — " — "

Diese Preise ermäßigen sich um den beim Handel vereinbarten Percentabzug (auf dem heutigen Markte 35 bis 45 %), welchen der Verkäufer dem Käufer als Entschädigung:

a) für den Gewichtsverlust infolge der Schlachtung;

b) für die minderwertigen Stoffe, wie: Haut, Horn, Blut, Unschlitt etc.;

c) für die wertlosen Stoffe, wie: Magen- und Darminhalt etc., zugest. ist.

b) Preis per 100 kg Lebendgewicht ohne Percentabzug:

Ochsen . . . . . von 21 bis 33 fl.

Stiere . . . . . " 23 " 32½ "

Kühe . . . . . " 21 " 32 "

Büffel . . . . . " 21 " 26 "

Beinvieh . . . . . " 17 " 20 "

Weidevieh . . . . . " — " — "

c) Preis per Stück:

Beinvieh . . . . . von 26 bis 80 fl.

Nach dem Modus auf Schlachtgewicht wurde nichts gehandelt.

Unverkauft blieben:

Ochsen . . . . . 4 Stück

Beinvieh . . . . . 4 "

Gegen den letzten Montagsmarkt wurden um 751 Stück Schlachttiere mehr aufgetrieben. Die Kauflust war infolge des schwachen Auftriebes lebhaft, daher die Preise der Primaware eine Steigerung von 1 fl., die der Mittelware um 2 fl. per 100 kg erfahren haben.

\* \* \*

**Pferdemarkt vom 29. December 1893.**

Zum Verkaufe wurden gebracht: 362 Pferde.

Preis: für Gebrauchspferde . . . . . 70—290 fl. per Stück.

" Schlachtpferde . . . . . 16—55 " " "

Der Markt war ziemlich lebhaft.

\* \* \*

**Pferdemarkt vom 2. Jänner 1894.**

Zum Verkaufe wurden gebracht: 234 Pferde.

Preis: für Gebrauchspferde . . . . . 70—250 fl. per Stück.

" " Schlachtpferde . . . . . 12—60 fl. " "

Der Markt war flau.

\* \* \*

**Vorstenviehmarkt vom 2. Jänner 1894.****1. Auftrieb**

auf dem freien Markte:

Jungschweine . . . . . 2112 Stück

Fettschweine . . . . . 5375 "

Summa . 7487 Stück

Angekauft wurden:

für Wien . . . . . 6045 Stück

für das Land . . . . . 1014 "

unverkauft blieben . . . . . 428 "

**2. Preisbewegung:**

Jungschweine . . . von 35 bis 44 fr. } per Kg. Lebendgewicht.

Fettschweine . . . " 37 " 45 " }

Der Geschäftsverkehr war lebhaft und sind die Preise der Jungschweine um 2 bis 3 fr., die der Fettschweine um 2 bis 4 fr. per Kg. gestiegen.

\* \* \*

**Stechviehmarkt vom 4. Jänner 1894.****1. Auftrieb:**

Kälber Waidner 5016, Kälber lebend 20, Lämmer Waidner 513, Lämmer lebend —, Schafe Waidner 818, Schafe lebend 4000.

**2. Preisbewegung:**

Kälber Waidner per Kg. . . . . von 34 bis 57 (60) fr.

Kälber lebend . . . " . . . . . " 30 " 45 (—) "

Lämmer Waidner " Paar von 4 bis 10 fl.

Lämmer lebend . . . " " — " — "

Schafe Waidner " Kg. . . . . von 20 bis 36 (40) fr.

Schafe lebend . . . Paar . von 10 bis 20 fl.

Schafe lebend . . . Kg. . . . . von 17 bis 22 fr.

Auf dem Jungviehmarkte wurden um 1772 Stück Kälber mehr zugeführt. Das starke Angebot drückte die Preise um 2 bis 4 fr. per Kg.

Auf dem Schafmarkte wurden um 1517 Stück Schafe mehr aufgetrieben. Die Kauflust war infolge besserer Exportverhältnisse lebhaft und sind die Preise um 1 fl. per Paar, resp. um 1 fr. per Kg. gestiegen.

Auf dem Schlachtviehmarkte wurden am 4. Jänner 1894 189 Stück Mast- und 129 Stück Beinvieh aufgetrieben.

\* \* \*

**Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 30. December 1893.****a) Getreide.**

Weizen (Qualitätsgewicht per 1 hl 77—81 kg) . von 7 fl. 40 fr. bis 8 fl. 20 fr.

Roggen ( " " " 72—75 " ) . " 6 " 10 " " 6 " 40 "

Gerste . . . . . " 6 " — " " 10 " 15 "

Hafer . . . . . " 5 " 30 " " 6 " — "

Hafer . . . . . " 6 " 70 " " 7 " 20 "

} per 100 kg

### b) Mahlproducte.

Griß . . . . .	von 12 fl. 80 fr. bis 14 fl. 25 fr.	} per 100 kg
Weizenmehl . . . . .	5 " 50 " " 14 " 25 "	
Roggenmehl . . . . .	6 " 25 " " 11 " 25 "	
Weizenkleie . . . . .	4 " 20 " " 4 " 35 "	
Roggenkleie . . . . .	4 " 80 " " 4 " 85 "	

### Städtisches Lagerhaus.

Vom 1. bis 31. December 1893.

Waren eingelagert . . . . . 180.625 Meter-Centner  
" ausgelagert . . . . . 204.500 "

Der Lagerstand betrug am 31. December 396.723 Meter-Centner im Affecuranzwerte von 3,784.290 fl. gegen 364.598 Meter-Centner im Werte von 3,246.760 fl. in der gleichen Zeit des Vorjahres; darunter waren:

60.842 Meter-Centner Weizen . . . . .	gegen 61.475
75.701 " Roggen . . . . .	30.805
125.213 " Gerste . . . . .	54.896
55.124 " Hafer . . . . .	69.483
4.759 " Mais . . . . .	59.737
11.293 " Dsaaten . . . . .	17.083
23.018 " Mehl und Kleie . . . . .	9.565
4.352 " Wein . . . . .	3.455
71 " Zucker . . . . .	2.643 und
881 Hektoliter à 100% Spiritus . . . . .	5.260 im Vorjahre.

Die durchschnittliche Tagesbewegung während des Monates December bezifferte sich auf . . . . . 16.744 Meter-Centner; es wurden 16 Lager Scheine ausgegeben und bei 3 Lager Scheinen im Versicherungswerte von . . . . . 44.100 fl. — fr. eine Lombardierung von . . . . . 31.000 " — " in die Lagerbücher vorgemerkt.

### Militär-Angelegenheiten.

(Affentierung.) Bei der vom Bürgermeister Dr. Prix vorgenommenen Ziehung jenes Buchstabens, bei welchem die Lösung der in der I. Altersklasse befindlichen, im Jahre 1873 geborenen Affentpflichtigen zu beginnen hat, wurde der Buchstabe Y gezogen.

### Sanitäts-Angelegenheiten.

#### Besuch der städt. Volksbäder im December 1893.

	männliche	weibliche
Personen		
II. Bez., Treustraße 60 — 2034, davon 1812 222 (Eröffnet August 1892.)		
III. Bez., Apostelgasse 18 — 3818, " 3509 309 (Eröffnet August 1891.)		
IV. Bez., Klagbaumgasse 4 — 1931, " 1740 191 (Eröffnet Juni 1893.)		
V. Bez., Einsiedlerplatz — 5321, " 4871 450 (Eröffnet August 1890.)		
VI. Bez., Eßterházygasse 2 — 3593, " 3103 490 (Eröffnet August 1892.)		
VII. Bez., Mondscheingasse 9 — 4502, " 3925 577 (Eröffnet December 1887.)		

	männliche	weibliche
Personen		
VIII. Bez., Florianigasse 30 — 4340, davon 3963 377 (Eröffnet August 1892.)		
IX. Bez., Wiefengasse 17 — 2184, " 1916 268 (Eröffnet August 1892.)		
X. Bez., Erlachplatz — 4459, " 4103 356 (Eröffnet August 1890.)		

\* \* \*

#### Besuch der städt. Volksbäder im Jahre 1893.

	1893.	1892.
	Männer	Frauen Männer u. Frauen
II. Bez., Treustraße 60 — 37.389, davon 28.358 9.031 5.519 (Eröffnet August 1892.)		
III. Bez., Apostelgasse 18 — 63.959, " 52.490 11.469 55.410 (Eröffnet August 1891.)		
IV. Bez., Klagbaumgasse 4 — 24.923, " 19.135 5.788 — (Eröffnet Juni 1893.)		
V. Bez., Einsiedlerplatz — 87.090, " 66.982 20.108 92.025 (Eröffnet August 1890.)		
VI. Bez., Eßterházygasse 2 — 60.389, " 47.899 12.490 9.374 (Eröffnet August 1892.)		
VII. Bez., Mondscheingasse 9 — 81.013, " 62.087 18.976 93.926 (Eröffnet December 1887.)		
VIII. Bez., Florianigasse 30 — 60.292, " 46.775 13.517 10.741 (Eröffnet August 1892.)		
IX. Bez., Wiefengasse 17 — 36.033, " 28.423 7.610 6.538 (Eröffnet August 1892.)		
X. Bez., Erlachplatz — 74.727, " 62.802 11.925 68.701 (Eröffnet August 1890.)		
Zusammen . 525.815, davon 414.901 110.914 342.234		

\* \* \*

#### Wiener Central-Friedhofs-Answeis pro 1893.

##### A. Beerdigungen vom 1. Jänner bis 31. December 1893.

a) Auf dem allgemeinen Theile des Central-Friedhofes:

im Monate Jänner . . . . .	1.554
" " Februar . . . . .	1.384
" " März . . . . .	1.745
" " April . . . . .	1.812
" " Mai . . . . .	2.003
" " Juni . . . . .	1.820
" " Juli . . . . .	1.600
" " August . . . . .	1.510
" " September . . . . .	1.288
" " October . . . . .	1.334
" " November . . . . .	1.424
" " December . . . . .	2.036
zusammen . 19.510	

##### b) In der israelitischen Abtheilung:

im Monate Jänner . . . . .	149
" " Februar . . . . .	156
" " März . . . . .	179
" " April . . . . .	164
" " Mai . . . . .	201
" " Juni . . . . .	166
" " Juli . . . . .	150
" " August . . . . .	149
" " September . . . . .	136
" " October . . . . .	190
" " November . . . . .	176
" " December . . . . .	227
zusammen . 2043	



Es wurden daher im Jahre 1893 beerdigt:

auf dem allgemeinen Theile . . . . .	19.510
in der israelitischen Abtheilung . . . . .	2.043
Summa . . . . .	21.553
gegen das Vorjahr . . . . .	22.273

somit um 720 Leichen weniger.

Von diesen (Summa a + b) wurden beerdigt:

in gemeinsamen Gräbern . . . . .	17.585
in Einzelgräbern . . . . .	3.736
in Grüften . . . . .	232

Erhumierungen wurden vorgenommen 186.

Leichentheile wurden beerdigt in 1000 Särgen auf 342 Grabstellen.

Die Infections-Leichenhalle war leer an sieben Tagen.

Bis zum Schlusse des Jahres waren von den vorhandenen Arcadengrüften folgende drei vergeben, und zwar Nr. 4, 8 und 31.

In den Ehrengräbern, d. i. in den Anlagen mit den Ruhestätten historisch berühmter Personen, wurden im Jahre 1893 bestattet: am 15. October: Bettenkofen August v. und Bauernfeld Eduard v.; am 22. October: Müller Karl Leopold (alle drei Vorgenannten am Friedhofe schon beerdigt gewesen); weiters in den für historisch denkwürdige Personen bestimmten Gräbern längs der linksseitigen Friedhofsmauer: am 25. Juli: Nipel Franz, Schriftsteller, von Steiermark (Gleichenberg) überführt.

#### B. Sonstige bemerkenswerte Vorkommnisse.

Personenfrequenz 265.091 inclusive die Tage Allerheiligen und Allerseelen, an welchen Tagen die sonst durch die Portiers vorgenommene Zählung unmöglich ist.

Anzahl der verkehrenden Wagen 52.675.

### Gewerbe-Angelegenheiten.

#### Ausweis über das Lehrlingsstellen-Nachweiseamt des Wiener Magistrates.

Vom 1. bis 31. December 1893:

Meisterranmeldungen . . . . .	20
Lehrlingsanmeldungen . . . . .	16
Vermittlungen . . . . .	2

Seit dem Bestande des Lehrlingsstellen-Nachweiseamtes (d. i. seit 2. Mai 1888):

Meisterranmeldungen . . . . .	4520
Lehrlingsanmeldungen . . . . .	5007
Vermittlungen . . . . .	2344

### Baubewegung.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Actenstücke im Baudepartement des Magistrates für den I. bis IX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

#### Gesuche um Baubewilligungen wurden überreicht:

vom 1. bis 4. Jänner 1894:

##### Für Umbauten:

XVII. Bezirk: Hernals, Ede Schulgasse 4 und Hernasser Hauptstraße 73, von Josef und Marie Dornier, Bauführer Josef Grünbeck (42052).

##### Für Zubauten:

XI. Bezirk: Geistlicher Anbau zu den bestehenden hölzernen Wagenschuppen, Simmering, Hauptstraße, II. Etablissement, Parcellen 839/2 und 844, Ertl.-Z. 286, von der Wiener Tramway-Gesellschaft, Bauführer ? (17660).  
XVI. Bezirk: Kältschmaschinen-Anlage des Brauhauses, Ottakring, Leopoldgasse 20 bis 22, von J. und F. Kuffner, Bauführer ? (53962).

##### Für Adaptierungen:

XVI. Bezirk: Haus, Neulerchenfeld, Hajnerstraße 22, von Martin Bögerl, Bauführer Franz Bod (53790).

##### Für diverse (geringere) Bauten:

IV. Bezirk: Canal-Reconstruction, Wiedner Hauptstraße 14, von Karl Hofmann, Maurermeister (9227).  
XII. Bezirk: Düngergrube-Herstellung, Gaudenzdorf, Lainzerstraße 70, von Hermann Seidl, Bauführer Wenzel Voit (35917).  
XIX. Bezirk: Häuschen, Heiligenstadt, Guroldgasse 11, von Johann und Marie Baner, Bauführer Josef Haslinger (22912).  
" " Stallgebäude, Heiligenstadt, Barawitzgasse 4, von Ignaz Tupler, Bauführer Franz Mayr (22864).

#### Gesuche um Parcellierung wurden überreicht:

XIII. Bezirk: Hading, Grundb.-Ertl. 1918, von Julius Frankl und Alfred Sachs (9238).

#### Gesuche um Bekanntgabe der Baulinie wurden überreicht:

III. Bezirk: Seidlgasse 23, von Arthur Pollak (9239).  
XII. Bezirk: Ober-Meidling, Grünberggasse 1, von der I. Allgemeinen Baugesellschaft (9228).  
XVI. Bezirk: Ottakring, Lerchenfelderstraße 52, Ecke der Leopoldgasse, von Johann und Aloisia Ruzicka (53791).

#### Demolierungsanzeigen wurden überreicht:

XIX. Bezirk: Heiligenstadt, Barawitzgasse 4, von Ignaz Tupler, Bauführer Franz Mayr (22864).

#### Gewerbebeanmeldungen vom 29. December 1893.

(Fortsetzung.)

Spitzer Simon — Gemischtwaren-Verschleiß — VIII., Alferstraße 59.  
Gzewinski Ladislau — Verschleiß von Rauchrequisiten — VIII., Schöffelgasse 26.  
Gertik Stephan — Bestandwirt — VIII., Josefstädterstraße 49.  
Blümmel Sophie — Kaffeesiedergewerbe — VIII., Josefstädterstr. 65.  
Nichtblau Anton — Hallenröbbergewerbe — IX., Wiener Trödlerhalle, Zelle 140.  
Zauer Marie — Einspänner — XV., Fäufhaus, Sperrgasse 10.  
Nahser Karl — Gemischtwarenhandel — XVIII., Währing, Theresienng. 30.  
Szepeshy Victor, v. — Erzeugung photographischer Artikel — XI., Simmering, Leberstraße Conser.-Nr. 393.  
Raab David — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Ottakring, Schulg. 3.  
Fisch Alois — Einspänner — XVI., Neulerchenfeld, Neumayergasse 3.  
Brunner Friedrich — Gast- und Schankgewerbe — XVI., Neulerchenfeld, Burggasse 44.  
Gerb Adolfsine, geb. Müller — Modistengewerbe — I., Weiburggasse 3.  
Schuhmann Ferdinand — Gastwirt — I., Marc Aurelstraße 10.

\* \* \*

#### Gewerbebeanmeldungen vom 30. December 1893.

Prinz Ignaz — Gemischtwaren-Verschleiß — XIV., Rudolfsheim, Schellingergasse 8.  
Schneider Johann — Selbwaren-Verschleiß — VII., Schottenhofg. 6.  
Schmitz Karl — Gemischtwaren-Verschleiß — VII., Neustiftgasse 62.  
Sjots Leopoldine — Zeitungs-Verschleiß — V., Traubengasse 4.  
Schmitz Karoline — Schlossergewerbe — V., Wimmergasse 11.  
Haas Barbara — Milch- und Gebäck-Verschleiß — V., Herthergasse 9.  
Zoch Friederike — Marktvictualienhandel — IV., Hechtengasse 1.  
Radon Agnes — Damenkleidermacherin — III., Erdbergerlande 2.  
Reizer Alois — Erzeuger von Lederfett und Pomade — III., Schimmelgasse 17.

\* \* \*

#### Gewerbebeanmeldungen vom 2. Jänner 1894.

Hadarj Marie, Ede v. — Papier- und Kurzwaren-Verschleiß — VIII., Alberggasse 27.  
Hafenburger Felix — Fiaker — I., Fleischmarkt, III., Parkgasse 5.  
Höfer Richard — Personalapothekergewerbe — III., Ungargasse 12.

Küchler Wenzel — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Pechensteinfstraße 110.  
Allgemeiner österreichischer Apothekerverein, Vertreter: Waldheim Anton, v.  
Pharmaceutische Schule, verbunden mit einem Laboratorium — IX., Spital-  
gasse 31.

Reinwein Alois — Verabreichung von Kaffee, Thee, anderen Getränken  
und Erfrischungen, sowie von kalten Speisen und Würsteln, Auskäufer von  
Bier und Wein — Eislauflatz, Ecke der Simmeringerstraße und der Sonn-  
leithnergasse, X. Bezirk.

Schmid Anton — Gast- und Schankgewerbe — XV., Fünfhäus,  
Fensterleingasse 4.

Solowitz Martin — Feilbieten von Grünzeug und Obst im Gemeinde-  
gebiete Wien — XV., Fünfhäus, Pelzgasse 698.

Fried Josef — Wirt- und Brantweinschankgewerbe — XVIII.,  
Währing, Schulgasse 7.

Schnef Thelise — Brantweinschank — XIV., Rudolfsheim, Märzstr. 35.  
Löw Karl — Einspänner — XI., Simmering, Hauptstraße 118.

Fritz Katharina — Wirtsgewerbe — X., Simmeringerstraße 114.  
Fofa Alexander — Mechaniker — VII., Zieglergasse 15.

Schmidt Antonie — Zuckerbäckergewerbe — VI., Webgasse 6.  
Schmidt Antonie — Bäckergewerbe — VI., Webgasse 6.

Hamburger Barbara — Claviermacherin — V., Rittersteig 23.  
Krajewski Albin — Commissionswarenhandlung — IV., Hauptstr. 51.

Deardo Giuseppe, di — Victualien- und Südfrüchthandel — IV.,  
Hauptstraße 37.

\* \* \*

### Gewerbebeanmeldungen vom 3. Jänner 1894.

Fischer Robert, Dr. — Advocat — I., Habsburgerstraße 3.  
Schweiger Leonhart, Dr. — Advocat — I., Pestalozziggasse 3.

Schmelzer Josef — Bäcker — XI., Simmering, Dorfstraße 7.  
Carra Josef — Baumeistergewerbe — VIII., Maria Treugasse 7.

Schidrowitz Emanuel, Schmidt Karl Alfred — Handel mit technischen  
Bedarfsartikeln — X., Lechgasse 18.

Schmidt Josef — Bildhauer — XII., Meidling, Rudolfsplatz 20.  
Dobrowolny Anna — Brot- und Würstel-Verschleiß — X., Staats-  
bahnhof.

Brünnauer Jacques — Fabrikmäßige Erzeugung von Chocolate und  
Zuckerwaren — XVIII., Währing, Gürtelstraße 15.

Fitzel Lambert — Commissionswaren-Verschleiß — VII., Lindeng. 25.  
Apfel Moriz — Commissionswaren-Verschleiß — I., Wolfsgasse 1.

Meusl Josef — Commissionshandel mit Juwelen, Gold- und Silber-  
arbeit — I., Hoher Markt 4.

Pranter Rudolf — Commissionshandel mit Juwelen, Gold- und Silber-  
arbeit — I., Hoher Markt 4.

Neil Arpad Laszlo — Commissionshandel mit Gold-, Juwelen- und  
Silberarbeit — I., Hoher Markt 4.

Sivizky Karl — Fabrikmäßige Eisengießerei — X., Hafengasse 11.  
Gegenbauer Anton — Verschleiß von Eisenwaren und Tapezierartikeln  
— I., Singerstraße 5.

Fur August, Böckha Gabriel Josef — Export- und Commissionswaren-  
handel — VII., Westbahnstraße 38.

Koutny Francisca — Feinpußerei — X., Dampfgasse 21.  
Grimm Josef Mathes Anton — Friseur — I., Laurenzberg 3.

Brillinger Franz — Friseur und Kafeur — VII., Kaiserstraße 93.  
Steiner Julius — Friseur und Kafeur — III., Auenbruggergasse 2.

Heinz Matthäus — Gastwirt — XVII., Hernals, Röbergasse 40.  
Jollesch Sali — Gebäck-, Obst- und Canditen-Verschleiß — X., Him-  
bergerstraße 61.

König Leopoldine — Gemischtwarenhandel — VIII., Josefsbaderstr. 56.  
Reitges Siegmund — Gemischtwarenhandlung — I., Gonzagagasse 11.

Maniel Rudolf — Gemischtwarenhandel — I., Hoher Markt 5.  
Wimlatil Richard — Gemischtwarenhandel — III., Hauptstraße 27.

Antosch Ludwig — Gemischtwaren-Verschleiß — V., Steinbaurgasse 20.  
Vertele Theresie — Gemischtwaren-Verschleiß — XV., Fünfhäus, Neu-  
baugürtel 32.

Vleher Heinrich Karl — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Rufsborfer-  
straße 21.

Böck Matthias — Gemischtwaren-Verschleiß — VIII., Bennogasse 28.  
Deupert Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Hernalsgasse 23.

Dewitz Anton — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Währing, Fersel-  
gasse 17.

Falschinger Lubmilla — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Währing,  
Anastasiuss Grünigasse 28.

Feistalt Guido — Gemischtwaren-Verschleiß — I., Wollzeile 21.  
Flammer Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — VII., Burggasse 17.

Fleischmann Armin — Gemischtwaren-Verschleiß — I., Schottenbastei 10.  
Frank Katharina — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Währing,  
Feldgasse 30.

Frank Eduard — Gemischtwaren-Verschleiß — XII., Meidling, Ferdinands-  
gasse 3.

Frauentienst Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — XIV., Rudolfsheim,  
Hauptstraße 6.

Függer Franz — Gemischtwaren-Verschleiß — I., Seilerstätte 18.  
Führer Anna — Gemischtwaren-Verschleiß — XII., Meidling, Prem-  
schnergasse 2.

Gippenich Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Währing, Feld-  
gasse 30.

Grüger Johann — Gemischtwaren-Verschleiß — I., Brandstätte 4.  
Germann Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — I., Singerstraße 14.

Girchberger Moriz — Gemischtwaren-Verschleiß — V., Neuprechtsdorfer-  
straße 70.

Jankowsky Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Hernals,  
Steinergasse 4.

John Thomas — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Währing, Wiener-  
straße 28.

Koller Anton — Gemischtwaren-Verschleiß — XV., Fünfhäus, Sechs-  
hauser Hauptstraße 20.

Kübeck Moriz — Gemischtwaren-Verschleiß — I., Gonzagagasse 11.  
Kuhn Victoria — Gemischtwaren-Verschleiß — XII., Meidling, Schön-  
brunner Hauptstraße 24.

Liebhart Aloisia — Gemischtwaren-Verschleiß — V., Siebenbrunnen-  
gasse 58.

Neufeld Ignaz — Gemischtwaren-Verschleiß — XI., Simmering, Haupt-  
straße 64.

Nowotny Karl — Gemischtwaren-Verschleiß — XIV., Rudolfsstraße 7.  
Ornstein Siegmund — Gemischtwaren-Verschleiß — I., Franz Josefs-  
Quai 7.

Pevny Simon — Gemischtwaren-Verschleiß — VIII., Albertgasse 27.  
Pirsa Vincenz — Gemischtwaren-Verschleiß — XIV., Fischerstraße 13.

Reissenhofer Michael — Gemischtwaren-Verschleiß — XII., Dammstr. 32.  
Schatral Elisabeth — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Marianneng. 19.

Schellinger Rudolf — Gemischtwaren-Verschleiß — XIV., Schönbrunner-  
straße 78.

Schinma Antonie — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Alsbachstr. 57.  
Schmid Johann — Gemischtwaren-Verschleiß — III., Erdbergstr. 53.

Schubert Juliana — Gemischtwaren-Verschleiß — XI., Hauptstraße 91.  
Schulz Karl — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Währing, Theresien-  
gasse 15.

Schwenzer Karl — Gemischtwaren-Verschleiß — VIII., Landongasse 59.  
Sodet Leopoldine — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Rudolfsplatz 42.

Sträusky Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — XI., Geisbergstr. 421.  
Swoboda Josef Emanuel — Gemischtwaren-Verschleiß — XIV., Stätter-  
mayergasse 2.

Teppel Leo — Gemischtwaren-Verschleiß — I., Schottenbastei 10.  
Wladyslaw Johann — Gemischtwaren-Verschleiß — VIII., Langgasse 5/7.

Wernhart Martin — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Rufsborferstr. 21.  
Wlod Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — XII., Plantengasse 7.

Engel Jacques — Dauernde Geschäftsbeziehung für eine Firma —  
I., Concordiaplatz 2.

Bestak Karoline — Geschirrhändler — X., Himbergerstraße 4.  
Popper Hermann — Gewerbmäßiger Betrieb der Zusammenfassung von  
Gegenständen für den Hausbedarf aus bereits fertiggestellten Bestandtheilen —  
VII., Kaiserstraße 6.

Altenburger Franz — Glaser, III., Hauptstraße 121.  
Erich Henriette — Gold- und Silberjuwelerei — VII., Mariahilferstr. 44.

Oravsky Johann — Großfuhrwerk — XVII., Hernals, Hauptstraße 119.  
Incrocci Luigi — Gipsfigurenerzeuger — VII., Banngasse 35.

Perichat Thomas — Hafner — III., Soffenbrückengasse 33.  
Pahm Michael — Handelsagentie — II., Zaborstraße 17.

Szabo Alexander von — Handelsagentie — I., Hafnersteig 5.  
Weiß Simon — Handelsagentie — I., Franz Josefs-Quai 29.

Bergstein Josef P. — Herausgabe der period. Druckschrift „Hans Jörgel  
von Trübswinkl“ — I., Baderstraße 22.

Walter Marie — Holz- und Kohlenhandel — X., Alvingergasse 37.  
Obratzka Karl — Holz- und Kohlen-Verschleiß — X., Paerstraße 4.

Sedlacek Johann — Kleinhandel mit Brennmaterialien — V., Haus-  
labgasse 14.

Willingstorfer Johann — Kleinverschleiß von Brennholz, Kohlen und  
Coaks — IX., Thurygasse 1.

Ramamüller August — Futmacher — V., Hundsturmstraße 22.  
Waldhata Anton — Käse- und Salami-Verschleiß — I., Seilerstätte 4.

Holzer Karl — Kaffee- und Feigentasteebrennerei — X., Himberger-  
straße 49.

Zefoll Johann — Kastanien-, Apfel- und Erdäpfelbrater-Gewerbe —  
VI., Dreihufeisengasse, Ecke des Getreidemarktes, VI., Gumpendorferstraße 38.

Haluska Johann — Kleidermacher — I., Seilerstätte 19.  
Chochales Josefina — Damenkleidermacherin — I., Habsburgergasse 1 a.

Gafner Marie geb. Springer — Damenkleidermacherin — VIII.,  
Floriantgasse 22.

Sitt Anna de — Damenkleidermacherin — III., Rochusgasse 1.  
Weizenfeld Joachim Heinrich — Verschleiß von fertigen Damenkleidern  
und Pfadlerwaren — III., Hauptstraße 96 a.

Göglinger Rudolf — Herrenkleidermacher — I., Rudolfsplatz 5.  
Hamburger Josef — Herrenkleidermacher — XVII., Dornbach, Braun-  
gasse 14.

Ronach Georg — Herrenkleidermacher — IX., Rosauerlande 21.  
Novacek Josef — Herrenkleidermacher — IX., Rosauerlande 35 a.

Kolisch Moriz — Kleider-Verschleiß — XIV., Schönbrunnerstraße 22.  
Fiala Franz — Erzeugung von Lederconserverungsmitteln, Tinte und  
Nachschliffen — X., Landgutgasse 8.

Schmelzer Josef — Mehl- und Grieß-Verschleiß — XI., Simmering,  
Dorfstraße 7.

Deupert Leonhard — Milchhandel — X., Hernalsgasse 27.  
 Hagen Julie Sophie — Milch-Verschleiß — XVIII., Währing, Wiener-  
 straße 1 a.  
 Silberer Anna — Milch-Verschleiß — XVIII., Währing, Wienerstr. 59.  
 Waß Theresia — Milch-Verschleiß — XVII., Hernals, Annagasse 53.  
 Kirchner Anna — Mobiliar — XIV., Rudolfsheim, Schweglerstraße 8.  
 Hofmann Adolf — Handel mit neuen Möbeln und Bildern — V.,  
 Hundsturmstraße 97.  
 Feigelsdorf Ludwig — Verschleiß von Möbeln und Wohnungs-Einrichtungs-  
 gegenständen — I., Stephansplatz 2.  
 Wallis Jacques — Verschleiß von Möbeln und Wohnungs-Einrichtungs-  
 gegenständen — I., Stephansplatz 2.  
 Ruffschera Anna — Naturblumenhandel — I., Fleischmarkt 1.  
 Herrn Theodor — Verschleiß von Papier, Schreib- und Zeichenrequisiten  
 — VII., Lindengasse 16.  
 Brod Josefina — Pfadlergewerbe — VI., Rajernengasse 13.  
 Galotte Seret — Pfadler — VII., Landgasse 5.  
 Hanisch Eduard — Pfadler — IX., Liechtensteinstraße 80.  
 Falchet Marie — Pfadlerin — XVIII., Währing, Feldgasse 17.  
 Rauscher Marie — Pfadlerei — VIII., Perkenfelderstraße 40.  
 Sachs Leopold — Pfadler — I., Adlergasse 10.  
 Schwarz Moriz — Pfadler — I., Adlergasse 10.  
 Steininger Moriz — Pfadler — VI., Mariahilferstraße 79.  
 Wörmozeder Katharina — Pferdefleisch-Verschleiß — X., Simmeringer-  
 straße 174.  
 Dubsky Marie — Posamentier — VII., Bandgasse 3.  
 Pic Ignaz — Provisionsagent — I., Rothenthurmstraße 19.  
 Steiner Max, Dr. — Repräsentant des deutschen Versicherungs-Vereines  
 in Stuttgart — I., Graben 16.  
 Talian Marie — Schmuckfedern-Erzeugung — VII., Mariahilferstr. 44.  
 Göb Karl — Schuhmacher — XV., Fünfhaus, Fünfhausgasse 12.  
 Janda Josef — Schuhmacher — XV., Fünfhaus, Herklotzgasse 33.  
 Herrn Theodor — Verschleiß von Schulheften, Preislisten, Preiszetteln,  
 Beglückwünschungskarten, letztere, insofern sie nicht als artistische Erzeugnisse  
 angesehen werden können, Anzeigen für zu vermietende Wohnungen, Rechnungs-  
 blanketten, Stundeneintheilungen, Schreibheften, Contocorrents, Bücher- und  
 Schreibheftbildern, Modeller- und Colorierbögen, Abziehbildern, Laubjag-  
 vorlagen, Wunschbögen, Druckformen für Advocaten, Notare u. dgl. — VII.,  
 Lindengasse 16.  
 Engel Hugo, Horowitz Isidor — Fabrikmäßige Erzeugung von Seiden-  
 waren — VII., Andreasgasse 1.  
 Quast Martin — Seifen-, Wachs-, Zünd-, Putz-, Lampen-Beluchtungs-  
 artikeln-Verschleiß — XII., Breitenfurterstraße 54.  
 Deutsch Alois — Seidwaren-Verschleiß — IX., Türkenstraße 17.  
 Sobotta Michael — Seidwaren-Verschleiß — X., Triesterstraße 35.  
 Viertel Auguste — Sonn- und Regenschirm-Erzeugerin — XVII.,  
 Hernals, Sternegasse 1.  
 Stransty Janui — Spirituosenhandel — X., Raaberbahngasse 20.  
 Franc Martin — Tischlergewerbe — XVII., Hernals, Höfnergasse 37.  
 Grund Rudolf — Tischler — XVII., Hernals, Karlsplatz 4.  
 Hies Lambert — Tröbler — IX., Marktstraße 14.  
 Ratz Mathilde — Tröblergewerbe — IX., Liechtensteinstraße 86.  
 Honec Josef Georg — Uhrmacher — VII., Neubaugasse 51.  
 Mahr Johann — Uhrmacher — III., Leonhardgasse 23.  
 Mayrberger Franz — Uhren- und Kettenhandel — X., Göggasse 7.  
 Windbrehinger Ignaz — Vereinsagent — V., Neuprechtsdorferstr. 64.  
 Bobal Aloisia — Victualienhandel — XIV., Rudolfsheim, Hauptstr. 55.  
 Dietrich Elisabeth — Victualienhandel (Großmarkthalle) — III.,  
 Margaretegasse 6.  
 Häfner Hermine — Victualienhandel — XVII., Hernals, Ralfyngasse 10.  
 Kowzewitz Anna — Victualienhandel — III., Rennweg 28.  
 Niderhofer Rosina — Victualienhandel — XIV., Rudolfsheim, Arnstein-  
 gasse 25.  
 Reitmayer Analia — Victualien-Verschleiß — VIII., Bennogasse 17.  
 Capletal Franz — Victualienhandel — XV., Fünfhaus, Sperrgasse 8.  
 Nibel Marie — Markt victualienhandlung, I., Detailmarkthalle — IX.,  
 Clusiusgasse 3.  
 Farnik Pauline — Markt victualienhandel — XIV., Rudolfsheim,  
 Marktstraße 7.  
 Hollenburger Rosina — Markt victualienhandel — XIV., Rudolfsheim,  
 Dreihausgasse 29.  
 Cumin Heinrich — Wein-Verschleiß — X., Raaberbahngasse 11.

\* \* \*

### Gewerbeanmeldungen vom 4. Jänner 1894.

Pollak Josef, Dr. — Advocatie — XVI., Ottakring, Hauptstraße 27.  
 Seeger Heinrich — Anstreicher — V., Pilgramgasse 17.  
 Müller Isidor — Fabrikmäßige Erzeugung von Bambusmöbeln und  
 Galanteriegegenständen aus Metall — VII., Dreilaufergasse 13.  
 (Das Weitere folgt.)

### Inhalt:

Gemeinderath:	Seite
Sitzungen des Gemeinderathes . . . . .	25
Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes vom 2. Jänner 1894.	
Inhalt:	
Mittheilungen des Vorsitzenden:	
1. Spende unter der Chiffre „R. R.“ für Arme . . . . .	25
2. Spende der Frau Friederike und des Herrn Emil Streicher für Arme . . . . .	25
3. Spende des Statthalters für den Centralverein zur Befestigung armer Schulkinder . . . . .	25
4. Dank des Donau-Vereines für die gewährte Subvention . . . . .	25
5. Beantwortung der Interpellation des Gem.-Rathes R. F. Müller, betreffend seinen Antrag auf Erbauung von Schlachthäusern für Stechvieh . . . . .	25
6. Desgleichen jener des Gem.-Rathes Köhrl, betreffend die Abgabe von Hochquellenwasser an das k. k. Elisabeth-Krankenhaus . . . . .	25
Interpellationen:	
7. Gem.-Rath Bärthl, betreffend den Stand der Verhandlungen rücksichtlich der Einquartierungsgebühren für den Belegraum der Kaserne, VI., Naglgasse 1 . . . . .	26
8. Gem.-Rath Gregorig, betreffend die Erledigung seines gegen die Concessionierung sogenannter Warenhäuser gestellten Antrages . . . . .	26
9. Derselbe, betreffend die feierliche Straßenbeleuchtung anlässlich des Leichenconductes des Oerrabbiners Dr. Jessinet . . . . .	26
Anträge:	
10. Gem.-Rath Silberer, betreffend die Nebengebühren der Mit- glieder des Stadtrathes . . . . .	26
11. Gem.-Rath Taglicht, betreffend die Decentralisation des täglichen Fleischmarktes . . . . .	26
Referate:	
12. Gem.-Rath Wurm, betreffend die Stations-Commission, die politische Begehung und Enteignungsverhandlung für die Theil- strecke „Gersthof-Ottakring“ der Vorortelinie der Wiener Stadtbahn . . . . .	27
13. Vice-Bürgermeister Dr. Gröb, betreffend die pachtweise Über- lassung des sogenannten Pfeiffer'schen Holzplatzes seitens der Donauverordnungs-Commission an die Gemeinde Wien für Lagerhauszwecke . . . . .	32
14. Vice-Bürgermeister Dr. Richter, betreffend die Gewirkung eines Landesgesetzes wegen Einhebung der Wasserbezugsgebühren . . . . .	33
Stadtrath:	
Sitzungen des Stadtrathes . . . . .	44
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 22. December 1893 . . . . .	44
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 27. December 1893 . . . . .	49
Allgemeine Nachrichten:	
Gemeindeumlagen . . . . .	53
Wiener Communal-Sparcassa im Bezirke Hernals . . . . .	53
Wiener Communal-Sparcassa im Bezirke Währing . . . . .	53
Wiener Communal-Sparcassa im Bezirke Döbling . . . . .	53
Anlehen der Stadt Wien vom Jahre 1867 . . . . .	54
Silber-, beziehungsweise Gold-Anlehen der Stadt Wien vom Jahre 1874 . . . . .	54
79. Ziehung des Prämien-Anlehens der Stadt Wien vom Jahre 1874 . . . . .	54
Tanz- und Musik-Zimpostgebühren pro 1894 . . . . .	55
Schulnachrichten:	
Bezirksschulrath der Stadt Wien . . . . .	55
Approvisionnement:	
Schlachthausmarkt vom 2. Jänner 1894 . . . . .	56
Pferdemarkt vom 29. December 1893 . . . . .	56
Pferdemarkt vom 2. Jänner 1894 . . . . .	56
Vorstehermarkt vom 2. Jänner 1894 . . . . .	56
Stechviehmarkt vom 4. Jänner 1894 . . . . .	56
Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Producte in Wien vom 30. December 1893 . . . . .	56
Städtisches Lagerhaus . . . . .	57
Militär-Angelegenheiten:	
Affentierung . . . . .	57
Sanitäts-Angelegenheiten:	
Besuch der städtischen Volksbäder im December 1893 . . . . .	57
Besuch der städtischen Volksbäder im Jahre 1893 . . . . .	57
Wiener Central-Friedhofs-Answeis pro 1893 . . . . .	57
Gewerbe-Angelegenheiten:	
Answeis über das Lehrlingsstellen-Nachweisamt des Wiener Magistrates . . . . .	58
Baubewegung:	
Gefuche um Baubewilligungen vom 1. bis 4. Jänner 1894 . . . . .	58
Gewerbeanmeldungen . . . . .	58
Rundmachungen.	

Herausgeber: Die Gemeinde Wien. Verantwortlicher Redacteur: Dr. Friedrich Ebler v. Radler, Secretär des Wiener Magistrates.

Papier aus der k. k. priv. Bittener Papierfabrik. — J. B. Wallishausner's k. und k. Hof-Buchdruckerei, Wien.

Inseraten-Aannahme bei Otto Maas (Haasenstein & Vogler), Wien, I., Wallfischgasse 10.